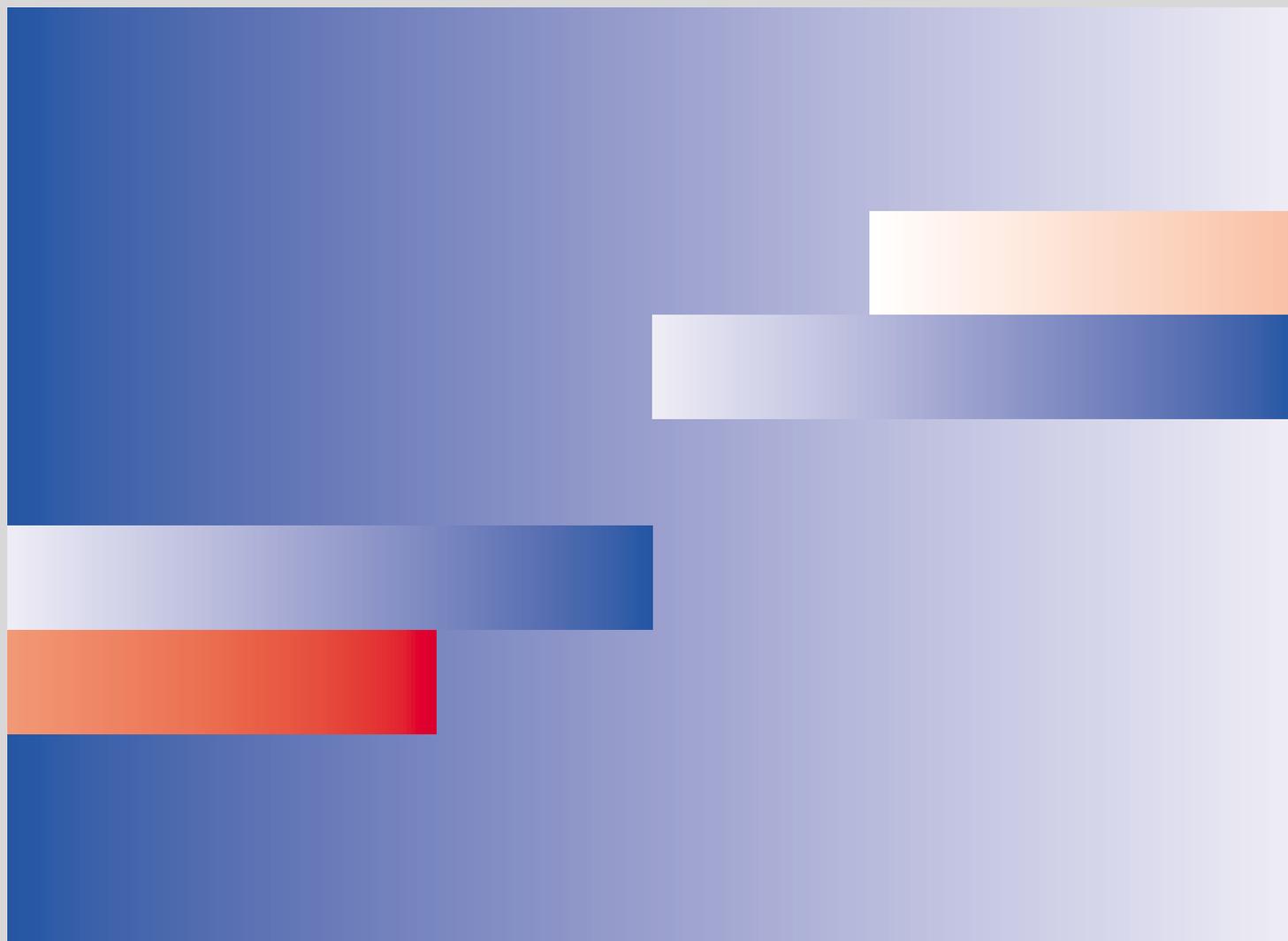


2004

Landschaftliche Brandkasse Hannover
Provinzial Lebensversicherung Hannover



Ein Teil der Landschaft

Zu den VGH Versicherungen gehören die Landschaftliche Brandkasse Hannover, die Provinzial Lebensversicherung Hannover, die Provinzial Krankenversicherung Hannover AG und die Provinzial Pensionskasse Hannover AG.

Die Brandkasse wurde schon 1750 im Kurfürstentum Hannover als „Brand-Assecurations-Sozietät“ gegründet. Die erste Anregung dazu gab, zwei Generationen zuvor, der hannoversche Universalgelehrte Gottfried Wilhelm Leibniz. Die neue Initiative ergriff der evangelische Abt zu Loccum, Georg Ebell. Er war der Vorsitzende einer regionalen Selbstverwaltung im Fürstentum Calenberg-Grubenhagen, der so genannten „Landschaft“. Andere Landschaften im Kurfürstentum eiferten bald diesem Vorbild nach und gründeten eigene Versicherungen. Sie schlossen sich seit 1850 allmählich zusammen, und daraus entstand die „Landschaftliche Brandkasse Hannover“.

Getragen von den Landschaften, war die Brandkasse nie ein staatliches, aber auch kein privates Unternehmen. Sie ist unverändert seit ihrer Gründung selbstständig und heimatverbunden – in jedem Sinne ein Teil der Landschaft. Als eine Art Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit hat sie keinen Eigentümer und gibt ihre Überschüsse den Versicherten zurück.

Das zweite große Unternehmen unserer Gruppe, die Provinzial Lebensversicherung Hannover, wurde 1918 nach einem ostpreußischen Vorbild gegründet. Der Staat wollte durch diese öffentlichen Anstalten allen Bevölkerungskreisen eine günstige Lebensversicherung anbieten. Nach vier erfolgreichen Jahrzehnten hat sich die hannoversche Provinzial im Jahre 1957 mit der Brandkasse zusammengeschlossen zur VGH, der Versicherungsgruppe Hannover.

In starkem Verbund: Allen öffentlichen Versicherungen ist gemeinsam, dass sie nach Tradition und Satzung auf ihr heimisches Gebiet beschränkt sind. Das ist – anders, als man vermuten sollte – ein Vorteil, der die öffentlichen Versicherer in Niedersachsen zu Marktführern gemacht hat.

Seit 1989 sind wir dem niedersächsischen Sparkassenverband dadurch besonders verbunden, dass er und die Brandkasse je zur Hälfte am Trägerkapital der Provinzial beteiligt sind.

Diese enge Zusammenarbeit, die die Sparkassen und die öffentlichen Versicherer miteinander pflegen, ist auch politisch abgesichert worden – in einem Gesetz, das der Niedersächsische Landtag am 9. Dezember 1993 ohne Gegenstimme verabschiedet hat.

Dabei wurde auch die einzigartige Rolle der Landschaften bestätigt. Sie vertreten bei uns nach wie vor die Interessen der Versicherten. Und das soll auch so bleiben, denn unsere Versicherten sind damit gut gefahren – immerhin seit 1750.

Unternehmensergebnisse auf einen Blick

		2004	2003	2002	2001	2000	1999	1998	1997	1996	1995
VGH											
Gebuchte Bruttobeiträge	Mio. €	1 565,1	1 568,0	1 531,2	1 511,3	1 462,8	1 436,2	1 367,0	1 347,1	1 335,4	1 307,1
Veränderung zum Vorjahr	%	- 0,2	2,4	1,3	3,3	1,9	5,1	1,5	0,9	2,2	3,9
Landschaftliche Brandkasse Hannover											
Gebuchte Bruttobeiträge	Mio. €	943,3	927,3	889,5	878,7	857,4	852,2	852,7	860,5	867,5	868,5
Veränderung zum Vorjahr	%	1,7	4,2	1,2	2,5	0,6	- 0,1	- 0,9	- 0,8	- 0,1	2,3
Aufwendungen für Versicherungsfälle in % der verdienten Bruttobeiträge	%	61,8	64,2	77,6	68,5	65,2	73,6	67,7	70,1	67,9	69,3
Aufwendungen für den Versicherungs- betrieb in % der verdienten Bruttobeiträge	%	23,8	23,9	24,3	24,0	23,3	24,6	22,0	21,8	21,3	22,2
Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung	Mio. €	20,9	13,9	9,5	32,1	35,3	31,3	1,8	34,1	53,9	31,3
Kapitalanlagen	Mio. €	2 056,1	1 994,7	1 781,1	1 982,0	1 887,9	1 929,6	1 798,7	1 704,7	1 642,2	1 475,7
Eigenkapital	Mio. €	613,0	593,0	583,0	583,0	557,3	516,4	498,5	498,5	463,7	417,7
Versicherungstechnische Rückstellungen brutto	Mio. €	1 391,6	1 404,6	1 371,7	1 380,4	1 310,3	1 312,9	1 254,5	1 236,5	1 184,1	1 051,6
Provinzial Lebensversicherung Hannover											
Versicherungssumme selbst abgeschlossenes Geschäft	Mio. €	25 256,3	24 289,8	23 774,9	23 141,2	20 916,7	20 474,6	18 254,9	17 379,8	16 453,2	15 454,4
Gebuchte Bruttobeiträge	Mio. €	621,8	640,7	641,7	632,6	605,5	584,0	514,3	486,7	467,9	438,6
Veränderung zum Vorjahr	%	- 2,9	- 0,2	1,5	4,5	3,7	13,6	5,7	4,0	6,7	7,1
Ausgezahlte Leistungen an die Versicherungsnehmer	Mio. €	670,5	697,0	602,5	610,9	526,4	484,3	450,1	373,9	327,5	306,0
Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung	Mio. €	55,5	61,6	0,0	90,6	232,3	230,1	202,6	189,2	171,3	152,9
Direktgutschrift	Mio. €	73,6	77,0	77,1	74,6	71,6	68,3	65,3	61,6	57,5	53,5
Aufwendungen für den Versicherungs- betrieb brutto in % der verdienten Bruttobeiträge	%	13,5	10,7	11,3	12,5	8,3	16,5	10,9	10,7	11,1	11,5
Kapitalanlagen	Mio. €	6 102,9	6 013,4	6 018,4	5 930,4	5 514,9	5 097,2	4 771,3	4 363,3	4 004,8	3 635,1

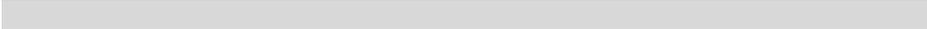
Berichte
über das
Geschäftsjahr

2004



Versicherungen

 Finanzgruppe

				
	Magazin			
	Regionaldirektionen			4
	Die VGH-Stiftung			12
	Mitarbeiter-Jubiläen der VGH			16
	Gremien			
	Organe der Landschaftlichen Brandkasse Hannover			20
	Organe der Provinzial Lebensversicherung Hannover			25
	Sparkassenbeirat der VGH			28
	Landschaftliche Brandkasse Hannover			
	Lagebericht			31
	Jahresabschluss			
	Jahresbilanz			40
	Gewinn- und Verlustrechnung			42
	Anhang			45
	Bestätigungsvermerk			58
	Bericht des Aufsichtsrats			59
	Erklärung des Vorstands und des Aufsichtsrats			60
	Geschäftsentwicklung			61
	Provinzial Lebensversicherung Hannover			
	Lagebericht			65
	Jahresabschluss			
	Jahresbilanz			76
	Gewinn- und Verlustrechnung			78
	Anhang			80
	Bestätigungsvermerk			102
	Bericht des Aufsichtsrats			103
	Erklärung des Vorstands und des Aufsichtsrats			104
	Geschäftsentwicklung			105
	Die Gruppe öffentlicher Versicherer			106

Die Zukunft nimmt Gestalt an

Eine umfassende Neuausrichtung stärkt die Regionaldirektionen als unterstützende Kompetenzzentren der Vertriebspartner. Das Projekt mit dem Titel „Regionaldirektion der Zukunft“, das 2003 begonnen hat, geht in diesem Jahr seinem Abschluss entgegen.

Als öffentlicher Versicherer Niedersachsens ist die VGH seit jeher ein Unternehmen mit hoher Flächenpräsenz. Der Kunde als Nachbar – diesem Prinzip folgend



„Als wir in den Pilotdirektionen mit der Umsetzung begonnen haben, waren viele Ziele noch gar nicht abschließend definiert. Dass die Piloten hier sehr viel zur Konkretisierung beigetragen haben, macht das Wesen dieser Entwicklung aus.“ Frank Müller-Hübner, Abteilungsleiter „Vertriebssteuerung“ und Projektleiter *

unterhält das Unternehmen annähernd 700 hauptberufliche Vertretungen. Sie beschäftigen rund 1 400 Mitarbeiter, die mit Auge und Ohr am Kunden arbeiten. Rund

1 800 Mitarbeiter arbeiten in einem direkten Angestelltenverhältnis zur VGH, davon 670 in den 12 Regionaldirektionen, deren Aufgaben in der Vertriebsunterstützung, der betrieblichen Verarbeitung und im Schadenmanagement liegen. Hinzu kommen die mit dem Versicherungsgeschäft befassten Mitarbeiter der niedersächsischen Sparkassen.

Damit die Regionaldirektion (RD) ihre unterstützende Tätigkeit noch effektiver als bisher am Bedarf der Vertriebspartner orientieren kann, hat die VGH 2003 ein Reorganisationsprojekt gestartet, das die Prozessabläufe optimieren soll. Anlass war neben der allgemeinen Verschärfung des Wettbewerbs die teilweise unterschiedliche Organisation von Geschäftsprozessen in den RDen. Darüber hinaus bestand für die Aufwertung des Firmenkundensegments erheblicher Handlungsbedarf. Das flächendeckende Roll-out der „Regionaldirektion der Zukunft“ Mitte dieses Jahres schafft die Voraussetzungen dafür,

- die Vertriebswege durch bessere Unterstützung der Vertriebspartner zu stärken,
- den Dienstleistungsgedanken zu intensivieren,
- neue Märkte strategisch zu besetzen,
- die Bestände gegen Kündigung zu sichern,
- die Firmenkunden besser zu betreuen,
- vorhandene Kundenpotenziale stärker auszuschöpfen und
- das Kostenmanagement zu verbessern.

Damit optimieren die Regionaldirektionen ihre Scharnierfunktion zwischen der Direktion und dem „Point of Sale“ zugunsten höherer Produktivität sowie eines qualitativen und quantitativen Wachstums.

*** Alle Fotos dieses Beitrags wurden am 14. Februar 2005 bei einem Treffen des Projektteams und der Pilotdirektionen aufgenommen.**

Die RD der Zukunft setzt einen zehnjährigen Entwicklungsprozess fort.

Die aktuelle Neuausrichtung ist ein weiterer entscheidender Entwicklungsschritt eines zehnjährigen Prozesses, der damit begann, dass die bis 1995 in den Regio-

„Gewerbe“ und „Landwirtschaft“ orientieren. Aufgrund des unterschiedlichen Personalbestands mit individuell verteilten Spezialkenntnissen wurden die Teams in den RDen jedoch nicht einheitlich aufgebaut, sondern regional unterschiedlich gemischt. So werden beispielsweise in



„Das Expertenwissen in einer Sparte haben die Team-Mitarbeiter schon jetzt. Qualifizierungsbedarf besteht bei vielen für das Grundwissen in einer zweiten Sparte.“ **Monika Nothelle**, Abteilungsleiterin „Personalmanagement“ und Mitglied des Projektteams

naldirektionen unabhängig arbeitenden Bereiche Betrieb und Vertrieb zusammengeführt wurden. Bis dahin hatte jede RD zwei Leiter, den Geschäftsstellenleiter für Schadenmanagement und betriebliche Verarbeitung sowie den Bezirksdirektor für den Vertrieb. Durch die Einführung einer Leitungsfunktion in Gestalt des Regionaldirektors ab Januar 1996 wurde eine engere Zusammenarbeit zwischen Vertrieb und Betrieb gefördert.

Zwei Jahre später führte die VGH die Teamorganisation ein. Sie stärkte die Eigenverantwortlichkeit der Beschäftigten und reduzierte die Unternehmenshierarchie um eine Ebene. In den Regionaldirektionen sollte sich die Vertriebsunterstützung in drei Teams organisieren, die sich an den Kundengruppen „Privat“,

einigen RDen die Kundengruppen „Gewerbe“ und „Landwirtschaft“ in einem Team betreut, während in anderen die Landwirte mit den Privatkunden zusammengefasst werden. In dem Umstand, dass der Modellansatz bis heute nicht durchgängig realisiert ist, reflektiert sich unter anderem die Schwierigkeit, gleichwertige Teams zu bilden, in denen alle Versicherungssparten und Spezialkompetenzen ausreichend repräsentiert sind.

Das System iVAS schafft Spielraum für neue Aufgaben.

Die Einführung des vertriebsunterstützenden Softwaresystems „iVAS“, das im Zeitraum 2002/2003 flächendeckend zur Verfügung gestellt wurde, ermöglichte

Regionaldirektionen

„Partner der Sparkassen zu sein heißt, sich auf die Strukturen der Sparkasse konsequent einzulassen.“ Dieter Köpke, Regionaldirektor, Hildesheim

den Vertretungen, Neuverträge fallabschließend zu bearbeiten. Mittlerweile werden bereits zwei Drittel des Geschäfts von den Vertretern komplett netzgestützt



abgewickelt. Diese positive Entwicklung geht mit einer Aufgabenentlastung im Innendienst der Regionaldirektionen einher, vor allem im Privatkundensektor, wo der weitaus größte Teil der Verträge mit iVAS abgeschlossen wird. Andererseits entstehen neue Aufgaben und der Arbeitsalltag wandelt sich erheblich. Es kann nicht jeder einzelnen RD überlassen werden, auf diese neue Situation Antworten zu finden, zumal dies die Vergleichbarkeit von Geschäftsprozessen unter den RDen zusätzlich erschweren würde.

Auf die vom VGH-Lenkungskreis im November 2003 festgestellte Notwendigkeit, die Teams und Prozessabläufe in den Regionaldirektionen einheitlich und effizient zu organisieren, wirkte sich verstärkend das Ergebnis einer Anfang 2004 vorgestellten Firmenkunden-Studie der VGH aus. Sie offenbarte, dass am Verkaufspunkt zusätzliche Qualifikation und

Unterstützung erforderlich sind, um die gesamte Produktpalette im Firmenkundensegment abdecken zu können. Zudem ergab die Studie, dass die Gebietsleiter in den RDen erheblich durch administrative Tätigkeiten absorbiert sind und – subjektiv gesehen – mehr reagieren als agieren. Damit fehlt es an adäquaten Betreuerpersönlichkeiten, die vor allem größere Firmenkunden aktiv akquirieren und kompetent mit ihnen verhandeln.

Die VGH muss ihren Vertragsbestand gegen Mitbewerber verteidigen.

Im Firmenkundensegment, aber auch bei den Privatkunden in vorwiegend städtisch geprägten Geschäftsgebieten zeigt sich darüber hinaus, dass die VGH als Marktführer in Niedersachsen durch den schärferen Wettbewerb zunehmend attackiert wird. Um das akquirierte Geschäft gegen Mitbewerber zu verteidigen und die Nettobestandsentwicklung mittelfristig zu verbessern, müssen erheblich mehr Anstrengungen in den Erhalt und die qualitative Verbesserung bestehender Kundenbeziehungen investiert werden.



„Da die Sparkassen ihre Probleme jetzt in spezifischen Kanälen kommunizieren können, müssen wir auch spezifische Lösungen bieten.“ Jürgen Dobrick, Vertriebsleiter „Sparkasse“, Nienburg



„Sind wir in der Lage, in jeder Regionaldirektion Spezialwissen über das gesamte Spektrum der Sparten vorzuhalten?“ Ralf Berg, Personalmanagement, Mitglied des Projektteams

aktiv zu vergrößern. Jeder mit der Vertriebsunterstützung befasste Mitarbeiter in der Regionaldirektion soll eine Versicherungssparte als „Spezialist“ vertreten und auf einem weiteren Gebiet, zum Beispiel im Kompositgeschäft, so genanntes „Basiswissen“ beherrschen. Da für mehr als drei Viertel der Anfragen von Kunden und Vertretungen Basiswissen ausreicht, erhöht sich auf diese Weise die Zahl möglicher Ansprechpartner, die Flexibilität der Einsatzplanung und letztlich das Kompetenzspektrum der Teams. Nur so kann die RD ihre Scharnierfunktion zwischen dem spartenorganisierten Betrieb auf der Direktionsebene und dem kundengruppenorganisierten Vertrieb auf der Vertriebspartnerebene optimal wahrnehmen.

Eine zweite Leitidee verfolgt die inhaltliche Kopplung von Vertrieb, betrieblicher Verarbeitung und Schadenregulierung. Nur

Ende 2003 fiel der Startschuss für das Projekt „Regionaldirektion der Zukunft“. Zunächst galt es, die Anforderungen an die Neuausrichtung der Regionaldirektionen zu konkretisieren und die dazu erforderlichen Maßnahmen mit den Beteiligten zu erarbeiten. Dabei entstanden 18 Arbeitspakete, deren Behandlung durch rund 50 Personen aus der Direktion Hannover und den Regionaldirektionen sich bis ins Jahr 2005 ausgedehnt hat. Im November 2004 war die Konzeptphase so weit fortgeschritten, dass mit der konkreten Umsetzung begonnen werden konnte. Mit der Auswahl der RDen Hildesheim und Nienburg als Pilotdirektionen für den Einführungsprozess begann die Arbeit des Projektteams unter Leitung des Abteilungsdirektors „Vertriebssteuerung“ Frank Müller-Hübner.

Die Teams erweitern das Spektrum ihrer Beratungskompetenz.

Eine Leitidee der Neuausrichtung besteht darin, die Kompetenz der Teammitglieder



„Die Neuausrichtung verlangt von den RDen und ihren Mitarbeitern viel Selbstdisziplin.“ Wilhelm Wismer, Abteilungsleiter „Vertrag“, Nienburg

wenn der einzelne Kunde in seiner Gesamthistorie als Prämienzahler und Anspruchsteller ganzheitlich wahrgenommen wird, kann der Vertriebspartner adäquat und zieloptimiert mit ihm verhandeln.

„Wir stehen am Anfang eines Prozesses und sollten offen sein für neue Impulse aus der Praxis.“ Frank Roemer, Regionaldirektor, Nienburg (links neben Klaus Liebig, Vertriebsleiter, Nienburg)



Die für den zusätzlichen Kompetenzerwerb erforderliche Qualifikation betrifft in erster Linie Mitarbeiter, deren Ausbildung schon länger zurückliegt. „Früher wurde spartenübergreifend ausgebildet und gearbeitet, dann folgte ein Trend zur

Spezialisierung auf eine Versicherungssparte, jetzt bringen die jüngeren Mitarbeiter die Vertriebskenntnisse in zwei verschiedenen Sparten wieder mit“, kommentiert Projektleiter Frank Müller-Hübner die Entwicklung. „Bei der Vermittlung von zusätzlicher Qualifikation geht es aber darum, deutlich zu machen, dass wir keine Versicherungsverwalter, sondern vertriebsorientierte Mitarbeiter mit kaufmännischer Verantwortung benötigen.“

„Wir müssen dafür sorgen, dass die Mitarbeiter nach ihrer Qualifizierung das gelernte Wissen sofort vertrieblich anwenden können.“ Heinz Wösten, Vorsitzender des Gesamtpersonalrats und Mitglied des Projektteams



Drei nach Kundengruppen differenzierte Teams fungieren als Dienstleister für die Vertriebspartner.

Um die Leitideen zu verwirklichen, organisieren sich der angestellte Außendienst und der vertragsbearbeitende Innendienst einer Regionaldirektion in zwei Gebietsteams und ein Team für den Vertriebspartner Sparkasse. Die drei Teams sind nach Kundengruppen differenziert und fungieren als Dienstleister, so dass jeder Vertriebspartner sich an konkrete Ansprechpartner wenden kann, die ex-

Die optimierte Kooperation fördert den Geschäftserfolg

Die Neuausrichtung der Regionaldirektionen stellt auch die Zusammenarbeit mit den Sparkassen auf eine neue Grundlage. Zum neuen Verhältnis äußert sich Peter Block, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Hildesheim.

Mit ihrem Projekt „Regionaldirektion der Zukunft“ hat die VGH ein wichtiges Signal gesetzt. Mit der Schaffung von Teams in den Regionaldirektionen, die exklusiv für die Sparkassen da sind, hat sich das Klima geändert. Wir können uns darauf verlassen, dass die Besonderheiten des Versicherungsgeschäfts in den Sparkassen gewürdigt werden, dass es feste Ansprechpartner in der Regionaldirektion gibt und dass sie dieselbe Sprache sprechen wie wir. Aber: Die Vertriebsunterstützung ist keine Einbahnstraße.

Die Sparkassen sind gut beraten, wenn sie ihren Markt aktiv gestalten und selbstbewusst den Wettbewerb suchen. Dieser Wettbewerb wird härter werden. Im Kampf um den Kunden wird der bessere Service entscheiden und auch die Schnelligkeit. Nur der frühe Vogel fängt den Wurm.

klusiv für ihn zuständig sind. Die bisherige Trennung zwischen der Abteilung „Kundenberatung Vertrag“ und den Spezialisten des angestellten Außendienstes wird dabei größtenteils aufgehoben.

Zentrales Thema bei dieser Matrixorganisation war eine allen Regionaldirektionen gemeinsame Definition der Kundengruppen, die den bisherigen Status der individuellen Zuordnung überwindet. So musste zum Beispiel entschieden werden, ob die Inhaber oder Geschäftsführer eines bei der VGH versicherten Unternehmens vom Privatkunden- oder vom Firmenkundenteam betreut werden. Im Ergebnis entstanden die zwei Servicebereiche „Privat/Landwirtschaft“ und „Firmenkunden“, wobei im zweiten künftig auch die privaten Verträge der Inhaber / Geschäftsführer betreut werden.

Ein technisches Problem dieser Neuausrichtung betrifft die Kennzeichnung der Korrespondenz. Sie muss neben dem Kenncode für die jeweilige Sparte jetzt auch eine Chiffre für die Kundengruppenzugehörigkeit enthalten, damit die Post beim richtigen Sachbearbeiter ankommt.

Die Vertriebsleiter betreuen jeweils eines der zwei Vertriebsgebiete und sind darin verantwortlich für die Unterstützung und



Peter Block, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Hildesheim

den Ausbau der hauptberuflichen Verkaufsorganisation. Zusätzlich wird der Vertriebsleiter „Sparkasse“ eingeführt, der eine spezifische, am individuellen Bedarf dieses Vertriebspartners ausgerichtete Betreuung gewährleistet (siehe Beitrag oben). Den Vertriebsleitern wird eine Qualitätssteuerung zur Seite gestellt. Sie bereitet Daten auf, erkennt Optimierungspotenziale und leitet daraus Maßnahmen ab, um die Bestandsqualität zu optimieren und die Ertragsstärke der Regionaldirektion sicherzustellen. Der Qualitätssteuerer

„Das Schadengeschäft bei Privatkunden sollte jeder Mitarbeiter eines Teams beherrschen.“
Dietmar Grages, Abteilungsleiter „Schaden“, Nienburg



in der RD ist zudem der erste Ansprechpartner für die Controlling-Stäbe der Direktion in Hannover.

Kennzahlen sorgen für eine verlässliche Qualitätssteuerung.

Um die Vertriebsleiter von administrativen Aufgaben zu entlasten und dadurch eine aktivere Unterstützung der hauptberuflichen Vertreter und Sparkassen zu ermöglichen, sollen Servicestandards definiert, Arbeitsstrukturen verbessert und Redundanzen abgebaut werden. „Bisher wurde in allen Regionaldirektionen die Organisation um Menschen und Fähigkeiten herum aufgebaut“, sagt Frank Müller-Hübner. Um jetzt die Entwicklung einer einheitlichen Vorgehensweise nach der „Best-Practice-Methode“ zu fördern, gelte es das richtige Gleichgewicht zwischen erforderlichen Strukturvorgaben und organisatorischen Freiräumen zu finden.

Dazu soll der Katalog an Kennzahlen und Benchmarks vereinheitlicht und weiter-

entwickelt werden. Aufbereitet durch die Qualitätssteuerer erleichtern geeignete Indikatoren nicht nur die Bewertung der Vertriebsleistung, zum Beispiel über die Zahl der Altverträge im Bestand oder die Kündigungsquote. Sie ermöglichen gleichfalls Aussagen über die Qualität der Prozessabläufe sowie des Personalmanagements und dienen damit einer stärkeren Einbindung der Regionaldirektionen in den Unternehmensplanungsprozess.

Die Umsetzung der RD der Zukunft verlangt von den Mitarbeitern ein hohes Maß an Anpassungsbereitschaft. Bisherige Teams werden aufgelöst und neue gebildet, vertraute Kollegen durch andere Teampartner ersetzt. Dabei erweist sich als großer Vorteil, dass die Personalvertretungen der VGH die Neuausrichtung von Beginn an unterstützt haben – geht es doch dabei auch um den Ersatz der durch iVAS wegfallenden Aufgaben und



„Wir sind jetzt in einer Phase, in der die Ziele klar definiert sind. Nun müssen sie den Mitarbeitern aber auch deutlich erklärt werden.“ Joachim Emter, Abteilungsleiter „Schaden“, Hildesheim

damit um den Erhalt von Arbeitsplätzen in der Region. Dennoch ist hier die Führungsqualität der Vorgesetzten gefordert, um individuellen Härten zu begegnen. Ein Coachingprogramm soll die Führungskräfte unterstützen, damit sie den Umsetzungsprozess mitarbeitergerecht begleiten können.

Die Pilotdirektionen stellen Berater für die Umsetzung.

Zudem erfordert die RD der Zukunft ein umfangreiches Qualifizierungsprogramm für die Beratungsteams. Ziel ist die Schaf-

der Qualifikationsprofile in den verschiedenen Zielgruppen – so brauchen etwa die Sparkassenteams spezifisches „Sparkassen-Know-how“ – rechnen die Verantwortlichen bei der VGH mit einem Zeithorizont von zwei bis drei Jahren bis zum Abschluss der Qualifizierung.

Mit dem flächendeckenden Roll-out bis Mitte des Jahres hat sich die VGH ein ehrgeiziges Ziel gesteckt. Für die Umsetzung in den einzelnen Regionaldirektionen wird das Unternehmen auf die bewährten Instrumente und Projektmitarbeiter der Teamorganisation zurückgreifen. Basie-



„Bei der Teambildung entstehen auch soziale Probleme. Nicht jeder Mitarbeiter bringt die gleiche Bereitschaft mit, sich auf ein neues Umfeld einzulassen.“ Uwe Allner, Abteilungsleiter „Vertrag“, Hildesheim

fung von Grundlagen für die eigenverantwortliche Rundumbearbeitung von Verträgen und die dazu erforderliche spartenübergreifende Kompetenz. Von den rund 670 von der Neuausrichtung betroffenen RD-Mitarbeitern benötigen etwa 500 eine zusätzliche Qualifizierung. Nach der Ermittlung des Mengengerüsts und

rend auf den in Hildesheim und Nienburg gewonnenen Erfahrungen werden die Mitarbeiter des Projektteams „RD der Zukunft“ und weitere Führungskräfte der Pilotdirektionen die Umsetzung beratend begleiten.

Innovative Akzente im Förderprogramm

Eine feine Nase für interessante kulturelle Nischen hat die VGH-Stiftung auch 2004 wieder bewiesen. Unter den 33 Projekten und eigenen Initiativen, die mit einem Fördervolumen von insgesamt 410 000 Euro unterstützt wurden, sind viele spannende Vorhaben, die Niedersachsen bereichern, und die ohne Hilfe der VGH-Stiftung kaum möglich gewesen wären.

Heimat – kaum ein Begriff der deutschen Sprache ist mit so vielen unterschiedlichen Bedeutungsnuancen verbunden. Einigen Facetten von Heimat hat die VGH-Stiftung in einem Literaturprogramm nachgespürt, das sie erstmals parallel zu den alljährlich im September stattfindenden Niedersächsischen Musiktagen der Sparkassenstiftung veranstaltet hat – wie immer in Kooperation mit den Regionaldirektionen der VGH und Mitveranstaltern vor Ort.

Heimat? – Literatur!

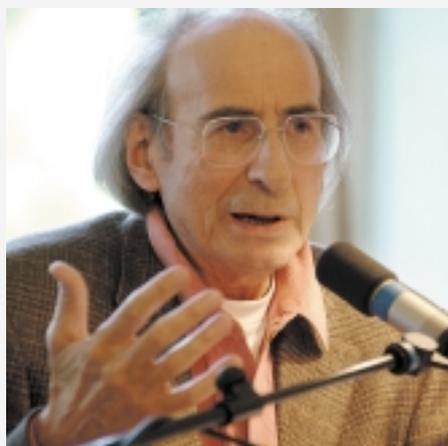
Während die Eröffnungs-Collage im Literaturbüro Hannover der Vielschichtigkeit des Themas Rechnung trug, widmeten sich in Celle mit Ulla Hahn und Hans-Ulrich Treichel gleich zwei der bedeutendsten deutschen Dichter der Gegenwart dem Thema „Heimat im Wort finden“. Im Literaturbüro Osnabrück schilderte der iranische Lyriker Said den schwierigen Prozess, Heimat in einer für ihn fremden Sprache zu entdecken. Die ländliche Hei-

mat diskutierten dagegen die Berliner Autoren Claudia Rusch und Kolja Mensing im Kulturspeicher der Stadt Leer. Im überfüllten Literaturbüro Lüneburg las und spielte der Autor und Literaturwissenschaftler Jan Philipp Reemtsma seinen Monolog „Holunderblüte“, eine Collage aus Werken Arno Schmidts. Der Dichter Heinrich Heine stand schließlich im Mittelpunkt einer Lesung mit dem Schauspieler Christian Quadflieg im Cuxhavener Kreishaus, die das Literaturprogramm der VGH-Stiftung abschloss.

„Texte & Töne“

„Irritierend und begeisternd“ – „eine Prise Avantgarde am rechten Ort und in kompetenter Verpackung“ – so lauteten zwei der vielen positiven Pressestimmen zur Veranstaltungsreihe „Texte & Töne“, die an fünf Wochenendtagen im Juni und Juli 2004 stattgefunden hat. Hinter der gemeinsamen Reihe der VGH-Stiftung und der Niedersächsischen Sparkassenstiftung steckte die Idee, Dichter und ihre Orte in Form von Lesungen oder Installationen mit zeitgenössischer Musik zu verknüpfen.

Die Reihe, die in Kooperation mit Veranstaltern vor Ort umgesetzt wurde, begann auf dem Hermannshof in Völksen-Springe mit Musik zu Gedichten von Katharina Höcker. Es folgten „Klopstock!“ auf dem Gartower Schloss und ein „Abend für Nicolas Born“ auf dem Künstlerhof Schreyaahn. Danach lud Wolfs Gutshof in Eldingen-Bargfeld unter dem Titel „An die Ohren!“ zu einem „Abend für Arno Schmidt“ ein. Den Abschluss der Reihe bildete der Abend „The way down is the way up – Annäherung an Novalis“ in Nörten-Hardenberg, wo die Vorfahren des Dichters lebten. Dies war „ein Abend der Extraklasse“, so das Göttinger Tageblatt.



Der Schriftsteller Peter Rühmkorf liest bei der Veranstaltung „Klopstock!“ auf dem Gartower Schloss.

Museum – anders gesehen

Mit ihrem Förderpreis Museumspädagogik ermöglicht die VGH-Stiftung innovative museumspädagogische Vorhaben. Für die dritte Verleihung hat die Jury 2004 aus einer Vielzahl an Bewerbungen sechs

und ihre Familien auf eine interessante kulturgeschichtliche und naturkundliche Entdeckungsreise durch den Landkreis Diepholz schickt. Das Kreismuseum Peine erhielt den Preis für sein Projekt „Kinder führen Kinder“, das Mädchen und Jungen die Möglichkeit bietet, eine Aus-



Kinder „eröffnen“ das Museum „Altes Zollhaus“ in Hitzacker an der Elbe.

Preisträger ausgewählt. Das Preisgeld von je 2 500 Euro wurde von den zuständigen Regionaldirektoren, den Landschaften und der VGH-Stiftung feierlich übergeben.

Zu den prämierten Einrichtungen gehört das Kestner-Museum Hannover mit seinem Projekt „Museum anders gesehen“, durch das sehbehinderte oder blinde Kinder und Jugendliche mit Hilfe spezieller Tast- und Erlebnistrunden die Sammlung des Museums kennen lernen können. Das Stadtmuseum im Knochenhauer-Amtshaus Hildesheim wurde für sein Projekt „Spielend Geschichte lernen“ ausgezeichnet, das auf der Basis des beliebten Gesellschaftsspiels „Memory“ Hildesheimer Stadtgeschichte vermittelt.

Als ebenfalls preiswürdig befand die Jury das Gemeinschafts-Projekt „Von der Geest durch das Moor und umgekehrt“, mit dem das Dümmer-Museum Lembruch und das Kreismuseum Syke Kinder

stellung zum Thema „Schmuck“ zu gestalten und jugendliche Besucher durch die Ausstellung zu führen.

An den Museumsverbund Südniedersachsen e.V. Göttingen ging die Auszeichnung für das Projekt „Hier fehlt doch was“, bei dem Kinder der Dauerausstellung in drei ausgewählten Museen ein Objekt ihrer Wahl hinzufügen können. Und das Schwedenspeicher-Museum in Stade wurde für sein Projekt „Museumspädagogik im Netz“ geehrt, mit dem es die Nachhaltigkeit in der museumspädagogischen Betreuung von Schulklassen durch ein Internet-Portal fördert.

Onkel und Neffe – das Projekt Friedrich Karl v. Hardenberg

Bei dem Namen Hardenberg denken historisch Bewanderte wohl zuerst an den preußischen Staatskanzler Karl August v. Hardenberg. Prägend für dessen

Friedrich Karl v. Hardenberg, hannoverscher Diplomat und Vordenker (1696–1763)



Geisteshaltung war sein Vormund Friedrich Karl v. Hardenberg (1696–1763). Jener zu Unrecht vergessene Onkel des Staatskanzlers gab als hannoverscher Diplomat und Leiter des kurfürstlichen Garten- und Baudepartements wesentliche Impulse für die kulturelle und politische Entwicklung des Landes in der Mitte des 18. Jahrhunderts.

Das Historische Museum Hannover organisiert ein mehrstufiges Projekt, das sich dem Leben des Diplomaten widmet und in eine kulturhistorische Ausstellung münden soll. Auf der ersten Stufe, die von der VGH-Stiftung gefördert wird, werden derzeit die Quellen gesichtet und in ein kommentiertes Findbuch aufgenommen. Eine wissenschaftliche Tagung – voraus-

sichtlich Ende September 2005 – soll die auf dieser Basis erzielten Forschungsergebnisse im interdisziplinären und internationalen Zusammenhang vorstellen. Als letzte Stufe ist die Ausstellung geplant.

Media vita in morte – Hospizarbeit in Wolfsburg

Das Thema Tod und Sterben ist in den Industrienationen weitgehend tabuisiert. Dies hat zur Folge, dass sehr viele Menschen allein, ohne familiären Beistand, in Krankenhäusern sterben müssen. Hospize dagegen ermöglichen unheilbar Kranken, ihre letzten Wochen in vertrautem Rahmen zu verbringen, gestützt von Angehörigen, möglichst frei von Schmerzen und unter fachkundiger Obhut. Doch noch sind Hospize rar gesät. Der Osten Niedersachsens beispielsweise verfügte bisher über keine derartige Einrichtung.

Um diesem Mangel abzuhelpfen, wurde 1995 in Wolfsburg der Verein „Hospizarbeit Region Wolfsburg e.V.“ gegründet, dessen 175 Mitglieder bislang überwiegend im Bereich der ambulanten Hospizarbeit tätig sind. Jetzt ist es dem Verein gelungen, im Zentrum Wolfsburgs, jedoch an einer ruhigen Seitenstraße, ein passendes Haus mit Grundstück für ein Hospiz zu finden. Mit Hilfe der VGH-Stiftung wird es dem Verein möglich, eine Anlaufstelle für ratsuchende Betroffene und Angehörige einzurichten sowie eine angemessene Trauerbegleitung zu gewährleisten.

Übergabe der Förderung von 20 000 Euro an den Verein „Hospizarbeit Region Wolfsburg e.V.“; von links: Hermann Prietzsch, Schatzmeister des Vereins, Michael Heinrich Schormann, stellv. Geschäftsführer der VGH-Stiftung, Ernst Patzak, VGH Regionaldirektor Celle, Rosely Plumhoff, 2. Vorsitzende des Vereins und Prof. Karl-Heinz Briam, Schirmherr



Förderungen der VGH-Stiftung des Jahres 2004

Wissenschaft

- Förderung eines archäologischen Projekts an der KGS in Barsinghausen
- Projekt „Von den Moorsoldaten zu den lebenden Steinen“, Lagerlieder 1933–1945
- Gutachten zur Restaurierung und Nutzung des mittelalterlichen St. Nicolai-Hofes in Bardowick
- Forschungsprojekt „Leben und Werk des Diplomaten Friedrich Karl von Hardenberg“
- Projekt „Adolph Freiherr Knigge – Friedrich Nicolai: Briefwechsel 1779–1795“
- Symposium „Denkmalpflegerischer Umgang mit Künstlergärten“ in der Künstlerstätte Bossard
- Gutachten zur Restaurierung der Chausseebrücke Landwehrhagen
- Landtagsabschiede des Hochstifts Hildesheim
- Restaurierungskonzept für die Inselfestung Wilhelmstein

Kultur

Denkmalpflege

- Restaurierung der Gutskapelle in Oldershausen
- Restaurierung der Gärten des Stiftes Fischbeck
- Restaurierung des Gartenhauses im Bürgerpark Osnabrück
- Restaurierung des Evenburg-Parks
- Restaurierung und Konservierung der Scharnhorst-Bibliothek

Bildende Kunst

- Projekt „Evaluierung der Vernetzung außerschulischer pädagogischer Angebote im Osnabrücker Land“
- Projekt „Forschen in eigener Sache (FIES) im Übersee-Museum Bremen“
- Museumspädagogik im Theatermuseum Hannover

Literatur

- 41. Niedersächsische Literaturtage in Peine, 28.10. – 31.10.2004
- Internationale Begegnung von Kinder- und Jugendbuchautoren, 17. – 19.09.2004 in Hannover
- Projekt „Literaturwerkstatt mit Heinz Kattner“ am 21.04.2004 auf dem Hermannshof in Springe
- Verlegung des Bandes „Staschs Affekt“ von Stefan Schütz in der Reihe der „Göttinger Sudelblätter“
- Literaturprogramm „Heimat?!“
- „Arabische Welten“, Raschplatzpavillon Hannover
- Schulungsmaterial für Lese-Mentoren, Leselernhelfer Hannover e. V.
- Literaturprojekt „Der Himmel ist nicht mehr geteilt! Und die Literatur?“ Öffentl. Lesungen in Lüneburg
- Poetikdozentur mit Raoul Schrott
- Texte und Töne 2005
- Projekt „5 Jahre Literaturzentrum in Göttingen – Die frühen Jahre“
- Veranstaltung zum 100. Todestag des Dichters Otto Erich Hartleben
- Erweiterung der Bücherei „Die Muschel“ in Warsingsfehn
- Kinderbuchpreis „Nordstemmer Zuckerrübe“

Mildtätigkeit

- Förderung eines neuen Hospizes in Wolfsburg
- Erhalt des Mittagstisches für bedürftige Menschen in Göttingen



Heimat? – Literatur!

VGH  Stiftung

**Titelblatt des Programmhefts, mit dem die
Veranstaltungsreihe „Heimat? – Literatur!“
beworben wurde**

Mitarbeiter-Jubiläen 2004

40 Jahre

■ Januar 2004

Bähre, Manfred
Kühne, Brunhilde

Regionaldirektion Hannover, Kundenberatung Schaden
Regionaldirektion Göttingen, Kundenberatung Vertrag

■ April 2004

Bredenhöft, Peter
Lohrenz, Horst
Obermeier, Wolfgang
Völksen, Werner

Schaden-Zentral
Haftpflicht-Betrieb
Regionaldirektion Hannover, Kundenberatung Vertrag
Schadenverhütung und Technik

25 Jahre

■ Januar 2004

Bombek, Reinhard
Brandes, Henning
Faber, Axel
Flemming, Manfred
Hackert, Ulrike
Hensel, Inge
Jacobus, Ulf
Kiekhaefer, Klaus
Lange, Christina
Meyer, Elmar
Meyer, Harald
Schlichting, Klaus-Dieter
Schmidt, Dirk
Streitz, Rolf

Regionaldirektion Celle, Organisationsleiter
Regionaldirektion Hannover, Kundenberatung Schaden
VGH Rechtsschutz Schaden-Service GmbH, Mannheim
Marketing Schulung
Kraffahrt Marktbeobachtung
Leben-Vertrag-Hauptvertreter
Leben-Vertrag-Sonderaufgaben
Leben-Vertrag-Sparkassen
Verwaltungsabteilung
Marketing Schulung
Regionaldirektor, Regionaldirektion Celle
Regionaldirektion Stade, Organisationsleiter
Inkasso
Abteilungsleiter, Regionaldirektion Stade,
Kundenberatung Schaden
Abteilungsleiter, Regionaldirektion Stade,
Kundenberatung Vertrag

■ Februar 2004

Kalb, Michael
Sowa, Ute

Regionaldirektion Celle,
Gebietsleiter Personenversicherungen
Leben-/Unfall-Mathematik

■ März 2004

Nielen, Rolf

Regionaldirektion Hannover, Organisationsleiter

■ April 2004

Boronczyk, Johann
Hoffmann, Gabriele

Regionaldirektion Celle, Kundenberatung Schaden
Regionaldirektion Göttingen, Zentrale Aufgaben

Jubiläum

Rozanski, Christine Regionaldirektion Göttingen, Kundenberatung Schaden
Rust, Annegret Regionaldirektion Hameln, Zentrale Aufgaben
Schulte, Hermann Regionaldirektor, Regionaldirektion Stade

■ Mai 2004

Geller, Dieter Leben-Vertrag-Hauptvertreter
Töpp, Angelika Kraftfahrt Privatkunden

■ Juni 2004

Deistler, Günter Regionaldirektion Göttingen, Kundenberatung Schaden
Flatau, Hans-Joachim Verwaltungsabteilung
Schneider, Elsa Zentrale Büroorganisation
Wrede, Jürgen Schaden-Kraftfahrt-Direktion

■ Juli 2004

Büsselberg, Cornelia Haftpflicht-Betrieb
Franz, Lothar Leben-/Unfall-Mathematik
Lattmann, Günter Leben-Vertrag-Sparkassen
Maecke, Heidrun Regionaldirektion Lingen, Kundenberatung Vertrag
Nebel, Robert Verwaltungsabteilung
Niehus, Norbert Regionaldirektion Hameln, Kundenberatung Vertrag
Pohl, Michael Leben-Vertrag-Sparkassen
Schreiber, Brigitte Unfall-Betrieb
Selle, Manfred Regionaldirektion Hildesheim, Kundenberatung Vertrag
Westphal, Hans-Joachim Leben-Unfall

■ August 2004

Dietrich, Jens Schaden-Kraftfahrt-Direktion
Gruner, Angelika Leben-/Unfall-Mathematik
Hansmann, Kirsten Regionaldirektion Celle, Kundenberatung Vertrag
Jonas, Ute Regionaldirektion Stade, Regulierungszentrale
Kansy, Wolfgang Industrielle Sachversicherungen
Koepke, Doris Unfall-Betrieb
Legant, Heidrun Schaden-Zentral
Lukau, Heike Leben-Unfall
Pfungsten, Irmhild Regionaldirektion Hannover, Kundenberatung Vertrag
Querfeld, Monika Inkasso
Rohrig, Rüdiger Schaden-Zentral
Schildmeyer, Gabriele Schadenverhütung und Technik
Schmidt, Kordula Unfall-Betrieb
Würpel, Ursula Leben-Unfall

Mitarbeiter-Jubiläen 2004

25 Jahre

■ September 2004

Diestel, Renate	Verwaltungsabteilung
Mangler, Ulrike	VGH Rechtsschutz Schaden-Service GmbH, Mannheim
Würmel, Holger	Gewerbliche Sachversicherungen

■ Oktober 2004

Bienert, Kathrin	Abteilungsleiterin, Regionaldirektion Hannover, Kundenberatung Vertrag
Dietrich, Andreas	Regionaldirektion Göttingen, Kundenberatung Schaden
Hoffmann, Jürgen	Kommunale Sachversicherungen
Höppner, Martina	Leben-Vertrag-Zentral
Jung, Ulrike	Kraftfahrt
Maas, Uwe	Regionaldirektion Osnabrück, Kundenberatung Schaden
Maaß, Wolfgang	Schaden-Kraftfahrt-Direktion
Meyer, Dieter	Regionaldirektion Hildesheim, Kundenberatung Vertrag
Pengel, Wolf-Dieter	Kommunale Sachversicherungen
Schensny, Michael	Darlehen/Hypotheken
Schulte, Albert	Regionaldirektion Hannover, Kundenservice
Warmbold, Rudolf	Inkasso

■ November 2004

Bogdan, Renate	Regionaldirektion Stade, Zentrale Aufgaben
Keilau, Sigrun	Schaden-Haftpflicht-Direktion
Posingis, Uwe	Kraftfahrt-Technik
Spitzer, Bernd	Schaden-Zentral

■ Dezember 2004

Hendess, Roswitha	Regionaldirektion Hameln, Zentrale Aufgaben
-------------------	---



Landschaftliche Brandkasse Hannover

Provinzial Lebensversicherung Hannover

Brandkassenausschuss (Trägerversammlung) der Landschaftlichen Brandkasse Hannover

■ D. Horst Hirschler
Landesbischof i. R., Abt zu Loccum,
Präsident der Calenberg-
Grubenhagenschen Landschaft,
Rehburg-Loccum,
Vorsitzender

■ Adolf Freiherr v. Wangenheim
Land- und Forstwirt, Präs. Landschaftsrat
der Calenberg-Grubenhagenschen
Landschaft, Waake, Krs. Göttingen,
stellv. Vorsitzender

■ Volkmar v. Alten
Landwirt, Gut Söderhof,
Krs. Wolfenbüttel

■ Ludwig v. Bar
Rechtsanwalt und Notar, Landwirt,
Präsident der Landschaft des ehem.
Fürstentums Osnabrück, Melle

■ Andreas Graf v. Bernstorff
Rechtsanwalt und Notar,
Land- und Ritterschaftssyndikus,
Celle

■ Martin Biermann
Oberbürgermeister, Landschaftsrat,
Celle

■ Heinrich Blanke
Bürgermeister, Grasberg,
Krs. Osterholz

■ Hermann Bröring
Landrat, Präsident der
Emsländischen Landschaft e. V.,
Meppen

■ Josef Brüggemann
Oberkreisdirektor, Nordhorn

■ Johann v. d. Decken
Dipl.-Ing. agr., Landwirt, Deckenhausen,
Krummendeich, Krs. Stade

■ Dr. Konrad Deufel
Oberstadtdirektor, Hildesheim

■ Rainer Fabel
Landwirt, Landschaftsrat, Suhlendorf,
Krs. Uelzen

■ Dietrich Freiherr v. Hake
Rechtsanwalt und Notar, Landschaftsrat,
Rittergut Ohr, Emmerthal,
Krs. Hameln-Pyrmont

■ Dirk Hattendorff
Stadtdirektor, Landschaftsrat,
Stade

■ Herbert Heidemann
Stadtdirektor, Diepholz

■ Burchard Hillmann-Köster
Landwirt, Uenzen, Krs. Diepholz

■ Goetz von Hohnhorst
Forstwirt, Präs. Landschaftsrat der
Landschaft des ehem. Fürstentums
Lüneburg, Hohnhorst, Krs. Celle

■ Dieter Hüsemann
Bürgermeister, Rehburg-Loccum

■ August Kappey
Landwirt, Negenborn/Einbeck,
Krs. Northeim

■ Adolf Knölke
Landwirt, Landschaftsrat,
Gehrden, Region Hannover

■ Lothar Koch
MdL, Landschaftsrat,
Duderstadt

■ Friedrich v. Lenthe
Rechtsanwalt und Notar, Landwirt,
Landschaftsrat, Obergut Lenthe,
Gehrden, Region Hannover

■ Horst Lükling
Dipl.-Ing. agr., Landwirt, Landschaftsrat,
Sonnenborstel, Krs. Nienburg

■ Ulrich Mädge
Oberbürgermeister, Landschaftsrat,
Lüneburg

■ Herbert Meistering
Stadtdirektor, Landschaftsrat, Uslar

■ Joh. Arendt Meyer zu Wehdel
Landwirt, Landschaftsrat,
Badbergen, Krs. Osnabrück

■ Georg Rahlfs
Kreislandwirt, Landschaftsrat,
Adelheidsdorf, Krs. Celle

■ Hans Heinrich Rohlfing
Landwirtschaftsmeister, Landschaftsrat,
Emmerthal, Krs. Hameln-Pyrmont

■ Erich Sander
Ing. agr., Landwirt, Nette,
Krs. Hildesheim

■ Reinhard Sliwka
Stadtrat, Sozial- und Kultusdezernent,
Landschaftsrat, Osnabrück

■ Jürgen Stegemann
Dipl.-Ing. agr., Landwirt, Präsident der
Hoya-Diepholzischen Landschaft,
Rittergut Mehringen, Hilgermissen,
Krs. Nienburg

■ Dr. Hans-Detlev Freiherr v. Stietencron
Gut Welsede, Emmerthal,
Krs. Hameln-Pyrmont

■ Hans-Peter Suermann
Erster Stadtrat, Landschaftsrat,
Göttingen

■ Gerhard Teichmann
Ing. agr., Landwirt, Landschaftsrat,
Gleichen, Krs. Göttingen

■ Stephan Weil
Stadtkämmerer, Landschaftsrat,
Hannover

Aufsichtsrat der Landschaftlichen Brandkasse Hannover

Ehrenvorsitzender

■ Adolf Freiherr v. Wangenheim
Land- und Forstwirt, Präs. Landschaftsrat
der Calenberg-Grubenhagenschen
Landschaft, Waake, Krs. Göttingen,
Ehrenvorsitzender

■ Anja Felstehausen
Gewerkschaftssekretärin,
Gewerkschaft ver.di, Hameln,
bis 31. 10. 2004
Gewerkschaft ver.di, Bremen,
seit 1. 11. 2004

■ Horst Lüking
Dipl.-Ing. agr., Landwirt, Landschaftsrat,
Sonnenborstel, Krs. Nienburg

Ordentliche Mitglieder

■ Friedrich v. Lenthe
Rechtsanwalt und Notar, Landwirt,
Landschaftsrat, Obergut Lenthe,
Gehrden, Region Hannover,
Vorsitzender

■ Bernd Meyer
Senator a. D., Verbandsdirektor,
Verband der Wohnungswirtschaft in
Niedersachsen und Bremen e. V.,
Hannover

■ Thomas Mang
Präsident des Niedersächsischen
Sparkassen- und Giroverbands, Hannover,
1. stellv. Vorsitzender

■ Nadine Nebel
Gebietsleiterin der Landschaftlichen
Brandkasse Hannover, Hannover,
bis 31. 12. 2004
Schulungsleiterin der Landschaftlichen
Brandkasse Hannover, Göttingen,
ab 1. 1. 2005

■ Jochen Berendsohn
Vorsitzender des örtlichen Personalrats
der VGH-Direktion, Hannover,
2. stellv. Vorsitzender

■ Georg Rahlfs
Kreislandwirt, Landschaftsrat,
Adelheidsdorf, Krs. Celle

■ Volkmar v. Alten
Landwirt, Gut Söderhof,
Krs. Wolfenbüttel

■ Dr. Manfred Sohn
Sachbearbeiter der Landschaftlichen
Brandkasse Hannover, Hannover

■ Ludwig v. Bar
Rechtsanwalt und Notar, Landwirt,
Präsident der Landschaft des ehem.
Fürstentums Osnabrück, Melle

■ Eva Stahl
stellv. Vorsitzende des Gesamtpersonal-
rats der VGH, Lüneburg

■ Hermann Bröring
Landrat, Präsident der
Emsländischen Landschaft e.V., Meppen

■ Jürgen Stegemann
Dipl.-Ing. agr., Landwirt, Präsident
der Hoya-Diepholzischen Landschaft,
Rittergut Mehringen, Hilgermissen,
Krs. Nienburg

■ Johann v. d. Decken
Dipl.-Ing. agr., Landwirt, Deckenhausen,
Krummendeich, Krs. Stade

■ Klaus Treiber
Geschäftsführer Ihr Platz GmbH & Co KG,
Osnabrück

■ Wolfgang Denia
Landesbezirksleiter, Gewerkschaft ver.di,
Hannover

■ Stephan Weil
Stadtkämmerer, Landschaftsrat,
Hannover

Stellvertretende Mitglieder

- Andreas Graf v. Bernstorff
Rechtsanwalt und Notar,
Land- und Ritterschaftssyndikus, Celle
- Josef Brüggemann
Oberkreisdirektor, Nordhorn
- Dr. Konrad Deufel
Oberstadtdirektor, Hildesheim
- Dietrich Freiherr v. Hake
Rechtsanwalt und Notar, Landschaftsrat,
Rittergut Ohr, Emmerthal,
Krs. Hameln-Pyrmont
- Dirk Hattendorff
Stadtdirektor, Landschaftsrat, Stade
- Herbert Heidemann
Stadtdirektor, Diepholz
- Dr. Josef Bernhard Hentschel
Sparkassendirektor, Sprecher des
Vorstands der Sparkasse Osnabrück,
Osnabrück
- Adolf Knölke
Landwirt, Landschaftsrat,
Gehrden, Region Hannover
- Stephan Ph. Kühne
Dipl.-Kaufmann, Vorstandsmitglied
der Deutschen Messe AG, Hannover
- Frank-Peter Oppenborn
Geschäftsführender Gesellschafter,
Schlütersche GmbH & Co. KG
Verlag und Druckerei, Hannover
- Reinhard Sliwka
Stadtrat, Sozial- und Kultusdezernent,
Landschaftsrat, Osnabrück
- Hans-Peter Suermann
Erster Stadtrat, Landschaftsrat, Göttingen

Beratende Mitglieder

- Dr. Josef Bernhard Hentschel
Sparkassendirektor, Sprecher des
Vorstands der Sparkasse Osnabrück,
Osnabrück
- Werner Hilde
Landwirt, Präsident des Landesverbands
des Niedersächsischen Landvolkes e.V.,
Hannover
- Prof. Dr. Hans-Jürgen Kirsch
Leiter des Instituts für Unternehmens-
rechnung und -besteuerung,
Rechnungslegung und Wirtschafts-
prüfung der Universität Hannover,
Hannover
- Stephan Ph. Kühne
Dipl.-Kaufmann, Vorstandsmitglied
der Deutschen Messe AG, Hannover
- Frank-Peter Oppenborn
Geschäftsführender Gesellschafter,
Schlütersche GmbH & Co. KG
Verlag und Druckerei, Hannover
- Fritz Stegen
Präsident der Landwirtschaftskammer
Hannover, Hannover

Vorstand

- **Dr. Robert Pohlhausen**
Vorsitzender
- **Bernd Schnabel**
stellvertretender Vorsitzender
- **Hermann Kasten**
stellvertretendes Vorstandsmitglied
bis 31. 3. 2004
ordentliches Vorstandsmitglied
seit 1. 4. 2004
- **Rainer Tewes**
- **Thomas Vorholt**

Direktoren

- **Jochen Herdecke**
- **Uwe Weinkopf**
Verantwortlicher Aktuar

Trägerversammlung der Provinzial Lebensversicherung Hannover

■ Adolf Freiherr v. Wangenheim
Land- und Forstwirt, Präs. Landschaftsrat
der Calenberg-Grubenhagenschen
Landschaft, Waake, Krs. Göttingen,
Vorsitzender bis 31.12.2004,
stellv. Vorsitzender seit 1.1.2005

■ Hermann Bröring
Landrat, Vorsitzender der Verbands-
versammlung und des Verbands-
vorstands des Niedersächsischen
Sparkassen- und Giroverbands, Meppen,
stellv. Vorsitzender bis 31.12.2004,
Vorsitzender seit 1.1.2005

■ Klaus Brandes
Sparkassendirektor, Vorsitzender des
Vorstands der Kreissparkasse Verden,
Verden

■ Josef Brüggemann
Oberkreisdirektor, Nordhorn

■ Dirk Hattendorff
Stadtdirektor, Landschaftsrat,
Stade

■ Helene Hofmann
Bürgermeisterin, Bad Sachsa

■ Goetz von Hohnhorst
Forstwirt, Präs. Landschaftsrat der
Landschaft des ehem. Fürstentums
Lüneburg, Hohnhorst, Krs. Celle

■ Hans-Joachim Lechner
Sparkassendirektor, Vorsitzender des
Vorstands der Stadtparkasse Wunstorf,
Wunstorf

■ Friedrich v. Lenthe
Rechtsanwalt und Notar, Landwirt,
Landschaftsrat, Obergut Lenthe,
Gehrden, Region Hannover

■ Heinz Lüers
Sparkassendirektor, Vorsitzender des
Vorstands der Sparkasse Harburg-
Buxtehude, Hamburg

■ Thomas Mang
Präsident des Niedersächsischen
Sparkassen- und Giroverbands,
Hannover

■ Erich Sander
Ing. agr., Landwirt, Nette,
Krs. Hildesheim

Aufsichtsrat der Provinzial Lebensversicherung Hannover

■ Friedrich v. Lenthe
Rechtsanwalt und Notar, Landwirt,
Landschaftsrat, Obergut Lenthe,
Gehrden, Region Hannover,
Vorsitzender

■ Thomas Mang
Präsident des Niedersächsischen Spar-
kassen- und Giroverbands, Hannover,
1. stellv. Vorsitzender

■ Heinz Wösten
Vorsitzender des Gesamtpersonalrats
der VGH, Hannover,
2. stellv. Vorsitzender

■ Ludwig v. Bar
Rechtsanwalt und Notar, Landwirt,
Präsident der Landschaft des ehem.
Fürstentums Osnabrück, Melle

■ Dorothea Bartram
Sachbearbeiterin der Provinzial
Lebensversicherung Hannover,
Hannover

■ Martin Biermann
Oberbürgermeister, Landschaftsrat,
Celle

■ Dr. h. c. Manfred Bodin
Konsul, Vorsitzender des Vorstands der
Norddeutschen Landesbank Girozentrale,
Hannover, bis 30. 6. 2004

■ Johann v. d. Decken
Dipl.-Ing. agr., Landwirt, Deckenhausen,
Krummendeich, Krs. Stade

■ Dr. Konrad Deufel
Oberstadtdirektor, Hildesheim

■ Michael Feldnick
Sachbearbeiter der Provinzial
Lebensversicherung Hannover,
Hannover

■ Anja Felstehausen
Gewerkschaftssekretärin,
Gewerkschaft ver.di, Hameln,
bis 31. 10. 2004
Gewerkschaft ver.di, Bremen,
seit 1. 11. 2004

■ Hans-Peter Fitschen
Sparkassendirektor, Vorsitzender des
Vorstands der Kreissparkasse Stade,
Stade

■ Birgit Harste
Abteilungsleiterin der Provinzial Lebens-
versicherung Hannover, Hannover

■ Herbert Heidemann
Stadtdirektor, Diepholz

■ Dr. Josef Bernhard Hentschel
Sparkassendirektor, Sprecher des
Vorstands der Sparkasse Osnabrück,
Osnabrück

■ Helmut Heyne
Oberbürgermeister, Cuxhaven

■ Konrad Huhmann
Sparkassendirektor, Vorsitzender des
Vorstands der Kreissparkasse Melle,
Melle

■ Achim Japtok
Gebietsleiter der Provinzial
Lebensversicherung Hannover,
Hildesheim

■ Hans Jürgen Krauß
Oberkreisdirektor Hameln-Pyrmont,
Hameln

■ Horst Lükking
Dipl.-Ing. agr., Landwirt, Landschaftsrat,
Sonnenborstel, Krs. Nienburg

■ Christoph Meister
Fachsekretär,
Gewerkschaft ver.di, Hannover

■ Dr. Hannes Rehm
Vorsitzender des Vorstands der Nord-
deutschen Landesbank Girozentrale,
Hannover, seit 1. 7. 2004

Vorstand, Direktoren und Treuhänder der Provinzial Lebensversicherung Hannover

Vorstand

- **Dr. Robert Pohlhausen**
Vorsitzender
- **Bernd Schnabel**
stellvertretender Vorsitzender
- **Hermann Kasten**
stellvertretendes Vorstandsmitglied
bis 31.3.2004
ordentliches Vorstandsmitglied
seit 1.4.2004
- **Rainer Tewes**
- **Thomas Vorholt**

Direktoren

- **Uwe Weinkopf**
Verantwortlicher Aktuar

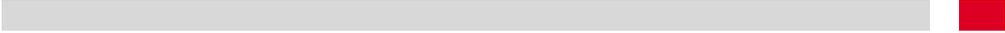
Treuhänder

für das Sicherungsvermögen

- **Dr. Peter Plathe**
seit 1.1.2005
- **Dr. Heinz Rose**
bis 31.12.2004
- **Martin Wodausch**
Stellvertreter

Sparkassenbeirat der VGH

- Günter Distelrath
Verbandsgeschäftsführer des
Niedersächsischen Sparkassen- und
Giroverbands, Hannover,
Vorsitzender
- Ernst-Otto Bahr
Sparkassendirektor, Vorsitzender des
Vorstands der Kreissparkasse Walsrode,
Walsrode
- Manfred Breuer
Direktor, Vorsitzender des Vorstands
der LBS Norddeutsche Landesbau-
sparkasse Berlin – Hannover, Hannover
- Dr. Guido Brune
Mitglied des Vorstands der
Bremer Landesbank, Bremen,
seit 1.1. 2005
- Hinrich Ernst
Sparkassendirektor, Mitglied des Vor-
stands der Sparkasse Aurich-Norden,
Aurich
- Hans Hartmann
Generalbevollmächtigter, Norddeutsche
Landesbank Girozentrale, Hannover
- Ingo Hinrichs
Sparkassendirektor, 1. stellv. Vorsitzender
des Vorstands der Sparkasse Emsland,
Meppen
- Jürgen Hösel
Sparkassendirektor, Vorsitzender des
Vorstands der Kreissparkasse Peine,
Peine
- Werner Koch
Sparkassendirektor, stellv. Sprecher
des Vorstands der Sparkasse Hannover,
Hannover
- Wolfgang Lamot
Sparkassendirektor, stellv. Vorsitzender
des Vorstands der Sparkasse
Rotenburg-Bremervörde, Zeven
- Achim Monzel
Abteilungsleiter beim
Niedersächsischen Sparkassen- und
Giroverband, Hannover
- Günter Morisse
Sparkassendirektor, Vorsitzender des
Vorstands der Kreissparkasse Lüchow-
Dannenberg, Dannenberg
- Wolfgang Schult
Sparkassendirektor, stellv. Vorsitzender
des Vorstands der Sparkasse
Stade – Altes Land, Stade
- Michael Tillmann
Sparkassendirektor, Mitglied des
Vorstands der Kreissparkasse
Grafschaft Bentheim zu Nordhorn,
Nordhorn
- Rolf Watermann
Sparkassendirektor, Mitglied des
Vorstands der Sparkasse Schaumburg,
Rinteln
- Helmut Weermann
Sparkassendirektor, Mitglied des
Vorstands der Sparkasse Emden,
Emden
- Ulrich Weiterer
Sparkassendirektor, Vorsitzender des
Vorstands der Sparkasse Goslar/Harz,
Goslar
- Dr. Heinrich Jagau
Sparkassendirektor, stellv. Sprecher
des Vorstands der Sparkasse Hannover,
Hannover, kooptiertes Mitglied



Bericht über das 255. Geschäftsjahr 2004

vorgelegt in der Sitzung
des Brandkassen Ausschusses
vom 6. April 2005

Das Wichtigste in Kürze

■ Positive Beitragsentwicklung fortgesetzt

Die Beitragseinnahmen erhöhen sich um 1,7 Prozent auf 943 Millionen Euro.

Insbesondere in der Kraftfahrtversicherung zeigt sich ein marktüberdurchschnittliches Wachstum. Der Marktanteil in diesen Sparten liegt bei 19 Prozent.

Sanierungsmaßnahmen und der Ausbau des Verbundgeschäfts tragen zum Wachstum der gewerblichen und industriellen Sparten bei.

■ Spitzenergebnisse in der Versicherungstechnik

Erfolgreiche Risikoselektion, schnelle Schadenregulierung und engagierte Schadenverhütung sichern eine günstige Schadenentwicklung. Die Schadenquote beträgt 62,7 Prozent.

Optimierungen im Bereich der EDV und unserer Außenstellen verbessern langfristig die Kostensituation. Die Kostenquote sinkt auf 23,4 Prozent.

Die Combined-Ratio als Summe aus Schaden- und Kostenquote liegt mit 86,1 Prozent um 5 Prozentpunkte unter dem Marktdurchschnitt.

■ Vorsichtige Bewertung der Kapitalanlagen

Die Bewertung der Kapitalanlagen erfolgt nach dem strengen Niederstwertprinzip.

Aus Vorsichtsgründen erfolgen außerordentliche Wertberichtigungen im Beteiligungs- und Immobilienbereich.

■ Gutes Gesamtergebnis – deutliche Stärkung der Sicherheitsmittel

Die Schwankungsrückstellungen werden um 26 Millionen Euro gestärkt. Weitere Vorsorge wird für das Sturmrisiko getroffen.

Eine Sonderzuführung passt die Pensionsrückstellung dem betriebswirtschaftlich notwendigen Bedarf an.

Der Bruttoüberschuss vor Ertragsteuern beträgt unter Berücksichtigung aller Vorsorgemaßnahmen 81 Millionen Euro.

Das Eigenkapital wächst nach Gewinnverwendung auf 613 Millionen Euro. Den erweiterten Solvabilitätsanforderungen nach Solvency II ist die Brandkasse gut gerüstet.

■ Beteiligung der Kunden an den guten Ergebnissen wird fortgesetzt

Aus vorhanden Mitteln werden den Kunden 27 Millionen Euro als erfolgsabhängige Rückvergütung gutgeschrieben.

Für künftige Gewinnbeteiligung werden den Rückstellungen 20 Millionen Euro zugeführt.

■ Erklärung zum Corporate Governance Kodex

Aufsichtsrat und Vorstand der Brandkasse erklären sich zu den Grundsätzen guter und verantwortungsvoller Unternehmensführung.

Die Regelungen des Kodexes, die für öffentliche Versicherungsunternehmen Anwendung finden können, werden auf freiwilliger Basis übernommen.

Wirtschaftliches Umfeld

Die insgesamt hinter den Erwartungen liegende Wirtschaftsentwicklung in Deutschland wurde insbesondere durch den Export getragen, während die Konsumausgaben der privaten Haushalte sowie die Unternehmensinvestitionen weiter stagnierten. Es ergaben sich keine besonderen Wachstumsimpulse für die Versicherungswirtschaft.

Daher konnten die Beitragseinnahmen der deutschen Kompositversicherer nur um 1,6 Prozent erhöht werden. Aufgrund einer sehr günstigen Schadensituation und fortgeführter Konsolidierungen wird ein deutlich positives versicherungstechnisches Ergebnis erwartet. Das sehr geringe Zinsniveau einerseits und die Stabilisierung der Aktienmärkte andererseits hat die Strategie in der Kapitalanlage stark beeinflusst.

Allgemeiner Geschäftsverlauf

Die Beitragseinnahme der Brandkasse erreichte im Geschäftsjahr 943,3 Millionen Euro. Im selbst abgeschlossenen Geschäft erzielten wir einen Zuwachs von 1,7 Prozent auf 900,2 Millionen Euro. Insbesondere zeigten die Sparten Kraftfahrt und Allgemeine Haftpflicht ein marktüberdurchschnittliches Wachstum. Die Brutto-Schadenquote nach Abwicklung lag mit 62,7 Prozent unter dem guten Vorjahresniveau von 64,4 Prozent. Die Neustrukturierung der Zusammenarbeit zwischen der EDV und unseren Fachabteilungen sowie die Neupositionierung unserer Regionaldirektionen ermöglichte es uns, die Kostensituation der Brandkasse nochmals zu verbessern. Die Kostenquote konnte von 23,8 Prozent auf 23,4 Prozent zurückgeführt werden. Aufgrund des positiven Geschäftsverlaufs wurden die Schwankungsrückstellungen um 25,7 Millionen Euro gestärkt.

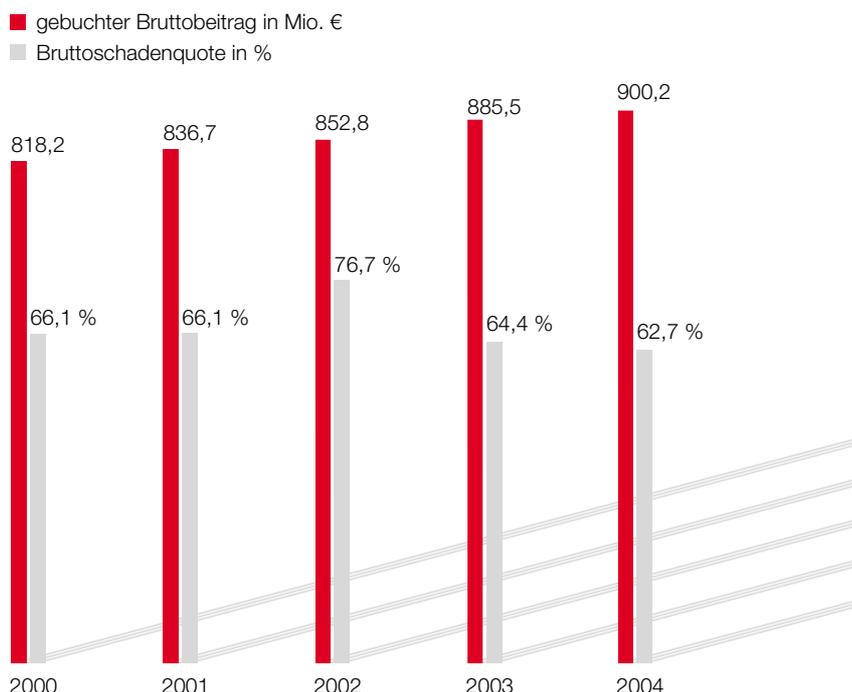
Die Nettoverzinsung der Kapitalanlagen erreichte unter Berücksichtigung außerordentlicher Wertberichtigungen im Beteiligungs- und Immobilienbereich 2,6 Prozent (Vorjahr 3,3 Prozent). Die Bewertungsreserven der zu Anschaffungskosten bilanzierten Kapitalanlagen betragen zum Bilanzstichtag 11,1 Prozent der gesamten Kapitalanlagen.

Überschussverwendung

Vor Ertragsteuern und Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung verblieb ein erwirtschafteter Bruttoüberschuss von 81,5 Millionen Euro.

Aufgrund positiver Spartenergebnisse können der Rückstellung für Beitragsrückerstattung 20,0 Millionen Euro zugeführt werden. Das Gesamtergebnis erfordert einen Steueraufwand von 41,5 Millionen Euro. Das Eigenkapital wird um 20,0 Millionen Euro gestärkt.

Entwicklung der Beitragseinnahme und Schadenquote selbst abgeschlossenes Geschäft



¹⁾ alle Marktdaten Stand März 2005, Quelle GDV

Beitragsrückerstattung

Im Geschäftsjahr haben wir 26,6 Millionen Euro an unsere Kunden als erfolgsabhängige Beitragsrückgewähr ausgezahlt. Aus dem laufenden Geschäftsergebnis können der Rückstellung für Beitragsrückerstattung 20,0 Millionen Euro (Vorjahr 13,0 Millionen Euro) zugeführt werden. Für ungekündigte Verträge sind für das Jahr 2005 die in der Tabelle aufgeführten Rückvergütungssätze festgelegt.

Hervorragende Bewertungen durch Rating-Agenturen

Die Brandkasse hat bei der jährlichen Aktualisierung der Ratings ihre guten Bewertungen behauptet. Der Finanz- und Wirtschaftsdienst „map-report“ bestätigte zum fünften Mal in Folge die sehr gute Bewertung in der Kraftfahrtversicherung („mmm“). Insbesondere erreichte die Brandkasse Platz 1 im Bereich Service. Beim Standard & Poor's-Rating konnte die Brandkasse ein „A+“ erreichen und damit ihre gute Position im Markt halten.

Der Geschäftsverlauf im Einzelnen

Unfallversicherung

In der Allgemeinen Unfallversicherung stiegen die Beitragseinnahmen um 0,7 Prozent (Markt 3,0 Prozent) auf 51,7 Millionen Euro. Ein wesentlicher Anteil dieser Erhöhung entfiel auf die dynamische Anpassung der Versicherungssummen und Beiträge. Eine gestiegene Stornoquote führte zu einem leicht rückläufigen Bestand. Geringere Schäden verbesserten die Schadenquote auf 45,6 Prozent (Vorjahr 54,2 Prozent).

Der Beitragsrückgang hat sich in der Insassenunfallversicherung gegenüber dem Vorjahr fortgesetzt. Das Beitragsaufkommen reduzierte sich um 8,8 Prozent auf 3,7 Millionen Euro. Die Schadenquote lag auf Vorjahresniveau.

Haftpflichtversicherung

Der Preis- und Bedingungswettbewerb hielt in der Haftpflichtversicherung an. Marktweit wurden zunehmend neue Tarife eingeführt. Dieser Entwicklung folgend bietet auch die Brandkasse seit dem 1. Juli 2004 einen neu kalkulierten teilweise abgesenkten Tarif an. Demgegenüber hat sich die zum gleichen Termin wirksame Beitragsangleichung positiv auf das Beitragswachstum ausgewirkt. Die Beitragseinnahme erhöhte sich um 4,2 Prozent (Markt 3,5 Prozent) auf 93,0 Millionen Euro. Der Vertragsbestand wurde um 0,3 Prozent ausgebaut. Die Schadenquote ist von 55,2 Prozent auf 49,8 Prozent zurückgegangen.

Im Firmenkundengeschäft hat der Einsatz von branchenorientierten Spezialpolicen und der spartenübergreifenden Gewerbe-Kombi-Police positive Auswirkungen auf den Geschäftsverlauf. Darüber hinaus führte das im Vorjahr eingeleitete Sanierungsprogramm für die gewerblichen Versicherungen zu steigenden Beiträgen und einer kontinuierlich verbesserten Schadenquote. Weitergehende Bestandssicherungsmaßnahmen haben sich positiv auf Neuordnungs- und Ablaufquoten ausgewirkt.

Sparte	Rückvergütung	Voraussetzungen
Wohngebäude*	5 %	Volle Anwendung der Tarife ab VGB 88 oder VGB 2003 bzw. VGB 2004
Hausrat*	15 %	Volle Anwendung der Tarife ab VHB 92
Privat-Haftpflicht*	10 %	ab dem 1.1.1995 gültige Tarife mit 2,556 Mio. Euro Pauschaldeckung oder alle Tarife ab HT 96
Jagd-Haftpflicht	15 %	Vertrag bestand am 31.3.2004, Vertrag zur Hauptfälligkeit ungekündigt
Feuer-Landwirtschaft	15 %	empfohlene Brandschutzmaßnahmen akzeptiert
Sturm*	10 %	landwirtschaftliche Gebäude

* weitere Voraussetzung: Vertrag war im Vorjahr schadenfrei

Als führender Versicherer für die Landwirtschaft haben wir mit einer Ergänzung zur erweiterten Produkthaftpflichtvereinbarung das Angebot für unsere landwirtschaftlichen Kunden komplettiert.

Im Privatkundengeschäft konnte der Vertragsbestand leicht ausgebaut werden. Die eingeleiteten Maßnahmen zur vereinfachten Vertragsneuordnung und -umstellung haben sich schon positiv auf die Bestandsentwicklung ausgewirkt. Unterstützt von der Beitragsangleichung zum 1. Juli 2004 stieg die Beitragseinnahme um 4,0 Prozent auf 36,8 Millionen Euro.

Kraftfahrversicherung

Die Marktsituation in der Kraftfahrversicherung war auch im Geschäftsjahr 2004 schwierig. Trotz des wachsenden Wettbewerbs haben viele Versicherungsunternehmen im ersten Halbjahr ihre Tarife leicht angehoben. Erst ab September setzte sich der Trend zur Absenkung des Tarifniveaus im Markt durch. Die zunehmende Preissensibilität der Kunden wirkte sich zusätzlich verschärfend auf den Wettbewerb aus. Die Kraftfahrversicherung erzielte marktweit bei einer leichten Bestandserhöhung um 0,5 Prozent ein gutes technisches Ergebnis.

Auf den anhaltenden Verdrängungswettbewerb am Markt hat die Brandkasse mit verschiedenen Sonderaktionen reagiert. Des Weiteren wurde unter Berücksichtigung der Ertragspotenziale das Großkundengeschäft ausgebaut. Insgesamt erzielte die Kraftfahrversicherung mit 357,4 Millionen Euro einen überdurchschnittlichen Beitragsanstieg um 1,6 Prozent (Markt + 0,5 Prozent). Die Schadenquote verringerte sich auf 74,0 Prozent (Vorjahr: 75,7 Prozent). Die gute Ergebnissituation ermöglichte, die Schwankungsrückstellungen um 17,1 Millionen Euro zu stärken.

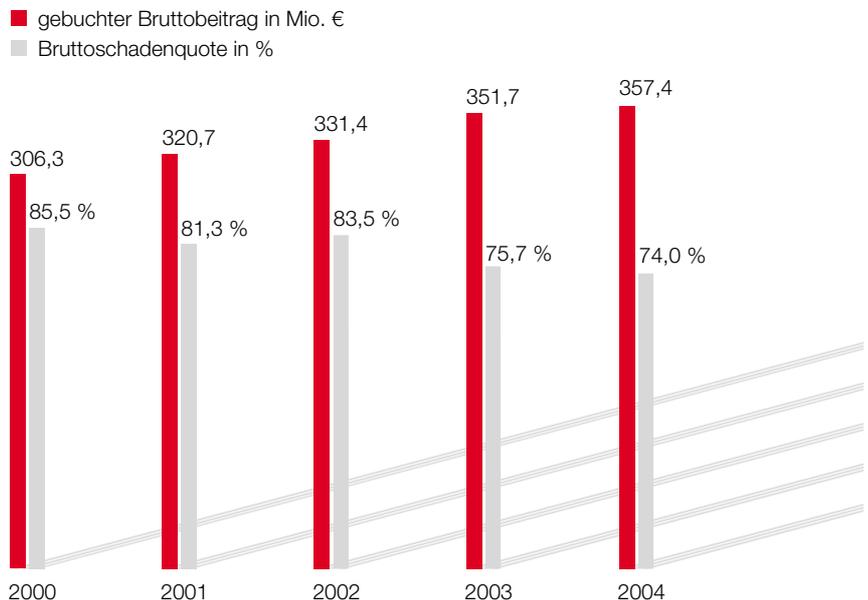
Feuerversicherung

In der Feuerversicherung vereinnahmten wir ein Beitragsvolumen von 79,7 Millionen Euro. Dieses lag um 0,9 Prozent unter dem Vorjahreswert. Trotz einiger Großschäden und einer erhöhten Anzahl von Schäden ging die Schadenbelastung aufgrund eines geringeren Durchschnittsaufwands gegenüber dem Vorjahr deutlich zurück. Die Schadenquote betrug 43,0 Prozent (Vorjahr: 61,1 Prozent).

In der industriellen Feuerversicherung führte das weiter gestiegene Neugeschäft im Rahmen der Zeichnungsgemeinschaft mit den öffentlich-rechtlichen Versicherern zu einem Beitragswachstum von 6,8 Prozent. Die Schadenquote lag unter dem Vorjahr.

Entwicklung der Beitragseinnahme und Schadenquote Kraftfahrversicherung gesamt

	gebuchte Bruttobeiträge		Brutto-Schadenquote	
	2004 Mio. €	in % zum Vorjahr	2004 %	2003 %
Kraftfahrt-Haftpflicht	217,2	1,8	77,4	78,3
Kraftfahrt-Vollkasko	107,5	1,9	73,3	76,1
Kraftfahrt-Teilkasko	32,7	0,2	54,6	57,1



In der sonstigen Feuerversicherung verzeichneten wir einen Beitragsrückgang um 0,6 Prozent, der insbesondere das kommunale Geschäft betraf.

In der landwirtschaftlichen Feuerversicherung setzte sich der Verdrängungswettbewerb fort. Die Einkommenssituation veranlasst die Landwirte zur kritischen Prüfung des Versicherungsschutzes. Unsere aktuellen Versicherungsbedingungen, auf die 80 Prozent des Bestandes umgestellt sind, werden den Anforderungen der Betriebe gerecht. Dennoch nahm der Versicherungsbestand um 1,8 Prozent ab. Der Rückstellung für Beitragsrückerstattung wurden 7,0 Millionen Euro zugeführt.

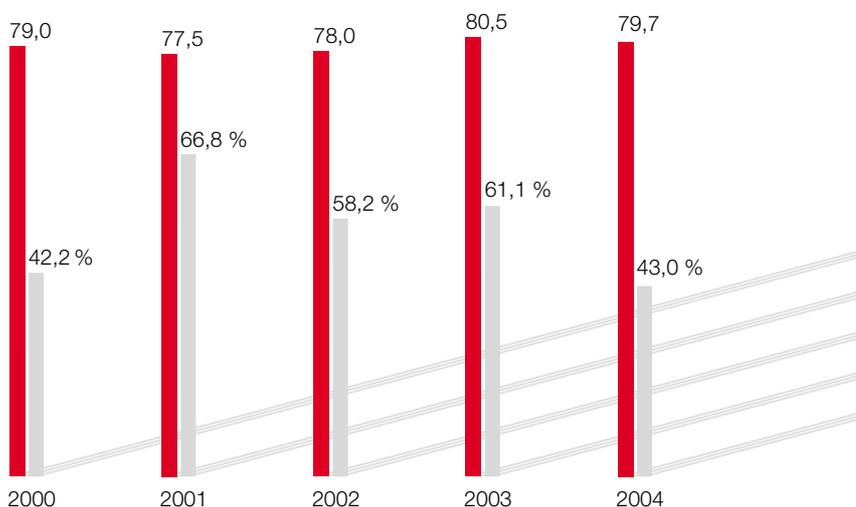
Verbundene Gebäudeversicherung

Die Rahmenbedingungen für die Gebäudeversicherung zeigten sich auch im Berichtsjahr als schwierig. Der geringe Zuwachs an Wohngebäuden aufgrund der anhaltend schwachen Baukonjunktur verschärfte den Wettbewerb in der Sparte. Marktweit erfolgten Sanierungsaktivitäten bei schlecht verlaufenden Risiken. Der von uns im Vorjahr als Reaktion auf das Marktumfeld eingeführte neue Tarif (Wohnflächenmodell) ist erwartungsgemäß gut angenommen worden. Im November 2004 haben wir als weitere Maßnahme eine neue Produktstruktur eingeführt. Mit dem Standardprodukt bieten wir jetzt ein preiswertes, auf die Grunddeckung reduziertes Produkt an. Für Kunden mit darüber hinausgehendem Bedarf stehen Sicherheits- oder Spezialpakete zur Verfügung. Durch verstärkte Bestandsarbeit konnte 2004 der Trend zunehmender Kündigungen reduziert werden.

Die Beitragseinnahme verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr um 0,6 Prozent auf 138,6 Millionen Euro (Markt + 3,5 Prozent). Der Anstieg der Schadenquote von 63,6 Prozent auf 68,3 Prozent resultierte aus einer im Vergleich zum guten Vorjahr leicht erhöhten Sturmschadenbelastung. Die im Vorjahr eingeleiteten Sanierungsmaßnahmen zur Verbesserung der Schadensituation bei Leitungswasserschäden werden durch eine intensive Schadenregulierung vor Ort unterstützt.

Entwicklung der Beitragseinnahme und Schadenquote Feuerversicherung gesamt

■ gebuchter Bruttobeitrag in Mio. €
 ■ Bruttoschadenquote in %



Verbundene Hausratversicherung

In der Verbundenen Hausratversicherung konnten wir unseren Marktanteil knapp behaupten. Mit einem Beitragsvolumen von 61,7 Millionen Euro erzielten wir trotz rückläufigen Bestandes einen Beitragszuwachs von 1,1 Prozent (Markt 1,0 Prozent). Seit November 2004 werden, wie in der Gebäudeversicherung, Standard-, Sicherheits- und Spezialpakete angeboten. Der Anteil der nachgefragten Spezialpakete am Bestand beträgt mittlerweile etwa 25 Prozent.

Die Schadensituation war vor allem durch einen Rückgang der Brandschäden entspannt. Die Schadenquote reduzierte sich von 44,8 Prozent im Vorjahr auf 39,0 Prozent. Der Rückstellung für Beitragsrückerstattung wurden 10,5 Millionen Euro zugeführt.

Sonstige Sachversicherung

In der Sparte Leitungswasser haben sich die in der Vergangenheit eingeleiteten Sanierungsmaßnahmen positiv ausgewirkt. Die Schadenquote ist jedoch weiterhin zu hoch, so dass die Sanierungsmaßnahmen auf alle Kundengruppen ausgedehnt und weiter verstärkt werden.

In der Sturmversicherung haben sich die Beitragseinnahmen erhöht. Da lediglich ein größeres Sturmereignis im Geschäftsjahr verzeichnet wurde, ist die Schadenquote zwar angestiegen, liegt aber weiterhin unter dem langjährigen Mittel.

Die Maschinen- und Elektronikversicherung, die unter den Technischen Versicherungen ausgewiesen wird, konnte ein gutes Ergebnis erzielen. Der dort ausgewiesene Beitragsrückgang resultierte aus der Bauleistungssparte aufgrund der nachlassenden Baukonjunktur.

Das Beitragsvolumen der Transportversicherung erhöhte sich durch Neuakquisitionen sowie konsequente Sanierung von defizitär verlaufenden Verträgen.

Einige größere Schäden führten in der Einbruchdiebstahlversicherung zu einem Anstieg der Schadenquote. Eingeleitete Sanierungsmaßnahmen wurden fortgesetzt.

In der Hagelversicherung konnte der Beitrag im Wesentlichen durch eine Bestandsübernahme ausgebaut werden. Schwere Hagelschäden im Juli führten zu einer deutlichen Erhöhung der Schadenquote.

Rechtsschutzversicherung

Die Rechtsschutzversicherung erzielte im Wesentlichen aus der Beitragsanpassung ein überdurchschnittliches Wachstum von 4,2 Prozent. Der Bestand verblieb auf dem Niveau des Vorjahres. Die Schadenquote stieg aufgrund eines Sondereffekts im Vorjahr von 58,4 Prozent auf 65,1 Prozent. Die zum 1. Juli 2004 in Kraft getretenen Änderungen des Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes, die höhere Anwalts- und Gerichtsgebühren vorsehen, haben sich bei den Schadenaufwendungen noch nicht ausgewirkt.

In Rückdeckung übernommenes Geschäft

Die Beitragseinnahme im übernommenen Geschäft verlief mit 43,1 Millionen Euro deutlich über dem Vorjahresniveau, da das Geschäft mit den Verbundpartnern ausgeweitet wurde. Die Schadenentwicklung zeigte sich positiv, so dass eine Zuführung zur Schwankungsrückstellung in Höhe von 2,7 Millionen Euro möglich war.

Entwicklung der sonstigen Sachversicherung

	gebuchte Bruttobeiträge		Brutto-Schadenquote	
	2004 Mio. €	in % zum Vorjahr	2004 %	2003 %
Leitungswasser	15,4	1,2	79,1	89,0
Sturm	15,2	2,0	47,7	25,4
Technik	12,7	- 0,3	45,9	46,6
Glas	12,0	- 2,4	58,0	60,5
Einbruch-Diebstahl	11,3	1,0	79,4	75,6
Transport	3,3	17,8	46,1	23,8
Hagel	2,7	22,2	107,8	63,3

Schadenverhütung

Die Bedeutung der Schadenverhütung bei der Brandkasse wurde im Berichtsjahr durch die Verleihung der Auszeichnung „Partner der Feuerwehr“ durch das Land Niedersachsen und dem Landesfeuerwehrverband Niedersachsen gewürdigt. Besondere Anerkennung fand neben den finanziellen Zuwendungen auch die aktive Mitarbeit bei der Brandschutzerziehung und die Beteiligung bei der Erarbeitung von Präventionsvorschriften.

Über 5 000 Beratungen bei unseren Kunden aus Landwirtschaft, Kommunen und Gewerbe/Industrie in den Bereichen Brand- und Umweltschutz, Einbruchsicherheit und Schutz gegen Leitungswasserschäden haben zur Risikoverbesserung beigetragen. Unser neues Internetportal zur Prävention spricht alle Kundengruppen an. Es hält eine Vielzahl von praktischen Informationen und Tipps bereit. Wiederum sehr erfolgreich waren die Vorführungen mit unserem Brandschutzmobil. Auf zahlreichen Veranstaltungen wurden Brandgefahren demonstriert und das Löschen von Kleinbränden mit Handfeuerlöschgerät geübt.

Darüber hinaus stellte die Brandkasse für die Schadenverhütung weitere finanzielle Mittel zur Verfügung:

- 9,6 Millionen Euro Feuerschutzsteuer
- 0,8 Millionen Euro freiwillige Leistungen für gezielte Schadenverhütungsarbeit in der Öffentlichkeit und für Einzelberatungen
- 1,3 Millionen Euro neue zinsgünstige Darlehen an Kommunen zur Förderung des Feuerlöschwesens in Niedersachsen.

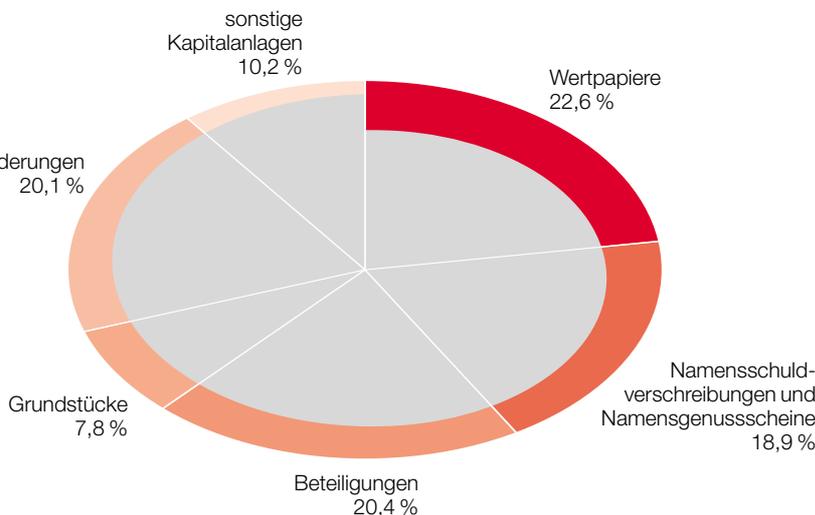
Kapitalanlagen

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich aufgrund der moderaten Einschätzung der Entwicklung der Aktienmärkte die Aktienquote der Brandkasse kaum verändert. Dennoch konnte die Brandkasse mit den vorhandenen Beständen an der positiven Aktienmarktentwicklung in 2004 partizipieren. Die Neuanlagen in Zinstiteln sind in mittlere und längere Laufzeiten investiert worden. Dabei stand eine erstklassige Bonität der Schuldner im Vordergrund.

Der Kapitalanlagebestand stieg um 3,1 Prozent auf 2 056 Millionen Euro. Das Nettoergebnis aus Kapitalanlagen verminderte sich wegen außerordentlicher Abschreibungen im Beteiligungs- und Immobilienbestand um 8,4 Millionen Euro auf 53,3 Millionen Euro. Damit erzielte die Brandkasse eine Nettoverzinsung von 2,6 Prozent (Vorjahr 3,3 Prozent). Die Bewertungsreserven der zu Anschaffungskosten bilanzierten Kapitalanlagen betragen zum Bilanzstichtag 11,1 Prozent (Vorjahr 11,3 Prozent) der gesamten Kapitalanlagen.

Kapitalanlagen

Aufteilung nach Anlagearten



Verbundene Unternehmen

Die verbundenen Unternehmen sind in den Anhangsangaben auf Seite 51 dieses Berichts aufgeführt. Nach § 290 HGB besteht die Verpflichtung, einen Konzernabschluss aufzustellen. Die Veröffentlichung des Konzernabschlusses erfolgt nach Aufstellung und Prüfung im Bundesanzeiger.

Entwicklung im Geschäftsjahr 2005 und Ausblick

In einem weiterhin schwierigen konjunkturellen Umfeld sind für das laufende Geschäftsjahr kaum Wachstumsimpulse für die Versicherungswirtschaft zu erwarten. Der Fokus unserer Aktivitäten wird sich verstärkt auf die Sparten des Breitengeschäfts (Wohngebäude, Hausrat, Unfall, Privathaftpflicht, Rechtsschutz) richten. Der Bestandsarbeit und der Erhöhung der Bestandsqualität kommen eine erhebliche Bedeutung zu. Durch eine Verbesserung der Ablauf- und Stornoquoten wollen wir unsere Marktanteile sichern.

In der Kraftfahrtversicherung ist aufgrund der Schadensituation eine weitere Verschärfung des Preiswettbewerbs zu erwarten. Wir werden mit der Einführung eines neuen Tarifs im Mai 2005 und zusätzlichen Einzelmaßnahmen reagieren. Die Beitragseinnahmen wollen wir auf dem Niveau des Vorjahres halten.

Im gewerblichen Geschäft wird die Fortsetzung der Stornoprävention durch die Bearbeitung von aktuell in den Ablauf kommenden Verträgen einen hohen Stellenwert haben. Im gehobenen Firmengeschäft wollen wir die Marktdurchdringung durch verstärkte Nutzung der Zugangswege der Sparkassen verbessern.

Insgesamt rechnen wir bei der Brandkasse mit einem Anstieg des Prämienvolumens um ca. 0,5 Prozent.

Risiken der künftigen Entwicklung

Mit der Änderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes zum 1. Januar 2001 sind auch öffentlich-rechtliche Versicherungsunternehmen zur Einrichtung eines Risikofrüherkennungssystems verpflichtet. Ein derartiges System hat sich bei der Brandkasse seit mehreren Jahren etabliert.

Um die Risiken der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Brandkasse frühzeitig erkennen und im Bedarfsfall entsprechende Gegenmaßnahmen einleiten zu können, nutzen wir umfangreiche interne Berichts-, Planungs- und Steuerungssysteme. Darüber hinaus wird regelmäßig eine Risikoinventur durchgeführt. Die Maßnahmen zur Optimierung der Risikolage werden laufend überprüft.

Wettbewerbsrisiken

Der Wettbewerb um den Kunden zeigt sich in einem erheblichen Preisdruck. Versicherungsangebote branchenfremder Wettbewerber verschärfen in einigen Sparten den Bedingungs-wettbewerb. Um dieser Entwicklung zu begegnen, setzen wir auf eine serviceorientierte Marktstrategie. Die Aus- und Weiterbildung des Innen- und Außendienstes sowie die fallabschließende Bearbeitung bei den Vertretungen und Sparkassen fördern die Kundennähe.

Versicherungstechnisches Risiko

Als Regionalversicherer mit hohem Marktanteil in der Gebäudeversicherung besteht das versicherungstechnische Risiko in erster Linie im Sturmrisiko. Wegen des Kumulcharakters kann sich dort ein Schadenereignis erheblich auf die Ertragslage auswirken. Zusammen mit den Rückversicherern errechnen wir regelmäßig einen möglichen Höchstschaden als Basis für die Größenordnung und Struktur des Rückversicherungsprogramms. Verschiedene Rückversicherungen bieten bei langfristigen Vertragsbeziehungen einen guten Ergebnisschutz.

Der Ausschluss von Terrorrisiken aus den Rückversicherungsverträgen hat die Risikolage nur leicht erhöht, da sich im gezeichneten Erstgeschäft ebenfalls ein Ausschluss vereinbaren ließ. Unsere Kunden im Bereich Industrie und Großbetriebe haben aber die Möglichkeit, das Spitzenrisiko beim Spezialversicherer EXTREMUS abzusichern.

Risiken aus der Unsicherheit bei der Schadenreservierung werden insbesondere in Sparten mit länger andauernder Regulierung durch laufende Beobachtung der Schadenbestände und Schadenleistungen minimiert. Weitere Erfolge in der Abwicklung werden u.a. durch gezielte Unterstützung der Wiedereingliederung schwer verletzter Geschädigter und telefonische Schadenregulierung beim Schadenmanagement erzielt.

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft

Das mögliche Risiko eines Forderungsausfalls im Versicherungsgeschäft ist bei der Brandkasse gering. Gegenüber Versicherungsnehmern wird diesem Risiko mittels eines IT-gestützten Inkasso- und Mahnwesens begegnet. Die Beitragsforderungen gegenüber Versicherungsnehmern betragen zum Bilanzstichtag 18,8 Millionen Euro, hiervon sind 9,1 Millionen Euro älter als 90 Tage. Die gesamten Beitragsforderungen entsprechen 2,1 Prozent der gebuchten Brutto-Beiträge aus dem selbst abgeschlossenen Geschäft.

Das Risiko von Forderungsausfällen besteht in der Erstversicherung darüber hinaus gegenüber den Rückversicherern. Die Brandkasse sichert sich gegen einen Forderungsausfall durch eine systematische Auswahl und Diversifikation der Rückversicherungspartner ab.

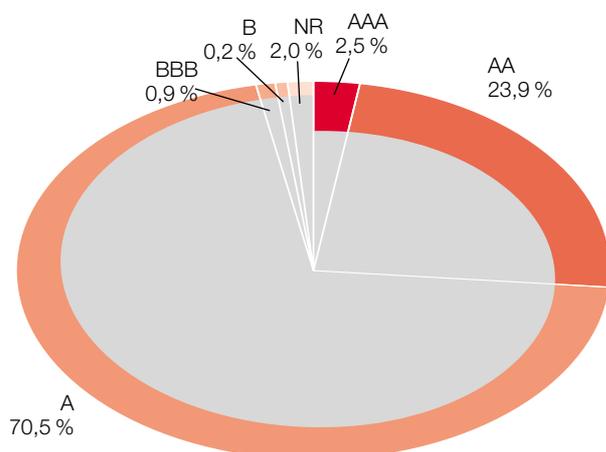
Die nebenstehende Grafik zeigt die Verteilung der abgegebenen Beiträge aus dem Rückversicherungsgeschäft auf die Rückversicherer gemäß deren Rating nach Standard & Poor's (S&P).

Entwicklung des Schadenrisikos (Gesamtgeschäft)

	Netto-Schadenquote in %	Abwicklung Schadenreserve VJ* netto in %
2004	64,7	6,3
2003	66,1	5,2
2002	78,3	6,9
2001	71,7	5,7
2000	68,2	7,4
1999	72,9	7,9
1998	70,8	9,1
1997	71,9	9,7
1996	65,2	11,0
1995	68,5	9,6

* in % der Eingangsrückstellung

In Rückversicherung gegebene Beiträge zum 31. Dezember 2004 gemäß Ratingklassen nach S&P



Kapitalanlagerisiken

Die Brandkasse investiert in Kapitalanlagen unter strikter Beachtung der gesetzlichen, aufsichtsrechtlichen und innerbetrieblichen Bestimmungen in einem strukturierten Anlageprozess. Durch das Risikomanagement wird eine laufende Überwachung der Kapitalanlagentätigkeit insbesondere im Hinblick auf die Marktwerttrisiken sichergestellt. Ziel ist es, die Risiken der Kapitalanlage frühzeitig zu erkennen, zu analysieren und aufzuzeigen, damit notwendige Gegenmaßnahmen eingeleitet werden können. Grundlage des Risikomanagements bildet dabei das vom Vorstand verabschiedete Risikokapital sowie das festgelegte Anlageuniversum und die Limitsysteme. Ein wesentlicher Bestandteil des operativen Risikomanagements, vor allem zur Sicherung von Marktpreisrisiken und zur Steuerung der Aktienquote, ist der Einsatz von derivativen Finanzinstrumenten. Die Mes-

sung, Kontrolle und Steuerung der Marktwert Risiken erfolgt unterjährig mit Hilfe von Szenarioanalysen. So ist gewährleistet, dass jederzeit die Auswirkungen unterschiedlicher Kapitalmarktszenarien auf die Finanz- und Ertragslage auf Basis des aktuellen Kapitalanlagebestands beurteilt werden können.

Bonitätsrisiken der Kontrahenten begegnet die Brandkasse durch die sorgfältige Auswahl und Streuung der Emittenten und eine kontinuierliche Ratingüberprüfung.

Das Asset-Liability-Management der Brandkasse ist vor allem auf die kurzfristige Steuerung nach bilanziellen Kriterien, durch die simultane Betrachtung der bestehenden Kapitalanlagen und der bestehenden Verpflichtungen der Passivseite ausgerichtet. Es trägt der Erfüllung aller Zahlungsverpflichtungen durch eine detaillierte Liquiditätsplanung und Steuerung Rechnung. Währungsrisiken sind von untergeordneter Bedeutung, da die Vermögensanlage im Wesentlichen in Euro getätigt wird.

Gemäß den Berichtspflichten gegenüber der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) wird regelmäßig ein Stresstest durchgeführt. Den Modifikationen gegenüber dem Vorjahresmodell wurde im „Stress-Test 2004“ Rechnung getragen. Beim Gesamt-Stress-Test wie auch bei den Teil-Szenarien stehen der Brandkasse ausreichende Sicherheitsmittel zur Verfügung. Die Solvabilitätsanforderungen werden erfüllt.

Operationale Risiken

Das operationale Risiko betrifft Risiken, die durch menschliches oder technisches Versagen bzw. durch externe Einflussfaktoren entstehen oder die aus vertraglichen Vereinbarungen oder rechtlichen Rahmenbedingungen resultieren.

Technische Risiken können insbesondere durch eine unzureichende Systemverfügbarkeit sowie den Ausfall technischer Einrichtungen entstehen. Da die wesentlichen Aufgaben der EDV-Anwendungen und -Technik auf die ivv – Informationsverarbeitung für Versicherungen GmbH (ivv)

übertragen wurden, hat die Brandkasse Rahmenvereinbarungen mit der ivv getroffen, um die EDV-Risiken zu begrenzen. Eine systematische Revision sowie interne Kontrollen tragen darüber hinaus zur Sicherheit und Verfügbarkeit der IT-Anlagen, Daten und Programme bei.

Risikoaspekten im organisatorischen und funktionalen Verwaltungsbereich wird durch das Interne Kontrollsystem begegnet, welches das Fehlerrisiko in den Geschäftsprozessen und das Risiko unternehmensschädigender Handlungen reduziert. Alle Zahlungsströme unterliegen strengen Regelungen hinsichtlich der Vollmachten und Kontrollverfahren. Entsprechende Funktionstrennungen in den Arbeitsabläufen, das Vier-Augen-Prinzip sowie Stichprobenverfahren nach dem Zufallsprinzip minimieren das Risiko unternehmensschädigender Handlungen bei der Erledigung von Geschäftsvorfällen. Die Wirksamkeit und Funktionsfähigkeit des Internen Kontrollsystems wird durch die Revision planmäßig überwacht.

Zusammenfassend ist keine Entwicklung erkennbar, welche die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage der Brandkasse nachhaltig negativ beeinträchtigt.

Hannover, den 21. Februar 2005

Der Vorstand

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2004

Jahresabschluss

Aktiva	€	€	2004 €	2003 €
A. Immaterielle Vermögensgegenstände				
Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände			67 619	82 527
B. Kapitalanlagen				
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		160 694 816		169 487 901
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	150 219 171			156 228 380
2. Beteiligungen	266 033 182			280 097 793
3. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	2 747 120	418 999 473		1 535 133
III. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	446 631 074			444 707 044
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	19 060 079			71 516 056
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	19 086 493			22 268 179
4. Sonstige Ausleihungen	801 173 321			727 575 959
5. Einlagen bei Kreditinstituten	178 400 000	1 464 350 967		109 600 000
IV. Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft		12 061 392	2 056 106 648	11 719 786
C. Forderungen				
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:				
1. Versicherungsnehmer	18 834 310			17 461 106
2. Versicherungsvermittler	5 525 955	24 360 265		6 232 870
davon: an verbundene Unternehmen 29 716 (136 291) €				
davon: an Beteiligungsunternehmen 693 105 (737 185) €				
II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft		10 351 681		6 402 728
davon: an verbundene Unternehmen 0 (0) €				
davon: an Beteiligungsunternehmen 66 716 (0) €				
III. Sonstige Forderungen		14 139 591	48 851 537	48 499 058
davon: an verbundene Unternehmen 1 880 215 (1 406 691) €				
davon: an Beteiligungsunternehmen 6 533 946 (31 529 791) €				
D. Sonstige Vermögensgegenstände				
I. Sachanlagen und Vorräte		11 314 761		13 706 104
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand		13 584 988		13 028 279
III. Andere Vermögensgegenstände		1 507 445	26 407 194	1 558 381
E. Rechnungsabgrenzungsposten				
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten		21 578 532		21 469 533
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		26 421 404	47 999 936	34 206 360
F. Voraussichtliche Steuerentlastung nachfolgender Geschäftsjahre gemäß § 274 Abs. 2 HGB			16 250 000	0
Summe der Aktiva			2 195 682 934	2 157 383 177

Passiva	€	€	2004 €	2003 €
A. Eigenkapital				
I. Stammkapital		20 000 000		20 000 000
II. Gewinnrücklagen				
1. Satzungsmäßige Rücklage	2 000 000			2 000 000
2. Rücklage für außergewöhnliche Risiken	55 000 000			55 000 000
3. Rücklage für Sturmrisiken	35 000 000			35 000 000
4. Andere Gewinnrücklagen	501 000 000	593 000 000	613 000 000	481 000 000
B. Sonderposten mit Rücklageanteil			9 860 889	8 075 740
C. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge				
1. Bruttobetrag	155 815 898			152 745 479
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	16 672 420	139 143 478		16 170 946
II. Deckungsrückstellung				
1. Bruttobetrag	10 664 897			10 054 960
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0	10 664 897		0
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	972 687 577			1 014 719 707
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	230 512 744	742 174 833		230 378 805
IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung				
1. Bruttobetrag	71 746 325			78 432 199
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0	71 746 325		0
V. Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen		167 244 715		141 565 910
VI. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen				
1. Bruttobetrag	13 440 106			7 111 047
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	- 1 228 854	14 668 960	1 145 643 208	-1 178 101
D. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		231 844 534		213 584 459
II. Steuerrückstellungen		51 340 937		42 182 555
III. Sonstige Rückstellungen		60 913 670	344 099 141	62 765 012
E. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft			581 616	491 748
Übertrag:			2 113 184 854	2 079 357 166

	€	€	2004 €	2003 €
Übertrag:			2 113 184 854	2 079 357 166
F. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber:				
1. Versicherungsnehmern	47 935 174			43 081 759
2. Versicherungsvermittlern	4 497 370	52 432 544		4 564 236
davon: gegenüber verbundenen Unternehmen	8 961 (22 166) €			
davon: gegenüber Beteiligungsunternehmen	324 247 (442 679) €			
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft		4 960 294		4 659 920
davon: gegenüber verbundenen Unternehmen	1 516 074 (605 208) €			
davon: gegenüber Beteiligungsunternehmen	1 415 719 (2 504 552) €			
III. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		0		1 448
IV. Sonstige Verbindlichkeiten		24 569 672	81 962 510	25 346 402
davon: aus Steuern	7 632 045 (7 591 479) €			
davon: im Rahmen der sozialen Sicherheit	2 036 137 (2 030 105) €			
davon: gegenüber verbundenen Unternehmen	4 375 257 (5 468 820) €			
davon: gegenüber Beteiligungsunternehmen	0 (0) €			
G. Rechnungsabgrenzungsposten			535 570	372 246
Summe der Passiva			2 195 682 934	2 157 383 177

Versicherungsmathematische Bestätigungen gemäß AktuarV:

Für die Unfallversicherungen:

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter dem Posten C II 1 der Passiva und die unter dem Posten C III 1 der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung der §§ 341 f und 341 g HGB sowie der aufgrund des § 65 Absatz 1 VAG erlassenen Rechtsverordnungen berechnet worden ist; Altbestand im Sinne des § 11c VAG ist nicht vorhanden.

Für die Haftpflichtversicherungen:

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter dem Posten C III 1 der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung der §§ 341 f und 341 g HGB berechnet worden ist.

Hannover, den 21. Februar 2005

Weinkopf

Verantwortlicher Aktuar

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2004

Jahresabschluss

	€	€	2004 €	2003 €
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	943 324 238			927 251 241
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	142 318 548	801 005 690		139 109 681
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	- 3 070 419			1 909 039
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	501 474	- 2 568 945	798 436 745	- 204 258
2. Technischer Zinsertrag feR			3 929 398	3 537 141
3. Sonstige versicherungstechnische Erträge feR			732 804	716 269
4. Aufwendungen für Versicherungsfälle feR				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	623 550 706			587 989 324
bb) Anteil der Rückversicherer	64 605 233	558 945 473		60 215 285
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	- 42 527 980			8 211 090
bb) Anteil der Rückversicherer	133 939	- 42 661 919	516 283 554	14 042 387
5. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen				
a) Netto-Deckungsrückstellung		- 609 937		- 1 489 383
b) Sonstige versicherungstechnische Netto-Rückstellungen		- 6 371 987	- 6 981 924	618 978
6. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen feR			21 346 222	13 889 212
7. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb feR				
a) Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb		223 672 180		222 199 330
b) davon ab: erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		41 286 768	182 385 412	37 597 696
8. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen feR			7 786 406	10 659 880
9. Zwischensumme			68 315 429	62 135 878
10. Veränderung der Schwankungsrückstellung und ähnlicher Rückstellungen			- 25 678 805	- 36 360 930
11. Versicherungstechnisches Ergebnis feR			42 636 624	25 774 948
Übertrag:			42 636 624	25 774 948

	€	€	2004 €	2003 €
Übertrag:			42 636 624	25 774 948
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen	7 863 223			8 457 115
davon: aus verbundenen Unternehmen				
1 242 837 (1 027 572) €				
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	70 147 706			98 984 887
davon: aus verbundenen Unternehmen				
0 (0) €				
c) Erträge aus Zuschreibungen	2 618 331			8 042 989
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	7 452 581			21 778 975
e) Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinn- abführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen	0			3 064
f) Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens mit Rücklageanteil	1 992 850	90 074 691		1 817 711
2. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zins- und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	11 386 477			47 903 509
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	20 846 161			9 521 109
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	735 802			19 537 554
d) Einstellungen in den Sonderposten mit Rücklageanteil	3 777 999	36 746 439		445 662
		53 328 252		61 676 907
3. Technischer Zinsertrag		- 3 953 988	49 374 264	- 3 555 988
4. Sonstige Erträge		14 281 386		10 785 064
5. Sonstige Aufwendungen		44 065 127	- 29 783 741	46 338 410
6. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			62 227 147	48 342 521
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		41 452 984		37 543 877
8. Sonstige Steuern		774 163	42 227 147	798 644
9. Jahresüberschuss			20 000 000	10 000 000
10. Einstellungen in andere Gewinnrücklagen			20 000 000	10 000 000
11. Bilanzgewinn			0	0

Versicherungszweige und Versicherungsarten

Lebensversicherung¹⁾

Krankenversicherung¹⁾

Allgemeine Unfallversicherung

Haftpflichtversicherung

Krafftfahrtversicherung

Luftfahrtversicherung

Rechtsschutzversicherung

Feuerversicherung

Einbruchdiebstahl- und Raubversicherung

Leitungswasserversicherung

Glasversicherung

Sturmversicherung

Verbundene Hausratversicherung

Verbundene Wohngebäudeversicherung

Hagelversicherung

Tierversicherung¹⁾

Technische Versicherungen

Einheitsversicherung

Transportversicherung

Kredit- und Kautionsversicherung¹⁾

Versicherung zusätzlicher Gefahren zur Feuer- bzw. Feuer-Betriebsunterbrechungs-Versicherung (Extended Coverage-Versicherung)

Betriebsunterbrechungs-Versicherung

Beistandsleistungsver-sicherung

Luft- und Raumfahrzeug-Haftpflichtversicherung

Sonstige Schadenversicherung

Ausstellungsversicherung

Garderobenversicherung

Jagd- und Sportwaffenversicherung

Musikinstrumentenversicherung

Fotoapparateversicherung

Kühlgüterversicherung

Warenversicherung in Tiefkühlanlagen

Atomanlagen-Sachversicherung

Automatenversicherung

Reisegepäckversicherung

Valorenversicherung (privat)

Campingversicherung

Schlüsselverlustversicherung

Mietverlustversicherung

Tank- und Fasseckageversicherung

Filmtheater-Einheitsversicherung

Vertrauensschadenversicherung

Inhaltsversicherung für Geschäfte und Betriebe

¹⁾ Diese Versicherungszweige werden nur im übernommenen Geschäft betrieben.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Aktiva

A. Immaterielle Vermögensgegenstände

Die Bewertung der immateriellen Vermögensgegenstände erfolgt mit den Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer. Ein erworbener Versicherungsbestand wird entsprechend der erwarteten Bestandshaltedauer abgeschrieben.

B. Kapitalanlagen

Grundstücke werden mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um die steuerlich zulässigen linearen und degressiven Abschreibungen, ausgewiesen. Sonderabschreibungen nach § 6 b EStG und auf den niedrigeren beizulegenden Wert werden vorgenommen.

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen sind mit Anschaffungskosten oder mit dem niedrigeren beizulegenden Wert bewertet. Der Bilanzwert der Personengesellschaften ergibt sich aus dem erworbenen Kapitalanteil zuzüglich Kapitalaufstockungen abzüglich eventueller Kapitalrückflüsse.

Aktien, Investmentanteile, Inhaberschuldverschreibungen, andere festverzinsliche Wertpapiere und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sind mit dem Börsen- oder Marktpreis, höchstens mit den Anschaffungskosten bewertet; das Wertaufholungsgebot wird beachtet.

Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen, Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen, Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, sowie übrige Ausleihungen sind grundsätzlich in Höhe

der noch nicht getilgten Rückzahlungsbeträge aktiviert. Agio- und Disagiobeträge werden durch aktive oder passive Rechnungsabgrenzung kapitalantellig auf die Laufzeit verteilt.

Die Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen sowie übrige Ausleihungen sind teilweise zu Anschaffungskosten bewertet.

Einlagen bei Kreditinstituten und Depotforderungen sind mit dem Nennbetrag ausgewiesen.

Die Depotforderungen sind nach den Berechnungsgrundlagen der Rückversicherungsverträge ermittelt.

C. Forderungen

Forderungen werden mit dem Nennwert angesetzt. Notwendige Abschreibungen und Wertberichtigungen werden vorgenommen.

D. Sonstige Vermögensgegenstände

Der Bilanzansatz der Sachanlagen und Vorräte sowie der anderen Vermögensgegenstände erfolgt mit den Anschaffungskosten, vermindert um die steuerlich zulässige Absetzung für Abnutzung. Geringwertige Anlagegüter werden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben.

Der Ausweis der laufenden Guthaben bei Kreditinstituten, der Schecks und des Kassenbestands erfolgt mit dem Nennbetrag.

F. Voraussichtliche Steuerentlastung nachfolgender Geschäftsjahre gemäß § 274 Abs. 2 HGB

Dieser Posten wurde im Geschäftsjahr erstmalig gebildet und resultiert aus der unterschiedlichen Bewertung der Schadenrückstellung für die Sparte Kraftfahrt-Haftpflicht in der Handels- und Steuerbilanz.

Passiva

B. Sonderposten mit Rücklageanteil

Dieser Posten wird, soweit steuerlich zulässig, auch in der Handelsbilanz gebildet.

C. Versicherungstechnische Rückstellungen

Die Beitragsüberträge für das selbst abgeschlossene Geschäft werden je Versicherungsvertrag und unter Beachtung der aufsichtsbehördlichen Vorschriften pro rata temporis ermittelt. Die Anteile für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft entsprechen den Rückversicherungsverträgen. Für das in Rückdeckung übernommene Geschäft werden die Aufgaben der Zedenten angesetzt. Das BMF-Schreiben vom 30. 4. 1974 wird berücksichtigt.

Die Deckungsrückstellung im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft wird für jeden einzelnen Vertrag nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechnet. Für das in Rückdeckung übernommene Versicherungsgeschäft sind die Rückstellungen nach den Aufgaben der Vorversicherer eingestellt oder geschätzt. In einem Fall erfolgt eine zeitversetzte Bilanzierung.

Die Ermittlung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle erfolgt für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft individuell je Schadenfall. Die Rückstellung für noch nicht gemeldete Spätschäden ist nach den Erfahrungen der Vorjahre angemessen geschätzt und hinzugesetzt worden. Für noch nicht abgewickelte Schäden der Sparte Rechtsschutz aus den Ereignisjahren 2000 und später wird die Rückstellung aufgrund eines statistischen Verfahrens pauschal ermittelt.

Die noch zu erwartenden Schadenregulierungsaufwendungen sind nach dem BMF-Schreiben vom 2. 2. 1973 berechnet.

Zweifelsfrei zu erwartende Erträge aus Regressen, Provenues und Teilungsabkommen werden abgesetzt.

Die Rentendeckungsrückstellung ist nach versicherungsmathematischen Grundsätzen mit einem Rechnungszins von 4,0 % bei einem Rentenbeginn bis 1. 7. 2000 und mit 3,25 % bei einem Rentenbeginn ab 1. 7. 2000 berechnet. Für das in Rückdeckung übernommene Versicherungsgeschäft sind die Rückstellungen nach den Aufgaben der Zedenten eingestellt oder geschätzt. Die Anteile für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft werden in vertragsmäßiger Höhe berücksichtigt und in Einzelfällen wertberichtigt.

Sowohl für das selbst abgeschlossene als auch für das übernommene Geschäft werden die Schwankungsrückstellungen, die Rückstellungen für die Produkthaftpflicht-Versicherungen von Pharmariskanten (Pharmarückstellungen) und die Atomanlagenrückstellungen nach den entsprechenden Vorschriften des HGB und der RechVersV ermittelt.

Über die nach diesen Vorschriften ermittelten Beträge hinaus erfolgte erstmalig eine Aufstockung der Schwankungsrückstellung für Sturmrisiken, die bei den sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen ausgewiesen wird.

Die Stornorückstellung für zu erwartende Beitragsausfälle ist aufgrund von Erfahrungswerten der Vergangenheit berechnet.

Die Rückstellung für unverbrauchte Beiträge aus ruhenden Kraftfahrtversicherungen ist individuell in Höhe der je Vertrag errechneten anteiligen Beiträge zwischen Stilllegungstermin und nächster Fälligkeit gebildet.

Die Rückstellung aufgrund der Verpflichtungen aus der Mitgliedschaft zur Verkehrsofopferhilfe e.V. wurde gemäß der Angabe des Vereins gebildet.

Die Höhe der Rückstellung für noch nicht verdiente Gewinnanteile aus abgegebenem und übernommenem Rückversicherungsgeschäft ergibt sich aus den Rückversicherungsverträgen.

In einer Sparte wurde in Höhe der erwarteten Verluste eine Rückstellung für drohende Verluste gebildet.

D. Andere Rückstellungen

Die Berechnung der Pensionsrückstellung erfolgt nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (SFAS 87) unter Berücksichtigung der „Richttafeln 1998“ von Dr. Klaus Heubeck mit einem Rechnungszins von 6 %. Künftige Gehalts- und Rentenanpassungen sind mit 3,0 %/2,5 % p. a. (Vorjahr 3,0 %/2,0 % p.a.) berücksichtigt.

Die Rückstellungen für Vorruhestand und Altersteilzeit werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen mit einem Zinssatz von 6 % berechnet. Die Rückstellung für Altersteilzeit umfasst den Aufstockungsbetrag und den Erfüllungsrückstand. Verbindlich feststehende Vorruhestands- und Altersteilzeitvereinbarungen werden mit dem vollen Teilwert bzw. Barwert, noch nicht feststehende Fälle werden in Höhe der wahrscheinlichen Inanspruchnahme bilanziert. Für beide Rückstellungen sind die „Richttafeln 1998“ angewendet worden.

Des Weiteren wurde eine Rückstellung zum Ausgleich von Rentenabschlägen bei vorgezogenem Ruhestand im Zusammenhang mit der Altersteilzeit gebildet. Die Berechnung erfolgte analog der für die Pensionsrückstellungen angewendeten Methoden.

Die Rückstellung für Mitarbeiterjubiläen wird nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Berücksichtigung eines Zinssatzes von 5,5 % berechnet. Die „Richttafeln 1998“ sind angewendet worden.

Die Rückstellung für Ausgleichsansprüche nach § 89 b HGB ist mit dem Barwert der künftigen Verpflichtungen unter Berücksichtigung von Fluktuationsabschlägen bewertet worden. Der Zinssatz beträgt 5,5 %.

Alle übrigen Rückstellungen tragen den erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten angemessen Rechnung. Sie sind in der Höhe gebildet, die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist.

E. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft

Die Depotverbindlichkeiten sind nach den Berechnungsgrundlagen der Rückversicherungsverträge ermittelt.

F. Andere Verbindlichkeiten

Der Ansatz erfolgt mit dem Rückzahlungsbetrag.

Sonstige Angaben

Alle Posten in Fremdwährung werden zu den Devisenmittelkursen des Bilanzstichtages bewertet.

Einzelne Rückversicherungsabrechnungen wurden geschätzt bzw. zeitversetzt bilanziert.

Erläuterungen zu den Aktiva

Entwicklung der Aktivposten A, B I bis III im Geschäftsjahr 2004

	Bilanzwerte
	2003
	Tsd. €
A. Immaterielle Vermögensgegenstände	
Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	83
B I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	
	169 488
B II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen	
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	156 228
2. Beteiligungen	280 098
3. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1 535
Summe B II.	437 861
B III. Sonstige Kapitalanlagen	
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	444 707
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	71 516
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	22 268
4. Sonstige Ausleihungen	
a) Namensschuldverschreibungen	384 913
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	293 365
c) Übrige Ausleihungen	49 298
5. Einlagen bei Kreditinstituten	109 600
Summe B III.	1 375 667
Insgesamt	1 983 099

Zeitwertangabe nach § 54 ff RechVersV

Für zum Anschaffungswert ausgewiesene Kapitalanlagen mit einem Bilanzwert von 1 126 Millionen Euro (einschließlich der Grundstücke) beträgt der Zeitwert 1 355 Millionen Euro.

Bewertungsmethoden zur Ermittlung des Zeitwerts

Als Zeitwert für Grundstücke und Bauten wurde grundsätzlich der Ertragswert angesetzt. In Einzelfällen wurde der Mischwert aus Ertrags- und Substanzwert, der Substanzwert oder der Buchwert angesetzt.

Zugänge	Um- buchungen	Abgänge	Zuschrei- bungen	Abschrei- bungen	Bilanzwerte
Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	2004 Tsd. €
51	0	0	0	66	68
1 976	0	3 822	0	6 947	160 695
2 100	0	1 909	0	6 200	150 219
3 623	0	13 046	158	4 800	266 033
1 418	0	206	0	0	2 747
7 141	0	15 161	158	11 000	418 999
25 753	0	23 235	2 305	2 899	446 631
226 646	0	279 257	155	0	19 060
39	0	3 220	0	0	19 087
39 302	0	65 109	0	0	359 106
230 550	0	110 694	0	0	413 221
0	0	20 452	0	0	28 846
1 633 300	0	1 564 500	0	0	178 400
2 155 590	0	2 066 467	2 460	2 899	1 464 351
2 164 758	0	2 085 450	2 618	20 912	2 044 113

Die Bewertung der Grundstücke und Bauten erfolgte in den Jahren 2003 und 2004.

Die Bewertung der Beteiligungen erfolgt nach dem Ertragswertverfahren, dem Net Asset Value, mit einer angemessenen Fortschreibung der Anschaffungskosten oder wird aus Anteilserwerb/-veräußerung hergeleitet. Bei zahlreichen

Beteiligungen entsprechen die Zeitwerte den jeweiligen Buchwerten.

Bei den Sonstigen Ausleihungen wird der Zeitwert anhand von Zinsstrukturkurven ermittelt.

Die übrigen Kapitalanlagen werden entsprechend § 56 Abs. 2 und 3 RechVersV bewertet.

B. Kapitalanlagen

B I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken

Der Grundbesitz umfasst:
27 Grundstücke mit Geschäftsbauten
14 Grundstücke mit Wohnbauten
3 Grundstücke ohne Bauten

Die Zugänge betreffen im Wesentlichen Bauplanungskosten für ein Grundstück in Hannover. Die Abgänge des Geschäftsjahres betreffen Verkäufe von drei Wohnbauten in Hannover, Laatzen und Wiesbaden. Im Geschäftsjahr sind Übertragungen nach § 6 b EStG von 1 510 Tausend Euro vorgenommen worden. Der Bilanzwert der von uns im Rahmen unserer Tätigkeit selbst genutzten Grundstücke beträgt zum Bilanzstichtag 62 972 (63 892) Tausend Euro.

B III 1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Dieser Posten enthält an derivativen Finanzinstrumenten Long Puts auf den EuroStoxx50. Diese Optionen sichern ein Nominalvolumen in Höhe von 31,1 Millionen Euro ab. Der Zeitwert beträgt 1,3 Millionen Euro und entspricht dem Buchwert. Die Bilanzierung berücksichtigt das strenge Niederstwertprinzip. Die Bewertung erfolgt mittels finanzmathematischer Berechnungen auf Basis der wichtigsten Einflussgrößen wie Börsenkurs und Volatilität.

B III 3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen

Hier handelt es sich überwiegend um Hypothekendarlehen an unsere Mitarbeiter. Abschreibungen waren nicht erforderlich.

B III 4. Sonstige Ausleihungen

In den Namensschuldverschreibungen sind Finanzinstrumente in Form von strukturierten Produkten mit einem Bilanzwert von 16 015 Tausend Euro ent-

halten. Die Bewertung zum Bilanzstichtag erfolgt mittels finanzmathematischer Berechnungen auf Basis der wichtigsten Einflussgrößen wie Zinsen und Volatilität. Der Zeitwert beträgt 15 506 Tausend Euro. Da alle Papiere mit einer Kapitalgarantie ausgestattet sind, wird die Differenz bis zum Laufzeitende wieder ausgeglichen. Diesen stillen Lasten stehen stille Reserven aus anderen Titeln in Höhe von 3 903 Tausend Euro gegenüber.

In den Schuldscheinforderungen und Darlehen sind Finanzinstrumente in Form von strukturierten Produkten mit einem Bilanzwert von 30 000 Tausend Euro enthalten. Die Bewertung zum Bilanzstichtag auf Basis aktueller Zinsstrukturkurven ergibt einen Zeitwert von 25 843 Tausend Euro. Da alle Papiere mit einer Kapitalgarantie ausgestattet sind, wird die Differenz bis zum Laufzeitende wieder ausgeglichen. Diesen stillen Lasten stehen stille Reserven aus anderen Titeln in Höhe von 2 888 Tausend Euro gegenüber.

Unter den Übrigen Ausleihungen sind ausschließlich Namensgenussrechte ausgewiesen.

E. Rechnungsabgrenzungsposten

Es handelt sich im Wesentlichen um Agiobeträge aus Namensschuldverschreibungen, Namensgenuss-scheine und Schuldscheinforderungen von 22 945 (30 900) Tausend Euro, anteilige Zinsen für 2004, die erst in 2005 fällig werden in Höhe von 21 579 (21 470) Tausend Euro, vorausgezählte Abschlussprovisionen von 2 296 (2 597) Tausend Euro sowie Beitragsguthaben von 652 (580) Tausend Euro.

F. Voraussichtliche Steuerentlastung nachfolgender Geschäftsjahre gemäß § 274 Abs. 2 HGB

Die latente Steuer ergibt sich aus der Abweichung zwischen Handels- und Steuerbilanz für die Schadenrückstellung in Kraftfahrt-Haftpflicht. Die in Zukunft entstehenden Entlastungsbeträge wurden abgegrenzt.

B II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

	Anteile am Kapital	Eigenkapital gem. § 266 Abs. 3 HGB	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres
	%	Tsd. €	Tsd. €
B II 1. Anteile an verbundenen Unternehmen			
Öffentliche Versicherung Bremen, Bremen	55,00	5 958	61
Grundstücksgesellschaft Öffentliche Versicherungen Bremen bR, Bremen *)	93,25	2 906	- 192
VGH & Partner Grundstücksgesellschaft bR, Hannover *)	95,00	27 333	1 112
Norddeutsche Gesellschaft für Vermögensanlagen der Landschaftlichen Brandkasse Hannover mbH, Hannover**)	100,00	57 387	942
VGH Rechtsschutz Schaden-Service-GmbH, Hannover *) ***)	100,00	51	0
VGH Projekt GmbH, Hannover	100,00	58	10
VGH Beteiligungs GmbH, Hannover*)	100,00	31 124	- 5 731
ivv Informationsverarbeitung für Versicherungen GmbH, Hannover	63,67	11 041	- 205
Grundberg:/ Garant Gebäudemanagement GmbH, Hannover	59,21	47	- 19
Provinzial Pensionskasse Hannover AG, Hannover	100,00	5 854	- 179
VGH 1. Verwaltungs AG, Hannover (vormals Provinzial Pensionsfonds Hannover AG i.G., Hannover)	100,00	4 190	108
B II 2. Beteiligungen			
Provinzial Lebensversicherung Hannover, Hannover *)	50,00	171 000	0
Oldenburgische Landesbrandkasse, Oldenburg	45,00	97 101	3 645
Öffentliche Lebensversicherungsanstalt Oldenburg, Oldenburg	45,00	7 987	218
Öffentliche Feuerversicherung Sachsen-Anhalt, Magdeburg	35,00	31 392	2 802
Öffentliche Lebensversicherung Sachsen-Anhalt, Magdeburg	35,00	11 315	300
Ostfriesische Landschaftliche Brandkasse, Aurich	25,00	27 876	34
Provinzial Krankenversicherung Hannover AG, Hannover	37,45	7 341	235
VGH Projekt GmbH & Co. Prager Platz KG, Hannover	50,00	47 959	- 4 029
Nordwestdeutsche Treuhand Hannover GmbH, Hannover	40,00	2 465	310
Bürgergemeinschaft Marktplatz Hildesheim GmbH & Co. KG, Hannover	25,64	310	31
Herrenhausen Verwaltungs GmbH, Hannover	25,00	24	- 1
Bildungszentrum der hannoverschen Versicherungsunternehmen GbR, Hannover	26,85	2 438	66
Herrenhausen Verwaltungs GmbH Gastronomie & Co. KG, Hannover	25,00	6 090	- 268
IfMOS Institut für Mittelstandsfragen gGmbH, Osnabrück	20,00	153	4
Pro-City GmbH Göttingen, Göttingen	20,00	38	- 73
HMG Beteiligungs-GbR der S-Finanzgruppe, Hannover	25,00	275	62

*) Die angegebenen Werte beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2004

**) Das Geschäftsjahr endet am 30. September

***) Es besteht ein Ergebnisabführungsvertrag

Erläuterungen zu den Passiva

B. Sonderposten mit Rücklageanteil

Der Sonderposten enthält eine Rücklage gemäß § 6 b EStG mit 3 014 (746) Tausend Euro aus übertragungsfähigen Verkäufen von Grundstücken. Weiterhin sind Wertberichtigungen aus einer Übertragung gemäß § 6 b EStG auf die Grundstücke der VGH & Partner Grund-

stücksgesellschaft bR bzw. Grundstücksgesellschaft Öffentliche Versicherungen Bremen bR mit 6 084 (6 567) Tausend Euro und eine Rücklage gemäß § 14 BerlinFG mit 763 (763) Tausend Euro enthalten.

C. Versicherungstechnische Rückstellungen

	versicherungstechnische Bruttorückstellungen insgesamt		Bruttorückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen	
	2004 Tsd. €	2003 Tsd. €	2004 Tsd. €	2003 Tsd. €	2004 Tsd. €	2003 Tsd. €
Unfall	84 441	79 706	57 424	55 112	12 829	10 493
Haftpflicht	264 800	262 813	194 019	195 435	31 873	30 067
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	623 724	605 912	549 108	544 288	71 836	59 529
sonstige Kraftfahrt	41 890	38 095	15 989	16 783	19 189	14 354
Feuer und Sach	261 211	267 326	86 941	94 224	11 068	9 767
davon: Feuer	64 695	68 550	20 955	27 457	6 261	3 221
Verbundene Hausrat	51 888	49 381	6 498	7 552	0	0
Verbundene Gebäude	89 567	94 976	32 734	35 758	0	0
sonstige Sach	55 061	54 419	26 754	23 457	4 807	6 546
Rechtsschutz	47 129	44 923	38 318	36 368	0	0
Selbst abgeschlossenes Geschäft	1 338 055	1 312 563	952 241	951 930	150 042	127 070
Übernommenes Geschäft	53 545	92 064	20 447	62 790	17 203	14 496
Gesamtes Versicherungsgeschäft	1 391 600	1 404 627	972 687	1 014 720	167 245	141 566

C VI. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen

In der Sparte Leitungswasser besteht eine Rückstellung für drohende Verluste in Höhe von 4 Millionen Euro.

Für die Sparte Verbundene Gebäudeversicherung erfolgte eine außerordentliche Aufstockung zur Schwankungsrückstellung in Höhe von 5 Millionen Euro.

D I. Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Der handelsrechtliche Ansatz bei der Rückstellung für Pensionen beläuft sich im Geschäftsjahr auf 231 845 Tausend Euro, der Teilwert gemäß § 6 a EStG beträgt 177 233 Tausend Euro.

D III. Sonstige Rückstellungen

	2004 Tsd. €	2003 Tsd. €
Rückstellung für Ausgleichsansprüche nach § 89 b HGB	17 200	18 717
Rückstellung für Verpflichtungen aus Vorruhestand und Altersteilzeit	14 356	13 719
Rückstellung für Provisionen	10 746	10 121
Rückstellung für Beihilfeverpflichtungen	8 987	9 040
Rückstellung für Urlaubsverpflichtungen, Gleitzeit und Tantiemen	2 697	2 952
Rückstellung für Mitarbeiterjubiläen	2 273	2 313
Rückstellung für Pensionssicherungsverein	1 683	1 568
Rückstellung für erbrachte und noch nicht abgerechnete Herstellungs- und Instandhaltungsaufwendungen	762	803
Rückstellung für Belastungen aufgrund des Gesetzes zu Art. 131 GG	430	514
Rückstellung für erbrachte und noch nicht abgerechnete EDV-Leistungen	0	1 207
Übrige Rückstellungen	1 780	1 811
Insgesamt	60 914	62 765

G. Rechnungsabgrenzungsposten

Abgegrenzt werden im Voraus empfangene Zinsen und Mieten von 67 (94) Tausend Euro sowie Disagio-beträge aus Kapitalanlagen in Höhe von 71 (278) Tausend Euro sowie abgegrenzte im Voraus erhaltene Provisionen in Höhe von 397 (0) Tausend Euro.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

	gebuchte Bruttobeiträge		verdiente Bruttobeiträge		verdiente Nettobeiträge	
	2004 Tsd. €	2003 Tsd. €	2004 Tsd. €	2003 Tsd. €	2004 Tsd. €	2003 Tsd. €
Unfall	55 359	55 334	55 389	54 930	46 643	45 800
Haftpflicht	93 003	89 269	91 393	89 404	68 435	67 156
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	217 223	213 442	217 240	214 950	209 742	206 985
sonstige Kraftfahrt	140 238	138 235	140 696	138 611	138 741	136 679
Feuer und Sach	359 305	356 016	358 110	356 111	280 717	280 371
davon: Feuer	79 721	80 485	79 614	81 024	49 661	50 558
Verbundene Hausrat	61 681	61 039	61 345	60 287	60 655	59 622
Verbundene Gebäude	138 573	137 692	137 888	137 909	115 219	117 401
sonstige Sach	79 330	76 800	79 263	76 891	55 182	52 790
Rechtsschutz	25 618	24 596	25 404	24 307	25 288	24 197
Selbst abgeschlossenes Geschäft	900 216	885 542	897 631	886 891	773 146	764 452
Übernommenes Geschäft	43 108	41 709	42 623	42 269	25 291	25 394
Gesamtes Versicherungsgeschäft	943 324	927 251	940 254	929 160	798 437	789 846

I 2. Technischer Zinsertrag f.e.R.

Für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft umfasst die Zinszuführung zur Brutto-Rentendeckungsrückstellung ausschließlich Unfall- und Haftpflichtversicherungen. Sie wird brutto durch Multiplikation des arithmetischen Mittels von Anfangs- und Endbestand der Rentendeckungsrückstellung mit 4 % bzw. 3,25 % ermittelt. Bei dem Anteil der passiven Rückversicherung handelt es sich um die den Rückversicherern gutgeschriebenen Depotzinsen. Für das in Rückdeckung übernommene

Versicherungsgeschäft werden im Lebensversicherungsgeschäft die vom Vorversicherer erhaltenen Depotzinsen angesetzt.

I 7 a. Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb f.e.R.

Von den Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb entfallen 79 687 (84 034) Tausend Euro auf den Abschluss von Versicherungsverträgen und 143 985 (138 165) Tausend Euro auf den laufenden Verwaltungsaufwand.

Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle		Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb		Rückversicherungs-Saldo		versicherungs-technisches Ergebnis für eigene Rechnung	
2004 Tsd. €	2003 Tsd. €	2004 Tsd. €	2003 Tsd. €	2004 Tsd. €	2003 Tsd. €	2004 Tsd. €	2003 Tsd. €
23 851	27 925	15 356	15 769	- 47	- 1 432	13 877	9 431
45 490	49 326	29 741	29 540	- 4 425	- 1 367	8 188	504
168 063	168 361	28 672	28 754	- 786	6 689	9 108	3 371
96 911	99 251	29 787	28 895	- 1 225	- 1 680	7 671	7 312
208 175	208 676	98 686	100 824	- 22 521	- 24 564	- 2 714	1 561
34 255	49 512	26 111	26 833	- 9 130	- 2 572	- 3 445	- 6 086
23 950	27 011	17 806	17 797	- 688	- 664	7 562	6 957
94 116	87 734	29 570	31 139	- 10 711	- 11 634	- 4 079	4 671
55 854	44 419	25 199	25 055	- 1 992	- 9 694	- 2 752	- 3 981
16 535	14 205	5 126	4 823	638	- 953	4 357	2 092
562 744	571 474	209 743	211 032	- 30 478	- 25 122	41 078	24 406
18 279	24 726	13 929	11 167	- 5 313	- 2 337	1 559	1 369
581 023	596 200	223 672	222 199	- 35 791	- 27 459	42 637	25 775

II 1 b. Erträge aus anderen Kapitalanlagen

Von den Erträgen aus anderen Kapitalanlagen resultieren 14 284 (14 406) Tausend Euro aus Grundstücken und 55 864 (84 579) Tausend Euro aus anderen Kapitalanlagen.

II 2 b. Abschreibungen auf Kapitalanlagen

Dieser Posten enthält außerplanmäßige Abschreibungen auf Beteiligungen in Höhe von 11 000 (436) Tausend Euro.

II 7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Das Ergebnis des Geschäftsjahres ist durch einen Steueraufwand in Höhe von 41,5 Millionen Euro beeinflusst. Im Geschäftsjahr hat sich steuermindernd die Bildung von latenten Steuern in Höhe von 16,3 Millionen Euro ausgewirkt.

Sonstige Angaben

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen

	2004	2003
	Tsd. €	Tsd. €
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	93 154	92 177
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	5 518	7 517
3. Löhne und Gehälter	76 625	76 853
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	14 321	15 280
5. Aufwendungen für Altersversorgung	18 651	7 829
6. Aufwendungen insgesamt	208 269	199 656

Anzahl der mindestens einjährigen Versicherungsverträge im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft

	2004	2003
	Stück	Stück
Unfall	345 088	360 881
Haftpflicht	691 263	689 300
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	1 008 806	1 007 249
sonstige Kraftfahrt	768 626	771 943
Feuer und Sach	1 619 900	1 624 278
davon: Feuer	182 823	185 584
Verbundene Hausrat	485 813	488 903
Verbundene Gebäude	492 768	492 764
sonstige Sach	458 496	457 027
Rechtsschutz	168 724	168 833
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	4 613 659	4 633 523

Weitere Angaben

Verbindlichkeiten aus der Begebung und Übertragung von Wechseln sowie Haftungsverhältnisse aus der Begebung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten bestehen nicht.

Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren bestehen nicht.

Die Forderungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr betragen 1 396 Tausend Euro.

Gegenüber einem Lebensversicherungsunternehmen besteht die Verpflichtung, weitere Organisationszuschüsse zu leisten, insbesondere um die geschäftsplanmäßige Mindestbeteiligung der Versicherungsnehmer am Überschuss sicherzustellen. Derzeit wird mit einer Einforderung nicht gerechnet.

Als Mitglied des Vereins „Verkehrsofferhilfe e. V.“ sind wir verpflichtet, dem Verein die für die Durchführung des Vereins-

zwecks erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen. Ferner sind wir Mitglied des Vereins „Deutsches Büro Grüne Karte e.V.“.

Als Mitglied der Pharma-Rückversicherungs-Gemeinschaft haben wir eine anteilige Bürgschaft für den Fall übernommen, dass eines der übrigen Pool-Mitglieder zahlungsunfähig wird. Gleichartige Verpflichtungen bestehen aufgrund von Verträgen mit der Deutschen Kernreaktor-Versicherungsgemeinschaft und mit dem Deutschen Luftpool.

Als Mitglied des „Solidaritätspools der Öffentlichen Versicherer“ haben wir eine Deckungszusage gegeben, bestimmte Terrorismusgroßschäden solidarisch zu tragen. Die Haftung ist auf 22,38 Millionen Euro beschränkt.

Als Mitglied des Verbandes öffentlicher Versicherer haben wir satzungsgemäß einen Anteil von 312 Tausend Euro an dem Stammkapital des Verbandes übernommen. Unsere Haftung ist auf diesen Betrag, der noch nicht eingefordert ist, begrenzt.

Außerdem bestehen Resteinzahlungsverpflichtungen von 45 566 Tausend Euro sowie Schuldversprechen von 6 212 Tausend Euro (davon an verbundene Unternehmen 4 034 Tausend Euro).

Das Ausmaß der Ergebnisbeeinflussung durch im Geschäftsjahr und in Vorjahren vorgenommene steuerliche Abschreibungen und gebildete Sonderposten mit Rücklageanteil ist aufgrund der Abschreibungsdauern gering.

Die durchschnittliche Zahl der im Berichtsjahr beschäftigten Mitarbeiter beträgt 1 408. Hiervon entfallen im Innendienst 702 auf die Hauptverwaltung und 618 auf unsere Regionaldirektionen. Im Außendienst sind 88 Mitarbeiter bei uns angestellt. Mitarbeiter, die auch mit der Provinzial Lebensversicherung Hannover einen Dienstvertrag haben, sind entsprechend ihrem Arbeitseinsatz anteilig berücksichtigt.

Die Gesamtbezüge des Vorstands betragen für das Geschäftsjahr 1 217 Tausend Euro. An den Vorstand gegebene dinglich gesicherte Darlehen sind am Bilanzstichtag in Höhe von 46 Tausend Euro aktiviert. Die Kredite haben eine Laufzeit von 33 Jahren. Der Zinssatz beträgt 4,6%. An ehemalige Mitglieder des Vorstands oder deren Hinterbliebene sind insgesamt 984 Tausend Euro gezahlt worden. Für diese Personengruppen sind Rückstellungen für laufende Pensionen in Höhe von 12 810 Tausend Euro passiviert. An Mitglieder des Aufsichtsrats sind im Geschäftsjahr insgesamt 221 Tausend Euro gezahlt worden.

Die Namen der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats sind auf den Seiten 22 bis 24 angegeben.

Hannover, den 21. Februar 2005

Der Vorstand

Dr. Pohlhausen

Schnabel

Kasten

Tewes

Vorholt

Bestätigungs- vermerk

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Landschaftlichen Brandkasse Hannover, Hannover, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2004 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Regelungen in der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Fest-

legung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Überzeugung vermittelt der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht gibt insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage der Gesellschaft und stellt die Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hannover, den 3. März 2005

KPMG NORDTREU GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Prof. Dr. Geib
Wirtschaftsprüfer

Schuster
Wirtschaftsprüfer

Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung des Vorstands während des Berichtsjahres entsprechend der ihm nach Gesetz und Satzung zugewiesenen Aufgaben auf Grund regelmäßiger Berichterstattung überwacht. Er war in alle Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen eingebunden. In seinen Sitzungen ist er umfassend über die Geschäftslage und die Geschäftsentwicklung der Landschaftlichen Brandkasse Hannover unterrichtet worden. Der Aufsichtsrat befasste sich eingehend mit der Unternehmensplanung für das Geschäftsjahr 2005, insbesondere mit dem Wirtschaftsplan 2005 und der mittelfristigen Ergebnisplanung. Ferner wurde er über den Geschäftsverlauf und die Jahresabschlüsse der Verbundunternehmen informiert. Über den Gang der Geschäfte und die Lage des Unternehmens wurde quartalsweise schriftlich vom Vorstand berichtet.

Der Aufsichtsrat hat einen Hauptausschuss, einen Ausschuss für Vertriebsfragen, einen Ausschuss für Prüfungs- und Rechnungsangelegenheiten sowie einen Ausschuss für Personalangelegenheiten gebildet.

Der Hauptausschuss tagte im Geschäftsjahr fünfmal. Einen besonderen Schwerpunkt der Beratungen bildeten die strukturellen Veränderungen im öffentlich-rechtlichen Versicherungsumfeld. Darüber hinaus wurden die internen Reorganisationsprozesse intensiv diskutiert. Über die Umsetzung der Kapitalanlagestrategie wurde der Ausschuss laufend unterrichtet.

Der Ausschuss für Vertriebsfragen befasste sich in seiner Sitzung insbesondere mit der Neustrukturierung der vertriebliehen Ausrichtung der Regionaldirektionen zur Geschäftsprozessoptimierung bei der VGH. Des Weiteren wurden die Folgen der veränderten Besteuerungsregelung von Lebensversicherungsprodukten bei der Provinzial Lebensversicherung Hannover mit ihren Auswirkungen auf die Vertriebswege erörtert.

Der Ausschuss für Prüfungs- und Rechnungslegungsangelegenheiten trat im Berichtsjahr zweimal zusammen und

befasste sich im Wesentlichen mit der Überprüfung des Jahresabschlusses, der Erteilung des Prüfungsauftrags an den Abschlussprüfer sowie dem Konzernabschluss. Insbesondere erörterte der Ausschuss zusammen mit dem Jahresabschlussprüfer die wirtschaftliche Lage des Unternehmens sowie das Risikomanagement.

Der Ausschuss für Personalangelegenheiten trat dreimal zusammen, um über die ihm zugewiesenen Aufgaben zu befinden.

Der Aufsichtsrat, vertreten durch den Aufsichtsratsvorsitzenden, erteilte den Prüfungsauftrag nach § 111 Abs. 2 AktG an die KPMG NORDTREU GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hannover. Nach Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts der Landschaftlichen Brandkasse Hannover hat der Abschlussprüfer den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

Alle Mitglieder des Aufsichtsrats haben rechtzeitig vor der Bilanzsitzung den Jahresabschluss nebst Lagebericht und den Bericht des Wirtschaftsprüfers erhalten. Der Abschlussprüfer nahm an der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats teil, berichtete über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung und beantwortete die Fragen der Mitglieder. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung billigte der Aufsichtsrat den Jahresabschluss und stellte ihn in der vorgelegten Form fest. Der Aufsichtsrat legt dem Brandkassenausschuss den festgestellten Jahresabschluss zur Bestätigung vor.

Mit Wirkung vom 1. April 2004 wurde Herr Hermann Kasten zum ordentlichen Vorstandsmitglied bestellt.

Der Aufsichtsrat dankt den Vorstandsmitgliedern sowie allen Mitarbeitern der VGH für ihren Einsatz und für die geleistete Arbeit.

Hannover, 18. März 2005

v. Lenthe
Vorsitzender

Erklärung des Vorstands und des Aufsichtsrats

Erklärung des Vorstands und des Aufsichtsrats der Landschaftlichen Brandkasse Hannover zum Corporate Governance Kodex

Der Deutsche Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 21. Mai 2003 stellt wesentliche gesetzliche Vorschriften zur Leitung und Überwachung deutscher börsennotierter Aktiengesellschaften dar und enthält sowohl international als auch national anerkannte Standards guter und verantwortungsvoller Unternehmensführung. Er soll das deutsche Corporate Governance System transparent und nachvollziehbar machen und das Vertrauen der Anleger, der Kunden, der Mitarbeiter und der Öffentlichkeit in die Leitung und Überwachung deutscher börsennotierter Aktiengesellschaften fördern.

Mit der Ausrichtung auf börsennotierte Aktiengesellschaften ist der Corporate Governance Kodex in seiner Gesamtheit nicht für öffentlich-rechtliche Versicherungsunternehmen anwendbar. Aufsichtsrat und Vorstand der Landschaftlichen Brandkasse Hannover bekennen sich zu den Grundsätzen guter und verantwortungsvoller Unternehmensführung und haben mit Ausnahme der nachste-

henden Einschränkungen alle Regelungen des Corporate Governance Kodex auf freiwilliger Basis übernommen, die unter Berücksichtigung ihrer besonderen Rahmenbedingungen für öffentliche Versicherungsunternehmen Anwendung finden können.

Abgesehen wurde lediglich von einer Veröffentlichung der individualisierten Bezüge der Mitglieder des Vorstands bzw. des Aufsichtsrats, Ziffer 4.2.4 bzw. 5.4.5, der Mitteilung der Abwesenheiten von Mitgliedern des Aufsichtsrats nach Ziffer 5.4.6 sowie der Veröffentlichung des Konzernabschlusses nach Ziffer 7.1.2 des Kodexes.

Vorstand und Aufsichtsrat haben im zurückliegenden Geschäftsjahr die Ausrichtung ihrer Zusammenarbeit an den Empfehlungen des Kodexes und den unternehmensspezifischen Grundsätzen einer verantwortungsvollen Unternehmensführung überprüft und die Übereinstimmung festgestellt.

Hannover, 18. März 2005

Für den Vorstand:

Dr. Pohlhausen

Schnabel

Für den Aufsichtsrat:

v. Lenthe

Landschaftliche Brandkasse Hannover, gegründet im Jahre 1750 durch die Calenberg-Grubenhagensche Landschaft.

Jahr	Beiträge	Versicherungs- summen	Anschluss der Brandversicherungsanstalten
1751	4 896 Thl	8 811 900 Thl	
1850	182 036	82 092 250	Fürstenthum Hildesheim
1851	299 224	94 994 600	Fürstenthum Lüneburg
1873	300 552	133 739 164	Grafschaften Hoya und Diepholz
1878	1 383 649 M	761 250 370 M	Fürstenthum Osnabrück
1882	2 069 202	981 222 635	Herzogthümer Bremen und Verden
1925	6 705 983 RM	3 686 312 425 RM	
1938	11 702 000	—	
1945	14 476 000	—	

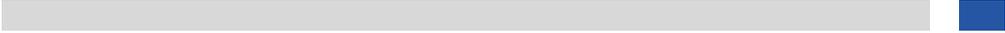
Jahr	Bruttobeitrag	Nettobeitrag	Versicherungs- technische Nettorück- stellungen	Stammkapital und offene Rücklagen
	TDM	TDM	TDM	TDM
1950	19 052	16 796	3 648	7 956
1955	33 051	28 230	24 546	10 737
1960	48 494	40 724	48 304	18 644
1965	83 853	68 188	75 542	32 623
1970	133 052	105 564	88 229	51 300
1975	234 010	177 923	128 510	65 400
1980	367 670	279 246	291 556	100 100
1985*	957 740	828 532	1 070 388	357 000
1990	1 274 648	1 056 452	1 267 300	609 600
1995	1 698 567	1 439 608	1 750 753	817 000
2000	1 676 859	1 434 713	2 139 868	1 090 000
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
2001	878 740	751 946	1 161 464	583 000
2002	889 494	758 957	1 144 282	583 000
2003	927 251	788 142	1 159 258	593 000
2004	943 324	801 006	1 145 643	613 000

* ab 1984 einschließlich HUK-Versicherungen

Währungseinheiten:

- 1751 – 1817 Thaler-Cassemünze
- 1817 – 1834 Thaler-Conventionsmünze
- 1834 – 1874 Thaler-Courant
- 1875 – 1923 Mark
- 1924 – 1948 Reichsmark
- 1949 – 2000 Deutsche Mark
- ab 2001 Euro

Mit Beginn der Reichsmark-Zeit verlieren die Versicherungssummen, die einen Aussagewert nur im Gebäude-Feuer-geschäft haben, an Bedeutung. Die anderen Versicherungszweige wie u. a. Leitungswasser, Sturm, Glas, Hagel, Transport, Maschinen, Bauleistungen sowie das Mobiliar-Feuergeschäft gewinnen ständig an Gewicht. Der Aus-sagewert verlagert sich nunmehr auf die Beitragseinnahmen und die technischen Werte.



Bericht über das 86. Geschäftsjahr 2004

vorgelegt in der Sitzung
der Trägerversammlung
vom 6. April 2005

Das Wichtigste in Kürze

■ Stärkstes Neugeschäft in der Geschichte

Die Anzahl der Neuverträge steigt um 81 Prozent. Mit über 120 000 Neuverträgen kann der Spitzenwert aus dem Jahr 1999 deutlich übertroffen werden.

Alein im Dezember werden 44 000 Verträge verarbeitet. Flexible und schlanke Abläufe ermöglichen eine termingerechte Policing aller Anträge vor Jahresende.

Die Beitragseinnahmen liegen mit 622 Millionen Euro über den Erwartungen. Die Akquise von Einmalbeiträgen hat die Provinzial bewusst zurückgeführt.

■ Hervorragende Kosten- und Risikoergebnisse

Mit einer Abschlusskostenquote von 3,9 Prozent und Verwaltungskostenquote von 1,9 Prozent behauptet die Provinzial ihren Spitzenplatz unter den Versicherern mit Außendienstberatung.

Mit 14,5 Prozent der Beitragseinnahmen sind diese Ergebnisquellen am Bruttoüberschuss beteiligt.

■ Nettoverzinsung durch Abbau aller stillen Lasten beeinflusst

Die aus den Vorjahr übernommenen stillen Lasten sind vollständig abgebaut.

Die Nettoverzinsung der Kapitalanlagen erreicht dennoch 4,0 Prozent und liegt auf dem Niveau der deklarierten Gesamtverzinsung.

Die Bewertungsreserven zum Bilanzstichtag betragen 1,1 Prozent der gesamten Kapitalanlagen.

■ Ausbau der freien RfB

Die Anwendung der neuen biometrischen Rechnungsgrundlagen für die Rentenversicherungen führt zu einer Nachreservierung von 16 Millionen Euro.

Der Bruttoüberschuss erreicht trotz Sonderbelastungen aus dem Abbau der stillen Lasten und der Rentennachreservierung 128 Millionen Euro. Die freie RfB erhöht sich von 44 Millionen Euro auf 70 Millionen Euro.

■ Überschussbeteiligung stabil

Die Überschussbeteiligung der Provinzial wird fortgeführt. Die Gesamtverzinsung der Guthaben beträgt 4 Prozent. Zusätzlich werden den Kunden Kosten- und Risikogewinne gutgeschrieben.

■ Erklärung zum Corporate Governance Kodex

Aufsichtsrat und Vorstand der Provinzial erklären sich zu den Grundsätzen guter und verantwortungsvoller Unternehmensführung.

Die Regelungen des Kodexes, die für öffentliche Versicherungsunternehmen Anwendung finden können, werden auf freiwilliger Basis übernommen.

Wirtschaftliches Umfeld

Die insgesamt hinter den Erwartungen liegende Wirtschaftsentwicklung in Deutschland wurde insbesondere durch den Export getragen, während die Konsumausgaben der privaten Haushalte weiter stagnierten. Trotz mäßiger Einkommenszuwächse, steigender Arbeitslosigkeit und einer hohen Steuer- und Abgabenbelastung steigt im Bewusstsein der Bevölkerung langsam die Notwendigkeit der eigenverantwortlichen Altersvorsorge.

Das Geschäftsjahr 2004 war in der deutschen Lebensversicherung maßgeblich geprägt durch die Änderung der Besteuerung von Kapitallebensversicherungen zum 1. Januar 2005. Insbesondere im letzten Quartal des Jahres konnten deutliche Neugeschäftszuwächse verzeichnet werden. Demgegenüber stieg jedoch auch die Anzahl der Versicherungsverträge, die frühzeitig gekündigt wurden.

Insgesamt erhöhte sich das Neugeschäft gemessen in statistischem Jahresbeitrag der Branche um 41,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Das Beitragswachstum betrug 1,1 Prozent.

Allgemeiner Geschäftsverlauf

Das Neugeschäft gemessen in statistischem Jahresbeitrag der Provinzial lag mit einer Steigerung von 52,6 Prozent deutlich über dem Vorjahreswert. Beeinflusst wurde das Ergebnis durch die mit dem Alterseinkünftegesetz verbundene Neuregelung der Besteuerung von Erträgen aus Lebensversicherungen ab 2005, die zum Jahresende zu einer Vielzahl von Neuabschlüssen geführt hat.

Die gebuchten Brutto-Beiträge haben sich trotz des hohen Neugeschäfts um 2,9 Prozent auf 621,8 Millionen Euro verringert. Ursächlich hierfür ist ein Rückgang der Einmalbeiträge. Die für die Zukunft besonders wichtigen laufenden Beiträge lagen auf dem Niveau des Vorjahres.

Die Nettoverzinsung der Kapitalanlagen erreichte 4,0 Prozent.

Die Anwendung der von der Deutschen Aktuarvereinigung (DAV) berechneten neuen biometrischen Rechnungsgrundlagen für die Rentenversicherung führte im Berichtsjahr zu einem zusätzlichen Aufwand von 16,4 Millionen Euro. Darüber hinaus wurden die aus dem Vorjahr übernommenen stillen Lasten aus den Kapitalanlagen vollständig abgebaut. Trotz der beiden ergebnisbelastenden Maßnahmen erhöhte sich die freie Rückstellung für Beitragsrückerstattung auf 70,2 Millionen Euro (Vorjahr 43,5 Millionen Euro).

Überschussverwendung

Aus dem Bruttoüberschuss von 128,0 Millionen Euro werden 55,5 Millionen Euro der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zugeführt.

Darüber hinaus erhalten unsere Kunden eine Direktgutschrift in Höhe von 73,6 Millionen Euro, die sich wie folgt zusammensetzt:

- 46,0 Millionen Euro Zuführung zur Brutto-Deckungsrückstellung
- 1,0 Millionen Euro gutgeschriebene angesammelte Überschussanteile
- 26,6 Millionen Euro übrige Aufwendungen.

Bewertungen durch Rating-Agenturen

Wie in den Vorjahren wurde die Provinzial von mehreren Ratingagenturen auf Basis der Geschäftsberichtsdaten 2003 analysiert und positiv bewertet. Beim Finanz- und Wirtschaftsdienst map-report („mm“), bei Standard & Poor's („BBBpi“) sowie der Wirtschaftswoche (4 Sterne) wurden die guten Vorjahresergebnisse bestätigt. Allerdings wurde das Rating von Morgan & Morgan (zwei Sterne) abgesenkt. Die Provinzial liegt damit weiterhin im gehobenen Mittelfeld der Branche.

Der Geschäftsverlauf im Einzelnen

Neuzugang

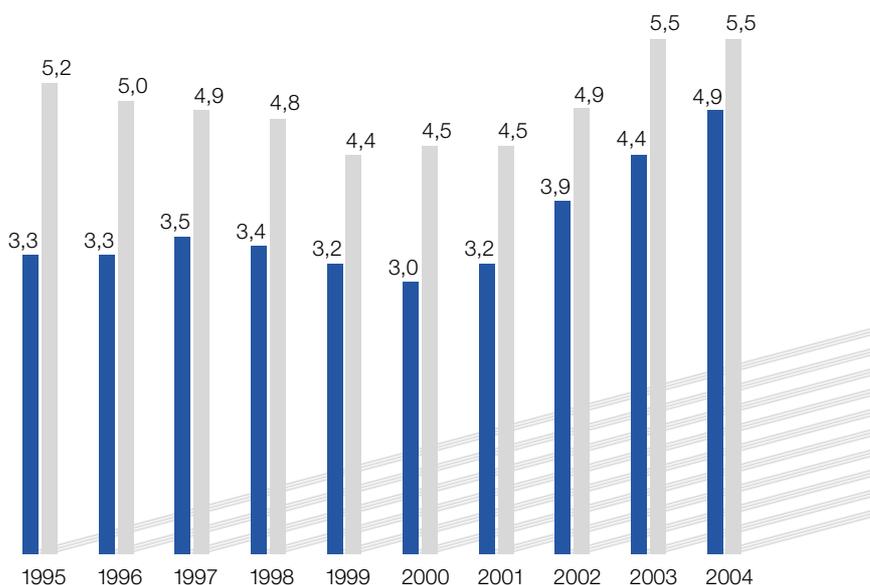
Die mit dem Alterseinkünftegesetz verbundene Neuregelung der Besteuerung von Erträgen aus Lebensversicherungen ab 2005 hat branchenweit zu einer deutlichen Erhöhung der Neuabschlüsse zum Jahresende geführt. Insgesamt lag der Anstieg des Neugeschäfts bei der Provinzial bezogen auf den statistischen Jahresbeitrag um 52,6 Prozent über dem Ergebnis des Vorjahres. Der Neuzugang aus eingelösten Versicherungsscheinen und Erhöhungen erreichte einen statistischen Jahresbeitrag von 93,7 Millionen Euro. Die Beitragssumme des Neugeschäfts betrug 1 895 Millionen Euro (Vorjahr 1 325 Millionen Euro).

Die gute Entwicklung im Neugeschäft spiegelt sich auch in der Entwicklung der Vertragsstückzahlen wider. Im Berichtsjahr konnten 121 389 Verträgen neu vermittelt werden. Bezogen auf die Stückzahl wurde damit das beste Neugeschäftsergebnis seit Bestehen der Provinzial erzielt.

Entwicklung der Stornoquote

in % des statistischen Jahresbeitrags des mittleren Bestands

■ Provinzial
■ Markt



Die Akzeptanz von Versicherungsprodukten nach dem Altersvermögensgesetz ist nach wie vor gering, so dass in diesem Segment nur wenige Verträge abgeschlossen wurden.

Bestand und Beitragseinnahme

Der Versicherungsbestand stieg um 4,0 Prozent (Markt 6,1 Prozent) auf 25,3 Milliarden Euro Versicherungssumme. Gemessen am statistischen Jahresbeitrag vergrößerte sich der Bestand um 2,1 Prozent auf 618,8 Millionen Euro. Durch das gute Neugeschäft steigerte sich der Bestand um 7,9 Prozent auf 791 913 Stück.

Die Stornoquote – gemessen in statistischem Jahresbeitrag – ist zwar von 4,4 Prozent auf 4,9 Prozent angestiegen; sie liegt aber weiterhin unter dem Marktdurchschnitt von 5,5 Prozent.

Trotz des hohen Neugeschäfts blieben die gebuchten Beiträge mit 621,8 Millionen Euro insbesondere wegen rückläufiger Einmalbeiträge um 2,9 Prozent unter dem Wert des Vorjahres. Die laufenden Beiträge lagen mit 593,2 Millionen Euro nur um 0,6 Prozent unter dem Niveau des Vorjahres, weil der Beitragsrückgang, der aus dem Ablauf der Beitragspflicht von beitragsintensiven Verträgen aus dem Jahr 1999 zu verzeichnen war, nahezu durch das hohe Neugeschäft kompensiert werden konnte.

Versicherungsleistungen

Für Versicherungsfälle, ausgezahlte Gewinnanteile und Rückkäufe leisteten wir 670,5 Millionen Euro. Diese Leistungen waren ganz überwiegend Erlebensfallleistungen. Zur Sicherstellung der künftigen Verpflichtungen gegenüber unseren Kunden führten wir der Deckungsrückstellung, der Rückstellung für Beitragsrückerstattung und dem Ansammlungsguthaben unserer Versicherungsnehmer insgesamt 106,4 Millionen Euro zu.

Versicherungstechnisches Ergebnis

Die Entwicklung der Aktien- und Zinsmärkte hat die Ergebnissituation und Ergebniszusammensetzung der Lebensversicherungsunternehmen stark beeinflusst. Vor dem Hintergrund niedriger Anlageerträge ist die Bedeutung der Ergebnisse außerhalb der Kapitalanlagen auch für Lebensversicherungsunternehmen deutlich gewachsen. In der Graphik wird die hervorragende Positionierung der Provinzial bei den versicherungstechnischen Ergebnissen deutlich. Einen wesentlichen Anteil tragen hier die Kosten- und Risikoergebnisse.

Die mit den Beiträgen vereinnahmten Kostenanteile überstiegen die tatsächlichen Kosten, so dass sich ein positives Kostenergebnis von 34,2 Millionen Euro ergab. Bezogen auf die gebuchten Bruttobeiträge errechnete sich für die laufenden Aufwendungen ein Kostensatz von 1,9 Prozent. Die Abschlusskostenquote der Provinzial betrug 3,9 Prozent der Beitragssumme des Neugeschäfts. Wie in den Vorjahren lagen wir bei den Kennzahlen, welche die Kostensituation eines Lebensversicherers beurteilen, in der Spitzengruppe aller Anbieter.

Die Aufwendungen für vorzeitige Versicherungsfälle gestalteten sich erneut günstiger, als sie bei der Kalkulation der Beiträge berücksichtigt waren. Der daraus resultierende Risikogewinn betrug 64,0 Millionen Euro. Die Anwendung der von der Deutschen Aktuarvereinigung (DAV) berechneten neuen biometrischen Rechnungsgrundlagen für die Rentenversicherung führte im Berichtsjahr zu einem zusätzlichen Aufwand von 16,4 Millionen Euro.

Kapitalanlagen

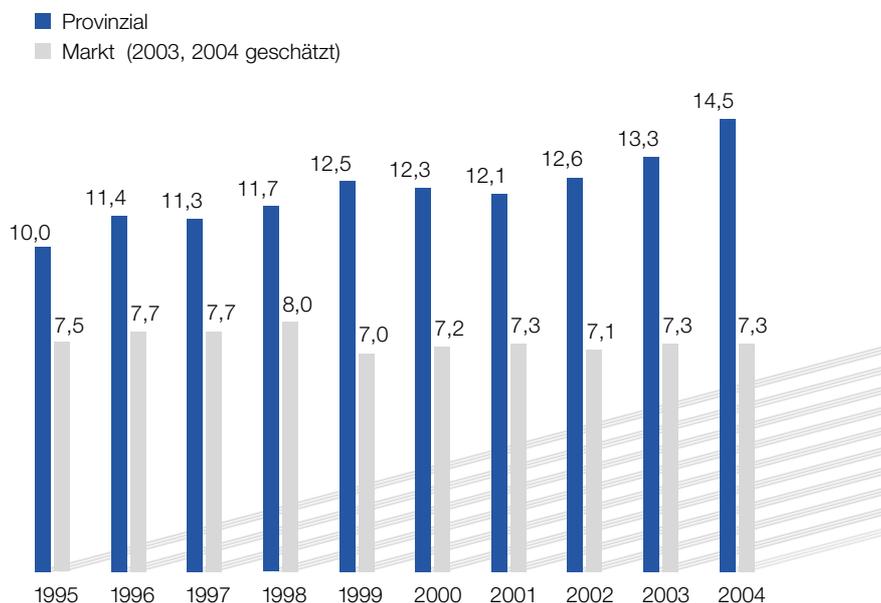
Im Bereich der Kapitalanlagen sind im Berichtsjahr die gesetzten Ziele übertroffen worden. Dabei konnten die im Jahresabschluss 2003 bestehenden stillen Lasten vollständig abgebaut werden. Es wurde dennoch eine Nettoverzinsung der Kapitalanlagen auf dem Niveau der deklarierten Gesamtverzinsung erzielt.

Bei der passiven, d. h. prognoseunabhängigen Kapitalanlage in Zinstiteln standen längere Laufzeiten mit erstklassigen Bonitäten im Vordergrund. Hierbei wurde auch den Anforderungen des Asset-Liability-Managements Rechnung getragen.

Im Bereich der aktiven, d. h. prognoseorientierten Kapitalanlage in Zinstiteln konnten durch Verkäufe auf relativen Renditetiefs Zusatzerträge erwirtschaftet werden. Dies führte zeitweise zu höheren Beständen an liquiden Mitteln. Im Hinblick auf das vorhandene Risikokapital und die erwartete moderate Entwicklung an den Aktienmärkten hat sich die Aktienposition gegenüber dem Vorjahr kaum verändert. Die begleitenden Sicherungsmaßnahmen ermöglichten es dennoch, an der positiven Performance im Berichtsjahr teilzunehmen.

Entwicklung des versicherungstechnischen Ergebnisses

Rohüberschuss ohne Kapitalanlageergebnis/sonstiges Ergebnis
in % der gebuchten Bruttobeiträge



Der Kapitalanlagebestand erhöhte sich um 90 Millionen Euro auf 6 103 Millionen Euro. Die Nettoverzinsung der Kapitalanlagen erreichte 4,0 Prozent. Ohne Berücksichtigung des Abbaus der aus dem Vorjahr übernommenen stillen Lasten hätte sich ein Nettoergebnis aus Kapitalanlagen von rund 300 Millionen Euro ergeben. Dies entspräche einer Nettoverzinsung von 5 Prozent. Die Bewertungsreserve der zu Anschaffungskosten bilanzierten Kapitalanlagen betrug zum Bilanzstichtag 1,1 Prozent der gesamten Kapitalanlagen.

Entwicklung im Geschäftsjahr 2005 und Ausblick

Die Provinzial hat auf die Neuregelungen des Alterseinkünftegesetzes reagiert und ihre Produkte an die steuerlichen Erfordernisse angepasst. Das Gesetz sieht nunmehr die neue Besteuerung nach einem Drei-Schichten-Modell vor. Die ersten beiden Schichten bilden die gesetzliche Rentenversicherung, berufsständische Versorgungswerke, bestimmte private Leibrentenversicherungen, die Riester-Rente sowie die betriebliche Altersversorgung. Die dritte Schicht wird von den nicht besonders geförderten Kapitalanlagen gebildet, zu denen auch die privaten Kapitallebensversicherungen und Rentenversicherungen mit Kapitalwahlrechten gehören. Die Provinzial bietet mit ihrem neuen Angebot jedem Kunden die Möglichkeit, das für seine individuellen Verhältnisse passende Produkt auszuwählen.

Das Neugeschäft wird dennoch im Vergleich zu 2004 deutlich zurückgehen. Es wird ein positives Beitragswachstum erwartet, da sich das Neugeschäft aus 2004 im laufenden Jahr ganzjährig auswirkt.

Risiken der künftigen Entwicklung

Mit der Änderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes zum 1. Januar 2001 sind auch öffentlich-rechtliche Versicherungsunternehmen zur Einrichtung eines Risikofrüherkennungssystems verpflichtet. Ein derartiges System hat sich bei der Provinzial seit mehreren Jahren etabliert.

Um die Risiken der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Provinzial frühzeitig erkennen und im Bedarfsfall entsprechende Gegenmaßnahmen einleiten zu können, nutzen wir umfangreiche interne Berichts-, Planungs- und Steuerungssysteme. Darüber hinaus wird regelmäßig eine Risikoinventur durchgeführt. Die Maßnahmen zur Optimierung der Risikolage werden laufend überprüft.

Wettbewerbsrisiken

Der Wettbewerb um den Kunden zeigt sich in einem erheblichem Preisdruck. Verschärft wird die Situation in der Lebensversicherung durch die steigende Konkurrenz weiterer Finanzprodukte in der Altersvorsorge. Um dieser Entwicklung zu begegnen, setzen wir weiterhin auf eine serviceorientierte Marktstrategie. Die Aus- und Weiterbildung des Innen- und Außendienstes sowie die fallabschließende Bearbeitung bei den Vertretungen und Sparkassen fördern ebenfalls die Kundennähe.

Versicherungstechnische Risiken

Das versicherungstechnische Risiko in der Lebensversicherung besteht im Wesentlichen aus dem Änderungsrisiko, das sich durch die Langfristigkeit der Verträge ergibt. Zur Beschränkung dieses Risikos werden in den Kalkulationsgrundlagen der Lebensversicherer Sicherheitszuschläge berücksichtigt. Die verwendeten biometrischen Rechnungsgrundlagen werden nach Anpassungen für die Rentenversicherung von der Aufsichtsbehörde und der Deutschen Aktuarvereinigung (DAV) als ausreichend für die Berechnung der Deckungsrückstellung angesehen.

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft

Das mögliche Risiko eines Forderungsausfalls im Versicherungsgeschäft ist bei der Provinzial gering. Die noch nicht fälligen Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern spielen im Versicherungsgeschäft eine besondere Rolle. Durch vorsichtige Kalkulation und gute Beratung des Außendienstes mit der Folge marktdurchschnittlicher Stornoquoten wird das Verlustrisiko reduziert.

Kapitalanlagerisiken

Die Kapitalanlagen der Provinzial Lebensversicherung in Höhe von rund 6 Milliarden Euro dienen zum weit überwiegenden Teil der Bedeckung von zukünftigen Verpflichtungen gegenüber unseren Versicherungsnehmern. Dies stellt besondere Anforderungen an die Sicherheit der Kapitalanlage und an ein damit korrespondierendes Risikomanagement.

Die Risiken aus Kapitalanlagen umfassen:

- Preisrisiken bei nachteiliger Veränderungen der Märkte,
- Bonitätsrisiken durch den Ausfall eines Emittenten oder Kontrahenten und
- Liquiditätsrisiken durch nicht zeitgerechte Liquiditätszuflüsse und -abflüsse.

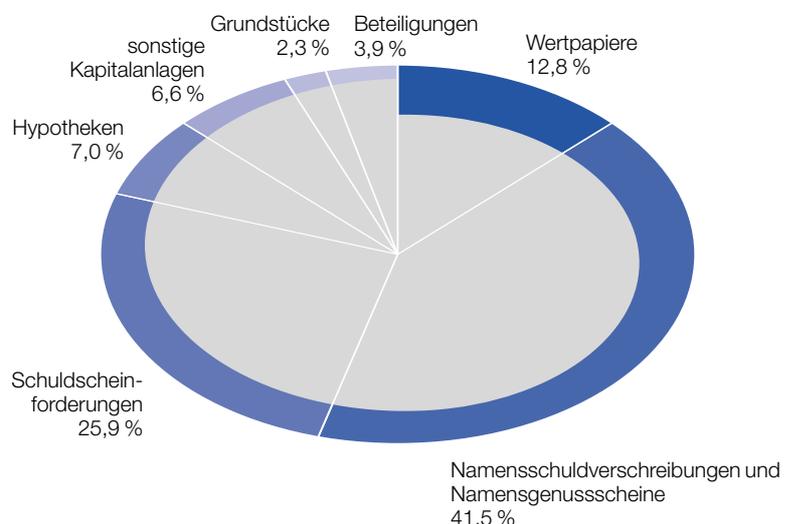
Die Kapitalanlagen der Provinzial Lebensversicherung werden unter strikter Beachtung der gesetzlichen, aufsichtsrechtlichen und innerbetrieblichen Bestimmungen in einem strukturierten Anlageprozess getätigt. Durch das Risikomanagement wird eine laufende Überwachung der Kapitalanlagetätigkeit insbesondere im Hinblick auf die Marktwert Risiken sichergestellt. Ziel ist es, die Risiken der Kapitalanlage frühzeitig zu erkennen, zu analysieren und aufzuzeigen, damit notwendige Gegenmaßnahmen eingeleitet werden können. Grundlage des Risikomanagements bilden dabei das festgelegte Risikokapital, das Anlageuniversum und die Limitsysteme. Die Messung, Kontrolle und Steuerung der Marktwert Risiken erfolgt unterjährig mit Hilfe von Szenarioanalysen. Über langfristige, sto-

chastische Simulationen wird im Rahmen des Asset-Liability-Managements abgesichert, dass die gewählte Kapitalanlagestrategie die Erfordernisse der zinspflichtigen Passiva erfüllen kann. Im laufenden Prozess wird dann der tatsächlich eingetretenen Kapitalmarktentwicklung Rechnung getragen. Ein wesentlicher Bestandteil des operativen Risikomanagements, vor allem zur Steuerung der Aktienquote, ist der Einsatz von derivativen Finanzinstrumenten. Unterjährig wird über regelmäßige Simulationen und eine ständige Steuerung der Mischung der verschiedenen Kapitalanlagen sowie durch die Nutzung entsprechender Derivate eine möglichst hohe Ausschöpfung aller Chancen unter Beachtung des vorhandenen Risikokapitals angestrebt.

Gemäß den Berichtspflichten gegenüber der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) wird regelmäßig ein aktualisierter Stresstest durchgeführt. Bei der Simulation des Kapitalanlageergebnisses der Provinzial werden unter allen vorgeschriebenen Szenarien die Mindestanforderungen erreicht. Die Solvabilitätsanforderungen werden erfüllt.

Kapitalanlagen

Aufteilung nach Anlagearten



Bonitätsrisiken der Kontrahenten begegnet die Provinzial durch die sorgfältige Auswahl und Streuung der Emittenten und eine kontinuierliche Ratingüberprüfung. Die Anlage erfolgt fast ausschließlich in Papiere mit guter Bonität im Investmentgrade-Bereich (Rating AAA-BBB).

Währungsrisiken sind von untergeordneter Bedeutung, da die Vermögensanlage im Wesentlichen in Euro getätigt wird.

Operationale Risiken

Das operationale Risiko betrifft Risiken, die durch menschliches oder technisches Versagen bzw. durch externe Einflussfaktoren entstehen oder die aus vertraglichen Vereinbarungen oder rechtlichen Rahmenbedingungen resultieren.

Technische Risiken können insbesondere durch eine unzureichende Systemverfügbarkeit sowie den Ausfall technischer Einrichtungen entstehen. Da die wesentlichen Aufgaben der EDV-Anwendungen und -Technik auf die ivv – Informationsverarbeitung für Versicherungen GmbH (ivv) übertragen wurden, hat die Provinzial Rahmenvereinbarungen mit der ivv getroffen, um die EDV-Risiken zu begrenzen. Eine systematische Revision sowie interne Kontrollen tragen darüber hinaus

zur Sicherheit und Verfügbarkeit der IT-Anlagen, Daten und Programme bei.

Risikoaspekten im organisatorischen und funktionalen Verwaltungsbereich wird durch das Interne Kontrollsystem begegnet, welches das Fehlerrisiko in den Geschäftsprozessen und das Risiko unternehmensschädigender Handlungen reduziert. Alle Zahlungsströme unterliegen strengen Regelungen hinsichtlich der Vollmachten und Kontrollverfahren. Entsprechende Funktionstrennungen in den Arbeitsabläufen, das Vier-Augen-Prinzip sowie Stichprobenverfahren nach dem Zufallsprinzip minimieren das Risiko unternehmensschädigender Handlungen bei der Erledigung von Geschäftsvorfällen. Die Wirksamkeit und Funktionsfähigkeit des Internen Kontrollsystems wird durch die Revision planmäßig überwacht.

Zusammenfassend ist keine Entwicklung erkennbar, die die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage der Provinzial Lebensversicherung bestandsgefährdend beeinträchtigt.

Hannover, den 21. Februar 2005

Der Vorstand

Versicherungsarten

Einzelversicherung

Kapitalbildende Lebensversicherung

Vermögensbildungsversicherung

Risikolebensversicherung

Renten- und Pensionsversicherung

Berufsunfähigkeitsversicherung

Fondsgebundene Lebensversicherung

Versicherungen nach
Altersvermögensgesetz

Kapitalisierungsgeschäfte

Kollektivversicherung

Kapitalbildende Lebensversicherung

Bausparrisikoversicherung

Restschuldversicherung

Renten- und Pensionsversicherung

Zusatzversicherung

Unfallzusatzversicherung

Berufsunfähigkeits(Invaliditäts)-
Zusatzversicherung

Risikozusatzversicherung

Lagebericht

A. Bewegung des Bestandes an selbst abgeschlossenen Lebensversicherungen im Geschäftsjahr 2004

	Gesamtes selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft			
	(nur Hauptversicherungen)	(Haupt- und Zusatzversicherungen)		(nur Hauptversicherungen)
	Anzahl der Versicherungen	Laufender Beitrag für 1 Jahr in Tsd. €	Einmalbeitrag in Tsd. €	Versicherungssumme bzw. 12fache Jahresrente in Tsd. €
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	734 109	606 356		24 289 775
II. Zugang während des Geschäftsjahres				
1. Neuzugang				
a) eingelöste Versicherungsscheine	121 389	85 550	25 744	2 905 053
b) Erhöhungen der Versicherungssummen (ohne Pos. 2)		8 183	2 884	88 797
2. Erhöhungen der Versicherungssummen durch Überschussanteile				56 141
3. Übriger Zugang	1 373	2 059	7	36 871
4. Gesamter Zugang	122 762	95 792	28 635	3 086 862
III. Abgang während des Geschäftsjahres				
1. Tod, Berufsunfähigkeit etc.	1 619	1 131		45 593
2. Ablauf der Versicherung/Beitragszahlung	24 015	49 774		799 147
3. Rückkauf und Umwandlung in beitragsfreie Versicherungen	32 062	27 098		925 443
4. Sonstiger vorzeitiger Abgang	5 875	3 106		309 797
5. Übriger Abgang	1 387	2 214		40 317
6. Gesamter Abgang	64 958	83 323		2 120 297
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	791 913	618 825		25 256 340

Einzelversicherungen

Kollektivversicherungen

Kapitalversicherungen
(einschl. Vermögensbildungs-
versicherungen) ohne
Risikoversicherungen und
sonst. Lebensversicherungen

Risikoversicherungen

Rentenversicherungen
(einschl. Berufsunfähigkeits-
und Pflegerentenversiche-
rungen) ohne sonstige
Lebensversicherungen

Sonstige
Lebensversicherungen

	Laufender Beitrag								
Anzahl der Versicherungen	für 1 Jahr in Tsd. €	Anzahl der Versicherungen	für 1 Jahr in Tsd. €	Anzahl der Versicherungen	für 1 Jahr in Tsd. €	Anzahl der Versicherungen	für 1 Jahr in Tsd. €	Anzahl der Versicherungen	für 1 Jahr in Tsd. €
438 321	426 864	118 453	44 740	136 594	122 614	995	1 867	39 746	10 271
71 322	47 142 3 370	17 524	7 191 59	25 867	29 297 4 634	511	819 3	6 165	1 101 117
270	218	31	11	34	28	878	1 790	160	12
71 592	50 730	17 555	7 261	25 901	33 959	1 389	2 612	6 325	1 230
941	727	265	132	225	260	1	1	187	11
10 706	26 666	8 293	2 836	316	20 062	3	1	4 697	209
23 486	21 140	332	185	6 957	5 260	69	95	1 218	418
0	539	5 875	2 402	0	161	0	0	0	4
178	173	33	10	22	26	878	1 790	276	215
35 311	49 245	14 798	5 565	7 520	25 769	951	1 887	6 378	857
474 602	428 349	121 210	46 436	154 975	130 804	1 433	2 592	39 693	10 644

B. Struktur des Bestandes an selbst abgeschlossenen Lebensversicherungen (ohne Zusatzversicherungen)

Gesamtes selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft		
	Anzahl der Versicherungen	Versicherungs- summe bzw. 12fache Jahres- rente in Tsd. €
1. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	734 109	24 289 775
davon beitragsfrei	100 969	1 384 623
2. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	791 913	25 256 340
davon beitragsfrei	91 583	1 507 782

C. Struktur des Bestandes an selbst abgeschlossenen Zusatzversicherungen

Zusatzversicherungen insgesamt		
	Anzahl der Versicherungen	Versicherungs- summe bzw. 12fache Jahres- rente in Tsd. €
1. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	256 010	12 045 434
2. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	266 775	12 368 742

Einzelversicherungen

Kollektivversicherungen

Kapitalversicherungen
(einschl. Vermögensbildungs-
versicherungen) ohne
Risikoversicherungen und
sonst. Lebensversicherungen

Risikoversicherungen

Rentenversicherungen
(einschl. Berufsunfähigkeits-
und Pflegerentenversiche-
rungen) ohne sonstige
Lebensversicherungen

Sonstige
Lebensversicherungen

Anzahl der Versicherungen	Versicherungs- summe in Tsd. €	Anzahl der Versicherungen	Versicherungs- summe in Tsd. €	Anzahl der Versicherungen	12fache Jahresrente in Tsd. €	Anzahl der Versicherungen	in Tsd. €	Anzahl der Versicherungen	Versicherungs- summe bzw. 12fache Jahres- rente in Tsd. €
438 321	13 613 096	118 453	6 020 096	136 594	4 084 383	995	28 141	39 746	544 059
58 693	791 495	5 290	44 534	10 023	354 577	0	0	26 963	194 017
474 602	13 771 130	121 210	6 252 247	154 975	4 650 368	1 433	28 426	39 693	554 169
51 870	829 951	13	354	13 018	468 933	0	0	26 682	208 544

Unfall-
Zusatzversicherungen

Berufsunfähigkeits-
oder Invaliditäts-
Zusatzversicherungen

Risiko- und Zeitrenten-
Zusatzversicherungen

Sonstige Zusatz-
versicherungen

Anzahl der Versicherungen	Versicherungs- summe in Tsd. €	Anzahl der Versicherungen	12fache Jahresrente in Tsd. €	Anzahl der Versicherungen	Versicherungs- summe bzw. 12fache Jahres- rente in Tsd. €	Anzahl der Versicherungen	Versicherungs- summe bzw. 12fache Jahres- rente in Tsd. €
111 584	2 770 216	137 407	9 167 190	9	254	7 010	107 774
102 790	2 575 018	155 599	9 669 182	6	193	8 380	124 349

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2004

Jahresabschluss

Aktiva	€	€	2004 €	2003 €
A. Ausstehende Einlagen auf das Trägerkapital			45 000 000	45 000 000
davon eingefordert: 0 (0) €				
B. Immaterielle Vermögensgegenstände			122 961	3 013
Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände				
C. Kapitalanlagen				
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		140 228 983		144 214 724
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	138 500 000			170 000 000
2. Beteiligungen	95 343 031			101 495 052
3. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	6 678 473	240 521 504		3 070 268
III. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	644 400 971			877 049 267
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	136 490 565			119 238 497
3. Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen	425 503 599			454 953 268
4. Sonstige Ausleihungen	4 194 709 227			4 102 553 178
5. Einlagen bei Kreditinstituten	321 000 000	5 722 104 362	6 102 854 849	40 800 000
D. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice			5 893 458	3 784 818
E. Forderungen				
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:				
1. Versicherungsnehmer	62 979 584			41 980 889
2. Versicherungsvermittler	547 844	63 527 428		446 073
II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft			0	19 911
III. Sonstige Forderungen		9 840 852	73 368 280	23 889 317
davon: an verbundene Unternehmen 0 (0) €				
davon: an Beteiligungsunternehmen 0 (0) €				
F. Sonstige Vermögensgegenstände				
I. Sachanlagen und Vorräte		439 255		530 556
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand		73 562 711		24 798 087
III. Andere Vermögensgegenstände		0	74 001 966	311
G. Rechnungsabgrenzungsposten				
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten		103 351 457		116 123 247
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		61 247 792	164 599 249	101 187 496
Summe der Aktiva			6 465 840 763	6 371 137 972

Passiva	€	€	2004 €	2003 €
A. Eigenkapital				
I. Trägerkapital		60 000 000		60 000 000
II. Kapitalrücklage		100 000 000		100 000 000
III. Gewinnrücklagen				
1. Satzungsmäßige Rücklage	6 000 000			6 000 000
2. Andere Gewinnrücklagen	5 000 000	11 000 000		5 000 000
IV. Bilanzgewinn		0	171 000 000	0
B. Sonderposten mit Rücklageanteil			315 984	340 291
C. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge				
1. Bruttobetrag	88 845 221			97 955 999
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	12 070 916	76 774 305		14 974 238
II. Deckungsrückstellung				
1. Bruttobetrag	5 581 466 236			5 466 442 029
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	113 297 260	5 468 168 976		99 494 652
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	31 233 270			29 831 708
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	3 435 673	27 797 597		3 354 608
IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung				
1. Bruttobetrag	367 838 000			352 588 128
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0	367 838 000	5 940 578 878	0
D. Versicherungstechnische Rückstellungen im Bereich der Lebensversicherung, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird				
I. Deckungsrückstellung				
1. Bruttobetrag	5 861 001			3 784 818
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0	5 861 001		0
II. Übrige versicherungstechnische Rückstellungen				
1. Bruttobetrag	32 457			0
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0	32 457	5 893 458	0
E. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		40 248 809		39 821 939
II. Steuerrückstellungen		11 351 206		46 909 439
III. Sonstige Rückstellungen		15 901 721	67 501 736	12 854 743
Übertrag:			6 185 290 056	6 103 705 596

	€	€	2004 €	2003 €
Übertrag:			6 185 290 056	6 103 705 596
F. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft			125 368 176	114 468 891
G. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber:				
1. Versicherungsnehmern	116 841 399			97 285 762
2. Versicherungsvermittlern	11 657 746	128 499 145		3 024 793
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft		2 066 818		1 286 601
III. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		1 571 857		1 592 565
IV. Sonstige Verbindlichkeiten		12 734 421	144 872 241	37 226 767
davon: aus Steuern				
3 679 195 (790 380) €				
davon: im Rahmen der sozialen Sicherheit				
375 621 (352 422) €				
davon: gegenüber verbundenen Unternehmen				
3 877 512 (0) €				
davon: gegenüber Beteiligungs- unternehmen				
3 399 807 (31 482 260) €				
H. Rechnungsabgrenzungsposten			10 310 290	12 546 997
Summe der Passiva			6 465 840 763	6 371 137 972

Bestätigung gemäß AktuarV:

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter den Posten C II und D I der Passiva eingestellten Deckungsrückstellungen unter Beachtung des § 341 f HGB sowie der auf Grund des § 65 Absatz 1 VAG erlassenen Rechtsverordnungen berechnet worden sind; für den Altbestand im Sinne von § 11 c VAG und des Artikels 16 § 2 Satz 2 des Dritten Durchführungsgesetzes/EWG zum VAG ist die Deckungsrückstellung nach dem zuletzt am 5. 12. 2002 genehmigten Geschäftsplan und dem am 10. 12. 2004 zur Genehmigung eingereichten Geschäftsplan berechnet worden.

Hannover, den 21. Februar 2005

Weinkopf

Verantwortlicher Aktuar

Bestätigung gemäß VAG:

In analoger Anwendung zu § 73 VAG bestätige ich, dass das Sicherungsvermögen vorschriftsmäßig angelegt und aufbewahrt ist.

Hannover, den 22. Februar 2005

Wodausch

stellvertretender Treuhänder

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2004

Jahresabschluss

	€	€	2004 €	2003 €
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	621 806 048			640 656 020
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	24 930 516	596 875 532		28 713 187
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	9 110 778			779 263
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	- 2 903 322	6 207 456	603 082 988	- 2 977 236
2. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen		5 345 337		6 205 252
davon aus verbundenen Unternehmen 0 (0) €				
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
davon aus verbundenen Unternehmen 0 (0) €				
aa) Erträge aus Grundstücken	10 192 027			10 297 369
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	273 682 148	283 874 175		289 191 350
c) Erträge aus Zuschreibungen		7 715 860		4 459 142
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		39 963 095		55 709 183
e) Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens mit Rücklageanteil		24 307	336 922 774	24 307
3. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen			138 334	180 077
4. Sonstige versicherungstechnische Erträge feR			22 504 324	224 947
5. Aufwendungen für Versicherungsfälle feR				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	600 686 109			628 432 217
bb) Anteil der Rückversicherer	6 185 868	594 500 241		11 875 920
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	1 401 562			3 443 143
bb) Anteil der Rückversicherer	81 065	1 320 497	595 820 738	357 441
6. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen				
a) Deckungsrückstellung				
aa) Bruttobetrag	- 117 100 390			- 84 757 292
bb) Anteil der Rückversicherer	- 17 880 013	- 99 220 377		- 18 646 593
b) Sonstige versicherungstechnische Netto-Rückstellungen		- 32 457	- 99 252 834	0
7. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung feR			55 463 220	61 609 045
Übertrag:			212 111 628	228 674 744

	€	€	2004 €	2003 €
Übertrag:			212 111 628	228 674 744
8. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb feR				
a) Abschlussaufwendungen	73 162 483			55 968 978
b) Verwaltungsaufwendungen	11 954 654	85 117 137		12 459 420
c) davon ab: Erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		5 659 656	79 457 481	3 964 252
9. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zins- und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		6 454 401		6 428 102
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		57 300 971		54 761 311
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		25 508 823		12 108 115
d) Aufwendungen aus Verlustübernahme		3 278 855		0
e) Einstellungen in den Sonderposten mit Rücklageanteil		0	92 543 050	0
10. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen			0	0
11. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen feR			32 574 648	32 184 221
12. Versicherungstechnisches Ergebnis feR			7 536 449	58 728 849
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Sonstige Erträge		3 475 441		2 859 263
2. Sonstige Aufwendungen		11 699 167	- 8 223 726	11 806 369
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			- 687 277	49 781 743
4. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		- 1 135 588		49 419 510
5. Sonstige Steuern		448 311	- 687 277	362 233
6. Jahresüberschuss			0	0
7. Einstellungen in andere Gewinnrücklagen			0	0
8. Bilanzgewinn			0	0

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Aktiva

B. Immaterielle Vermögensgegenstände

Die Bewertung der immateriellen Vermögensgegenstände erfolgt mit den Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer.

C. Kapitalanlagen

Grundstücke werden mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um die steuerlich zulässigen linearen und degressiven Abschreibungen, ausgewiesen. Sonderabschreibungen nach § 6b EStG werden vorgenommen.

Beteiligungen sind mit Anschaffungskosten oder mit dem niedrigeren beizulegenden Wert bewertet. Der Bilanzwert der Vermögensanlagegesellschaft ergibt sich unter Berücksichtigung der im Unternehmen gehaltenen Einzelwerte. Das Aufgreifkriterium der IDW-Verlautbarung zum § 341 b HGB wurde je Einzelwert geprüft. Für gehaltene Bestände, die nach Prüfung des Aufgreifkriteriums als dauerhaft wertgemindert gelten, sowie für Teilbestände, für die eine Veräußerungsabsicht besteht, erfolgte die Bewertung zum niedrigeren beizulegenden Wert. Der Bilanzwert der Personengesellschaften ergibt sich aus dem erworbenen Kapitalanteil zuzüglich Kapitalaufstockungen abzüglich eventueller Kapitalrückflüsse.

Aktien, Investmentanteile, Inhaberschuldverschreibungen, andere festverzinsliche Wertpapiere und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sind, soweit dem Umlaufvermögen zugeordnet, mit dem Börsen- oder Marktpreis, höchstens mit den Anschaffungskosten bewertet; das Wertaufholungsgebot wird beachtet.

Bei den dem Anlagevermögen zugeordneten Investmentanteilen wird die IDW-Verlautbarung zu § 341 b HGB beachtet. Unter Berücksichtigung des Aufgreifkriteriums erfolgt bei dauerhafter Wertminderung eine Abschreibung auf den niedrigeren beizulegenden Wert. Zuschreibungen werden bei voraussichtlich dauerhafter Werterholung vorgenommen. Die Zuschreibung erfolgt höchstens auf den Zeitwert zum Bilanzstichtag.

Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen, Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen sowie übrige Ausleihungen sind in Höhe der noch nicht getilgten Rückzahlungsbeträge aktiviert. Erforderliche Abschreibungen werden vorgenommen. Agio- und Disagioträge werden durch aktive oder passive Rechnungsabgrenzung kapitalanteilig auf die Laufzeit verteilt.

Die Namensschuldverschreibungen sind teilweise zu Anschaffungskosten bewertet. Die unter den übrigen Ausleihungen ausgewiesenen nicht börsenfähigen Genussrechte sind zu Anschaffungskosten bilanziert.

Einlagen bei Kreditinstituten werden mit dem Nominalbetrag ausgewiesen.

D. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice

Die Kapitalanlagen für die fondsgebundene Lebensversicherung werden mit dem Zeitwert angesetzt.

E. Forderungen

Forderungen werden mit dem Nennwert angesetzt. Notwendige Abschreibungen und Wertberichtigungen werden vorgenommen.

Die Forderungen an Versicherungsnehmer sind für jede Versicherung einzelvertraglich, prospektiv und mit implizit angesetzten Kosten berechnet.

F. Sonstige Vermögensgegenstände

Der Bilanzansatz der Sachanlagen und Vorräte erfolgt mit den Anschaffungskosten, vermindert um die steuerlich zulässige Absetzung für Abnutzung. Geringwertige Anlagegüter werden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben.

Der Ausweis der laufenden Guthaben bei Kreditinstituten, der Schecks und des Kassenbestands erfolgt mit dem Nennbetrag.

Passiva

B. Sonderposten mit Rücklageanteil

Dieser Posten wird, soweit steuerlich zulässig, auch in der Handelsbilanz gebildet.

C. Versicherungstechnische Rückstellungen

Die Beitragsüberträge für das selbst abgeschlossene Geschäft werden je Versicherungsvertrag einzeln ermittelt. Sie sind um die steuerlich zulässigen verausgabten anteiligen Kosten gekürzt. Die Anteile für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft entsprechen den Rückversicherungsverträgen. Das BMF-Schreiben vom 30. 4. 1974 wird berücksichtigt.

Die Deckungsrückstellung für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft einschließlich der darin enthaltenen Überschussbeteiligung ist für jede Versicherung einzelvertraglich, prospektiv und mit implizit angesetzten Kosten berechnet.

Die Berechnungen für den Altbestand im Sinne des § 11 c VAG und des Artikels 16 § 2 Satz 2 des Dritten Durchführungsgesetzes/EWG zum VAG und die Berechnungen der Auffüllungsbeträge für Renten- und BU-Versicherungen sind nach den von der Aufsichtsbehörde genehmigten Geschäftsplänen erfolgt.

Für die wesentlichen Teilbestände des Altbestandes werden

■ bei Kapitalversicherungen die Sterbetafeln 1926/42 und 1967 mit einem Rechnungszins von 3 % und einem Zillmersatz von 35‰ der Versicherungssumme bzw. die Sterbetafel 1986 mit einem Rechnungszins von 3,5 % und einem Zillmersatz von 35‰ der Versicherungssumme

■ bei Rentenversicherungen die Sterbetafel 1949/51 mit einem Rechnungszins von 3 % und einem Zillmersatz von 35 % der Jahresrente bzw. die Sterbetafeln 1987 R mit einem Rechnungszins von 3,5 % und einem Zillmersatz von 5 % der Jahresrente sowie für die Berechnungen zur Ermittlung der Auffüllungsbeträge die DAV 2004 R-Bestand, bzw. Sterbetafeln 1994 R, mit einem Rechnungszins von 4 % als Rechnungsgrundlage verwendet.

Den Berechnungen für die wesentlichen Teilbestände des Neubestandes liegen bei Kapitalversicherungen die DAV-Sterbetafeln 1994 T bzw. bei Rentenversicherungen die DAV-Sterbetafeln 1994 R und DAV 2004 R sowie ein Rechnungszins von 4 %, 3,25 % bzw. 2,75 % und ein Zillmersatz von 40‰ der Beitragssumme zugrunde.

Die Ermittlung der Auffüllungsbeträge für Rentenversicherungen erfolgte mit der Sterbetafel DAV 2004 R-Bestand und dem jeweiligen Rechnungszins. Zusätzlich wurden bei der Berechnung Kapitalabfindungs- und Stornowahrscheinlichkeiten sowie Verwaltungskosten gemäß den Ermittlungsgrundsätzen der DAV berücksichtigt.

Bei der Berechnung der Bonus- und Verwaltungskostenrückstellungen im Altbestand sowie im Neubestand liegen die gleichen Rechnungsgrundlagen vor wie bei der zugehörigen Hauptversicherung.

Die Berechnungen für den Schlussüberschussanteilsfonds sind prospektiv und einzelvertraglich durchgeführt.

Für den Altbestand im Sinne des § 11 c VAG und des Artikels 16 § 2 Satz 2 des Dritten Durchführungsgesetzes/EWG zum VAG wird der Schlussüberschussanteilfonds als Barwert der künftigen Leistungen unter Berücksichtigung der Ausscheidewahrscheinlichkeiten der jeweiligen Hauptversicherung und einem Gesamtdiskontsatz von 6,5 % berechnet.

Der Schlussüberschussanteilfonds des Neubestandes wird nach dem in § 28 Abs. 7 RechVersV beschriebenen Verfahren mit einem Gesamtdiskontsatz von 6,5 % berechnet. Der Anspruch auf Schlusszahlung für BU-Versicherungen wird in voller Höhe innerhalb des Schlussüberschussanteilfonds reserviert.

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft wird individuell je Schadenfall ermittelt. Für Spätschäden wird die fällige Versicherungsleistung unter Abzug der Deckungsrückstellung passiviert. Zu den noch nicht abgewickelten Versicherungsfällen werden die steuerlich rückstellungsfähigen Regulierungsaufwendungen hinzugesetzt. Für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft entsprechen die Rückstellungen den Rückversicherungsverträgen.

D. Versicherungstechnische Rückstellungen im Bereich der Lebensversicherung, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird

Die Deckungsrückstellung der fondsgebundenen Lebensversicherungen sowie die übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen der fondsgebundenen Überschussanteile der AVmG-Verträge werden nach der retrospektiven Methode aus den vorhandenen Fondsanteilen der einzelnen Versicherungen ermittelt. Die Fondsanteile werden am Bilanzstichtag zum Zeitwert ermittelt.

E. Andere Rückstellungen

Die Pensionsrückstellung ist nach versicherungsmathematischen Grundsätzen mit dem in § 6a EStG festgelegten Teilwert der Verpflichtungen bewertet. Die Richttafeln 1998 von Dr. Klaus Heubeck sind mit einem Zinssatz von 6 % angewendet worden.

Die Rückstellungen für Vorruhestand und Altersteilzeit werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen mit einem Zinssatz von 6 % berechnet. Die Rückstellung für Altersteilzeit umfasst den Aufstockungsbetrag und den Erfüllungsrückstand. Verbindlich feststehende Vorruhestands- und Altersteilzeitvereinbarungen werden mit dem vollen Teilwert passiviert. Für beide Rückstellungen sind die Richttafeln 1998 angewendet worden.

Die Rückstellung für Mitarbeiterjubiläen wird nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Berücksichtigung eines Zinssatzes von 5,5 % berechnet. Die Richttafeln 1998 sind angewendet worden.

Alle übrigen Rückstellungen tragen den erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten angemessen Rechnung. Sie sind in der Höhe gebildet, die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig sind.

F. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft

Die Depotverbindlichkeiten sind nach den Berechnungsgrundlagen der Rückversicherungsverträge ermittelt.

G. Andere Verbindlichkeiten

Der Ansatz erfolgt mit dem Rückzahlungsbetrag.

Fremdwährungsumrechnung

Alle Positionen in Fremdwährung werden zu den Devisenmittelkursen des Bilanzstichtages bewertet.

Erläuterungen zu den Aktiva

C. Kapitalanlagen

C I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken

Der Grundbesitz umfasst:

- 18 Grundstücke mit Geschäftsbauten
- 9 Grundstücke mit Wohnbauten
- 2 Grundstücke ohne Bauten

Die Zugänge betreffen Herstellungskosten für drei Geschäftsgrundstücke in Hannover, zwei Geschäftsgrundstücke in Hamburg, ein Geschäftsgrundstück in Bremen sowie Anschaffungskosten für ein Geschäftsgrundstück in Hannover.

Im Geschäftsjahr wurde ein Wohngrundstück in Bremen veräußert.

Am Bilanzstichtag wurden keine Bauten selbst genutzt.

Der Grundbesitz ist mit zinsverbilligten Hypothekendarlehen von 1 572 (1 589) Tausend Euro belastet.

C III 1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Dieser Posten enthält an derivativen Finanzinstrumenten einen Long Put auf den EuroStoxx50-Index. Dieser sichert ein Nominalvolumen von 48,2 Millionen Euro ab. Der Zeitwert beträgt 3,0 Millionen Euro und entspricht dem Buchwert. Die Bilanzierung erfolgt nach dem strengen Niederstwertprinzip.

C III 3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen

Bei 39 Hypothekendarlehen übersteigen die Ausleihungen die vorgeschriebene Beleihungsgrenze um insgesamt 1 162 Tausend Euro. Diese Darlehen sind durch Bürgschaften gem. § 1 Absatz 1 Nr. 3 e der Anlageverordnung zusätzlich gesichert.

Wir betreiben 23 Zwangsversteigerungsverfahren.

C III 4. Sonstige Ausleihungen

In den Namensschuldverschreibungen sind Finanzinstrumente mit einem Bilanzwert von 48 244 Tausend Euro enthalten. Die Bewertung zum Bilanzstichtag erfolgt mittels finanzmathematischer Berechnungen auf Basis der wichtigsten Einflussgrößen wie Zinsen und Volatilität. Der Zeitwert beträgt 47 067 Tausend Euro. Da alle Papiere mit einer Kapitalgarantie ausgestattet sind, wird die Differenz bis zum Laufzeitende wieder ausgeglichen. Diesen stillen Lasten stehen stille Reserven aus anderen Titeln in Höhe von 20 762 Tausend Euro gegenüber.

In den Schuldscheinforderungen und Darlehen sind Finanzinstrumente mit einem Bilanzwert von 60 254 Tausend Euro enthalten. Die Bewertung zum Bilanzstichtag auf Basis aktueller Zinsstrukturkurven ergibt einen Zeitwert von 58 680 Tausend Euro. Da alle Papiere mit einer Kapitalgarantie ausgestattet sind, wird die Differenz bis zum Laufzeitende wieder ausgeglichen. Diesen stillen Lasten stehen stille Reserven aus anderen Titeln in Höhe von 23 563 Tausend Euro gegenüber.

Die übrigen Ausleihungen beinhalten mit 218 819 Tausend Euro Namensgenussrechte, mit 2 045 Tausend Euro nicht börsenfähige Genussrechte und mit 26 Tausend Euro weitere Sonstige Ausleihungen.

Zeitwertangabe nach § 54 ff RechVersV

Für zum Anschaffungswert ausgewiesene Kapitalanlagen mit einem Bilanzwert von 1 627 Millionen Euro (einschließlich der Grundstücke und Bauten) beträgt der Zeitwert 1 697 Millionen Euro.

Entwicklung der Aktivposten B, C I bis III im Geschäftsjahr 2004

	Bilanzwerte
	2003
	Tsd. €
B. Immaterielle Vermögensgegenstände	
Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	3
C I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	
	144 215
C II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen	
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	170 000
2. Beteiligungen	101 495
3. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	3 070
Summe C II.	274 565
C III. Sonstige Kapitalanlagen	
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	877 049
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	119 238
3. Hypotheken, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	454 953
4. Sonstige Ausleihungen	
a) Namensschuldverschreibungen	2 244 578
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	1 368 502
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	93 824
d) Übrige Ausleihungen	395 649
5. Einlagen bei Kreditinstituten	40 800
Summe C III.	5 594 593
Insgesamt	6 013 376

Bewertungsmethoden zur Ermittlung des Zeitwerts

Der Zeitwert für Grundstücke und Bauten ist im Einzelfall unter Berücksichtigung des Ertrags- und Substanzwerts ermittelt, wobei grundsätzlich der niedrigere Ansatz gewählt ist.

Die Bewertung der Grundstücke und Bauten erfolgte 2003 und 2004. Die Bewertung der Beteiligungen erfolgt nach dem Ertragswertverfahren, mit einer angemessenen Fortschreibung der Anschaffungskosten oder wird aus Anteilerwerb/-veräußerung hergeleitet.

Zugänge	Um- buchungen	Abgänge	Zuschrei- bungen	Abschrei- bungen	Bilanzwerte
Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	2004 Tsd. €
184	0	0	0	64	123
887	0	546	0	4327	140229
3300	0	0	0	34800	138500
3787	0	7689	0	2250	95343
4020	0	411	0	0	6679
11107	0	8100	0	37050	240522
171340	0	397469	7716	14235	644401
347496	0	329045	0	1199	136490
7367	0	36537	0	279	425504
742314	0	675681	0	0	2311211
1144952	0	932411	0	0	1581043
23636	0	35894	0	0	81566
0	0	174760	0	0	220889
4037500	0	3757300	0	0	321000
6474605	0	6339097	7716	15713	5722104
6486783	0	6347743	7716	57154	6102978

Die zu Anschaffungskosten bewerteten Namensschuldverschreibungen werden zum Teil mittels Zinsstrukturkurven und zum Teil zu Marktpreisen bewertet.

Die übrigen Kapitalanlagen werden entsprechend § 56 Abs. 2 und 3 RechVersV bewertet.

Bei den Abschreibungen auf Grundstücke handelt es sich ausschließlich um planmäßige Abschreibungen.

C II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

	Anteile am Kapital	Eigenkapital gem. § 266 Abs. 3 HGB	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres
	%	Tsd. €	Tsd. €
C II 1. Anteile an verbundenen Unternehmen			
Norddeutsche Gesellschaft für Vermögensanlagen der Provinzial Lebensversicherung Hannover mbH, Hannover *) **)	100,00	147 051	0
VGH Projekt GmbH & Co. 1. Immobilien Verwaltungs KG	100,00	100	0
C II 2. Beteiligungen			
Hanse-Merkur Reiseversicherung AG, Hamburg	24,10	9 398	65
W Immobilien GmbH & Co. US City KG, München	22,22	178 178	18 109
K.O.O.P. Bauplanungs- und Entwicklungsgesellschaft mit beschränkter Haftung & Co. Eichelmatenweg KG, Berlin	94,00	3 193	12

*) Das Geschäftsjahr endet am 30. September

**) Es besteht ein Ergebnisabführungsvertrag

D. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice

	Fondsanteile 2004	Bilanzwert 2004
Der Anlagestock setzt sich zusammen aus:	Anzahl	Tsd. €
DekaSystem		
Ertrag	53,6	2
Wachstum	270,3	10
Chance	298,0	10
Chance Plus	387,9	11
DekaStruktur: 2		
Ertrag Plus	5 902,6	280
Wachstum	32 790,3	1 297
Chance	76 971,1	2 296
Chance Plus	67 767,5	1 532
DekaStruktur: 3		
Ertrag Plus	1 961,6	97
Wachstum	5 607,5	249
Chance	2 366,9	89
Chance Plus	633,4	20
Summe	195 010,7	5 893

E I 1. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer

Die ausgewiesenen Forderungen enthalten 12 313 (13 517) Tausend Euro fällige Ansprüche sowie noch nicht fällige Ansprüche von 50 666 (28 463) Tausend Euro.

G. Rechnungsabgrenzungsposten

Es handelt sich im Wesentlichen um Agio-beträge aus Namensschuldverschreibungen mit 42 891 (76 209) Tausend Euro und Schuldscheinforderungen in Höhe von 18 294 (24 934) Tausend Euro. Des Weiteren beinhaltet der Posten abgegrenzte Zinsen für Schuldscheinforderungen und Darlehen in Höhe von 100 779 (112 753) Tausend Euro, für Wertpapiere von 2 430 (3 353) Tausend Euro und für Einlagen bei Kreditinstituten 130 (6) Tausend Euro, die erst in 2005 fällig werden.

Erläuterungen zu den Passiva

B. Sonderposten mit Rücklageanteil

Der Sonderposten beinhaltet eine Wertberichtigung aus einer Übertragung gemäß § 6 b EStG auf das Grundstück der VGH & Partner Grundstücksgesellschaft bR mit 316 (340) Tausend Euro.

C IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung *)

	2004	2003
	Tsd. €	Tsd. €
Stand zu Beginn des Geschäftsjahres	352 588	333 799
Ausschüttung im Geschäftsjahr	- 40 213	- 42 820
Zuführung aus dem Bruttoüberschuss des Geschäftsjahres	55 463	61 609
Stand am Ende des Geschäftsjahres	367 838	352 588

*) Zahlen und Erläuterungen betreffen ausschließlich die erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung

Unsere Dividendensätze für das Jahr 2005 sind auf den Seiten 91 bis 101 dieses Geschäftsberichtes dargestellt.

Für das Geschäftsjahr 2005 wird die laufende Gewinnbeteiligung ausschließlich als Direktgutschrift gewährt.

Von der Rückstellung Ende 2004 sind für Schlussüberschussanteile 297,6 Millionen Euro bestimmt, von denen 40,5 Millionen Euro in 2005 fällig werden.

E III. Sonstige Rückstellungen

	2004	2003
	Tsd. €	Tsd. €
Rückstellung für Provisionen	10 349	7 423
Rückstellung für Verpflichtungen aus Vorruhestandsgeld und Altersteilzeit	2 552	2 333
Rückstellung für Urlaubsverpflichtungen, Gleitzeit und Tantiemen	989	868
Rückstellung für Mitarbeiterjubiläen	478	495
Rückstellung für Jahresabschlusskosten und Geschäftsbericht	442	420
Rückstellung für Pensionssicherungsverein	402	379
Rückstellung für IHK- und Berufsgenossenschaftsbeiträge	197	325
Rückstellung für erbrachte und noch nicht abgerechnete Herstellungs- und Instandhaltungsaufwendungen	80	177
Übrige Rückstellungen	413	435
Insgesamt	15 902	12 855

G I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern

Die ausgewiesenen Verbindlichkeiten beinhalten 25 019 (28 672) Tausend Euro gutgeschriebene Überschussanteile.

H. Rechnungsabgrenzungsposten

Abgegrenzt werden im Voraus empfangene Zinsen und Mieten von 1 226 (2 008) Tausend Euro sowie Disagio aus Kapitalanlagen in Höhe von 9 085 (10 539) Tausend Euro.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

I 1 a. Gebuchte Bruttobeiträge

	2004	2003
	Tsd. €	Tsd. €
Einzelversicherungen		
laufende Beiträge	582 781	587 126
Einmalbeiträge	19 817	32 059
Kollektivversicherungen		
laufende Beiträge	10 390	9 612
Einmalbeiträge	8 818	11 859
Selbst abgeschlossenes Geschäft	621 806	640 656
Die gebuchten Bruttobeiträge verteilen sich wie folgt:		
mit Gewinnbeteiligung	619 498	638 875
Verträge, bei denen das Kapitalanlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird	2 308	1 781

I 2./I 9. Erträge aus Kapitalanlagen/Aufwendungen für Kapitalanlagen

Erträge und Aufwendungen aus Kapitalanlagen aus fondsgebundenen Lebensversicherungen sind nicht enthalten.

Rückversicherungssaldo

Der Rückversicherungssaldo beträgt 1 973 (3 154) Tausend Euro zu Lasten des Rückversicherers.

I 3./I 10. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen/Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen

Der Ausweis betrifft nicht realisierte Gewinne in Höhe von 138 Tausend Euro als Differenz der Anschaffungskosten zum Buchwert am Bilanzstichtag. Nicht realisierte Verluste ergaben sich nicht.

Sonstige Angaben

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen

	2004	2003
	Tsd. €	Tsd. €
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	51 815	33 661
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	1 689	1 464
3. Löhne und Gehälter	19 172	18 371
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	3 324	3 473
5. Aufwendungen für Altersversorgung	1 295	2 903
6. Aufwendungen insgesamt	77 295	59 872

Weitere Angaben

Verbindlichkeiten aus der Begebung und Übertragung von Wechseln sowie Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten bestehen nicht.

Die Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren betragen 1 484 (1 502) Tausend Euro. Die Verbindlichkeiten sind durch entsprechende Hypotheken gesichert.

Als Mitglied des Verbandes öffentlicher Versicherer haben wir satzungsgemäß einen Anteil von 87 Tausend Euro an dem Stammkapital des Verbandes übernommen. Unsere Haftung ist auf diesen Betrag, der noch nicht eingefordert ist, begrenzt.

Außerdem bestehen Resteinzahlungsverpflichtungen bei einem verbundenen Unternehmen, acht Beteiligungen sowie einer Ausleihung an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht in Höhe von insgesamt 36 815 Tausend Euro.

Zusätzlich besteht die Verpflichtung für ein Lebensversicherungsunternehmen bis zu 1 % der Kapitalanlagen der Provinzial als Einlage zu leisten.

Die durchschnittliche Zahl der im Berichtsjahr beschäftigten Mitarbeiter beträgt 322. Hiervon entfallen im Innendienst 238 auf die Hauptverwaltung und 23 auf unsere Regionaldirektionen.

Im Außendienst sind 61 Mitarbeiter bei uns angestellt.

Mitarbeiter, die auch mit der Landschaftlichen Brandkasse Hannover einen Dienstvertrag haben, sind entsprechend ihrem Arbeitseinsatz anteilig berücksichtigt.

Die Gesamtbezüge des Vorstands betragen für das Geschäftsjahr 667 Tausend Euro. An den Vorstand gegebene dinglich gesicherte Darlehen sind am Bilanzstichtag in Höhe von 450 Tausend Euro aktiviert. Die Laufzeiten der Kredite liegen zwischen 26 und 34 Jahren. Der durchschnittliche Zinssatz beträgt 5,5%. Rückzahlungen erfolgten im Geschäftsjahr in Höhe von 30 Tausend Euro. An ehemalige Mitglieder des Vorstands sind insgesamt 472 Tausend Euro gezahlt worden. Für diese Personengruppen sind Rückstellungen für laufende Pensionen in Höhe von 5 534 Tausend Euro passiviert.

An Mitglieder des Aufsichtsrats sind im Geschäftsjahr insgesamt 150 Tausend Euro gezahlt worden. Für diese Personengruppe sind am Bilanzstichtag dinglich gesicherte Kredite in Höhe von 217 Tausend Euro aktiviert. Die Laufzeiten der Kredite liegen zwischen 27 und 30 Jahren. Der durchschnittliche Zinssatz beträgt 5,9%.

Die Namen der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats sind auf den Seiten 26 und 27 angegeben.

Überschussbeteiligung der Versicherungsnehmer

Bei Abschluss eines Lebensversicherungsvertrages wird ein langfristiges Vertragsverhältnis eingegangen. Um die vereinbarten Versicherungsleistungen während der gesamten Versicherungsdauer zu gewährleisten, sind die in die Tarifikalkulation einfließenden Rechnungsgrundlagen besonders vorsichtig gewählt. An den erwirtschafteten Überschüssen werden die Versicherungsnehmer im Jahr 2005 gemäß der folgenden Deklaration beteiligt.

Für Kapitalversicherungen (außer für Risikoversicherungen) und Rentenversicherungen wird ein Teil des Zinsgewinnes in Form der Direktgutschrift gewährt und auf die deklarierte laufende Überschussbeteiligung angerechnet. Die Direktgutschrift ist abhängig von der Höhe des tariflichen Rechnungszinses und beträgt $(4 - \text{Rechnungszins})\%$ des gewinnberechtigten Vertragsguthabens. Darüber hinaus wird für alle Versicherungen die im Folgenden deklarierte laufende Überschussbeteiligung, sofern sie nicht in Form der Schlusszahlung ausgeschüttet wird, als Direktgutschrift gewährt.

Für das Jahr 2005 werden im Einzelnen folgende Überschussanteile festgesetzt:

A. Einzelkapitalversicherungen und Kollektivversicherungen nach Einzeltarifen

I. Tarifgruppen 68, 87, 94, 2000, 2002 und 2004

1. Beitragspflichtige und beitragsfreie Kapitalversicherungen (außer Risikoversicherungen)

a) laufende Überschussanteile

Am Schluss des in 2005 endenden Versicherungsjahres wird ein Überschussanteil ausgeschüttet, der sich entsprechend seiner Entstehung wie folgt zusammensetzt:

Zinsgewinn:

Er wird in Prozent des gewinnberechtigten Deckungskapitals gewährt und beträgt im Jahr 2005 für

Tarifgruppe 68	1,00 %
Tarifgruppe 87	0,50 %
Tarifgruppe 94	
mit 3,5 % Rechnungszins	0,50 %
mit 4,0 % Rechnungszins	0,00 %
Tarifgruppen 2000 und 2002	0,75 %
Tarifgruppe 2004	1,25 %

Risikogewinn:

Er wird in Prozent des rechnermäßigen Beitrags für das Todesfallrisiko gewährt.

Tarifgruppe 87 (Tarifgruppe 68):

Der Gewinnprozentsatz beträgt im Jahr 2005 bis zu einem erreichten Alter von 44 Jahren 60 (70) %, fällt dann jährlich um 5 % bis auf 20 (25) %. Der Risikogewinn ist auf 4 (5) ‰ (bei Tarifen auf verbundene Leben 8 (10) ‰) der Risikosumme pro Versicherungsjahr begrenzt.

Tarifgruppen 94, 2000, 2002 und 2004:

Der Gewinnprozentsatz beträgt im Jahr 2005 unabhängig vom erreichten Alter für

Männertarife	30 %
Frauentarife	15 %
Tarife auf verbundene Leben	30 %

Der Risikogewinn ist auf 4 ‰ (bei Tarifen auf verbundene Leben 8 ‰) der Risikosumme pro Versicherungsjahr begrenzt.

Kosten- und sonstiger Gewinn:

Er wird in Promille der Todesfallsumme für beitragspflichtige Versicherungsjahre gewährt und beträgt im Jahr 2005 für

Tarifgruppe 68:	
Normaltarif	0,85 ‰
Tarifgruppe 87:	
Normaltarif	0,75 ‰
Verbundtarif	0,50 ‰
Tarifgruppen 94, 2000, 2002 und 2004, Normaltarif:	
Männertarife	0,70 ‰
Frauentarife	0,60 ‰
Tarife auf verb. Leb.	0,70 ‰

Tarifgruppen 94, 2000, 2002 und 2004, Kollektivversicher. nach Einzeltarifen und Verbundtarif:

Männertarife	0,60 ‰,
Frauentarife	0,50 ‰,
Tarife auf verb. Leb.	0,60 ‰.

Bei Versicherungen nach dem VermBG und nach Verbundtarif der Tarifgruppe 68 entfallen Kosten- und sonstige Gewinne.

Die Überschussanteilsätze für Tarif AHV, Tarifgruppe 94, entsprechen denen der Tarifgruppe 87, Verbundtarif.

Überschussverwendung:

Entsprechend der vereinbarten Überschussverwendung wird dieser jährliche Überschussanteil entweder in bar ausgezahlt bzw. mit dem Beitrag des folgenden Versicherungsjahres verrechnet, zur Erhöhung der Versicherungsleistung im Todes- und Erlebensfall (Summenzuwachs) oder zur Erhöhung der Versicherungsleistung im Erlebensfall (Erlebensfallbonus, nur für die Tarifgruppen 94, 2000, 2002 und 2004 möglich) verwendet. Summenzuwachs und Erlebensfallbonus sind ebenfalls gewinnberechtigt. Für Barbezug beträgt die Mindestversicherungssumme 5 000 Euro.

b) Schlussüberschussanteile

Für beitragspflichtige Versicherungen wird am Schluss des in 2005 endenden Versicherungsjahres eine nicht garantierte Anwartschaft auf Schlussüberschussanteile gebildet bzw. eine bereits bestehende nicht garantierte Anwartschaft erhöht.

Tarifgruppen 68 und 87:

Die Schlussüberschussanteile werden fällig bei Tod, Heirat (sofern mitversichert) oder Ablauf der Versicherungsdauer. Bei Kündigung des Vertrages werden ebenfalls die erreichten Schlussüberschussanteile gezahlt, wenn

– die Deckungsrückstellung für die Hauptversicherung und für den Summenzuwachs zusammen mit den Schlussüberschussanteilen die Erlebensfallsumme erreicht oder

– der Versicherte das 65. Lebensjahr vollendet hat oder

– der Versicherungsvertrag innerhalb der letzten drei Versicherungsjahre aufgelöst wird und der Versicherte zu diesem Zeitpunkt das 62. Lebensjahr (für Frauen das 60. Lebensjahr) vollendet hat.

Ansonsten werden die Schlussüberschussanteile bei Rückkauf nach einem Drittel der Laufzeit, spätestens nach 10 Jahren, in verminderter Höhe fällig.

Tarifgruppen 94, 2000, 2002 und 2004:

Die Schlussüberschussanteile werden fällig bei Ablauf der Versicherungsdauer. Bei Tod (sofern für die laufenden Überschussanteile nicht der Erlebensfallbonus vereinbart wurde) oder Heirat (sofern mitversichert) werden die Schlussüberschussanteile in anteiliger Höhe fällig. Bei Kündigung oder Tod werden die erreichten Schlussüberschussanteile in voller Höhe gezahlt, wenn die versicherte Person das 60. Lebensjahr (bei Tarifen auf verbundene Leben ist das Alter der jüngeren Person maßgebend) vollendet hat und die Restlaufzeit des Vertrages 5 Jahre nicht überschreitet.

Ansonsten werden die Schlussüberschussanteile bei Rückkauf nach einem Drittel der Laufzeit, spätestens nach 10 Jahren in verminderter Höhe fällig.

Der Schlussüberschussanteil wird in Promille der vereinbarten Erlebensfallsumme gewährt. Er beträgt im Jahr 2005 für

Tarifgruppen 68 und 87:	2,5 ‰,
Tarifgruppe 94:	2,0 ‰,
Tarifgruppen 2000 und 2002:	3,0 ‰,
Tarifgruppe 2004:	4,0 ‰.

Die Zuteilung erfolgt solange, bis insgesamt für
 Tarifgruppen 68, 87 und 94: 180 ‰,
 Tarifgruppen 2000, 2002
 und 2004: 210 ‰
 der vereinbarten Erlebensfallsumme
 erreicht sind.

Für Versicherungen nach dem VermBG
 entfällt eine Schlussüberschusszuteilung.

c) Sonderleistung im Todesfall
 (Mindestgewinnbeteiligung)

Im Jahr 2005 wird für beitragspflichtige
 Versicherungen der Tarifgruppen 68 und
 87 im Todesfall unter Einbeziehung der
 erreichten Todesfalleistung aus der Über-
 schussbeteiligung ein Gewinnanteil von
 10 % der vereinbarten Todesfallsumme
 gezahlt.

Die Sonderleistung im Todesfall entfällt
 bei Vereinbarung von Barbezug oder
 Verrechnung der Überschussanteile mit
 den Beiträgen.

II. Tarifgruppe 42

**1. Versicherungen mit laufender
 Beitragszahlung**

a) Grund- und Zusatzdividende

Am Schluss des in 2005 endenden
 Versicherungsjahres wird eine Grund-
 und Zusatzdividende in Prozent des
 gewinnberechtigten Jahresbeitrags aus-
 geschüttet. Sie beträgt in Abhängigkeit
 vom Versicherungsjahr

Versicherungsjahr	Grund- und Zusatzdividende
2.– 4.	5 %
5.– 9.	15 %
10.–14.	25 %
15.–19.	35 %
20.–24.	45 %
25.–29.	50 %
ab 30.	60 %.

Entsprechend der vereinbarten Über-
 schussverwendung wird dieser jährliche
 Überschussanteil verzinslich angesam-
 melt oder in bar ausgezahlt. Für Bar-
 bezug beträgt die Mindestversiche-
 rungssumme 5 000 Euro.

Soweit zu Versicherungen der Tarif-
 gruppe 42 mit Zuzahlungsrecht freiwillige
 Zuzahlungen geleistet wurden, wird für
 das im Jahr 2005 endende Versiche-
 rungsjahr ein Überschussanteil in Höhe
 von 1,00 % des gewinnberechtigten
 Deckungskapitals der Zuzahlung unter
 Anrechnung des Risikogewinns gewährt.
 Diese Dividende wird zusammen mit den
 Grund- und Zusatzdividenden geführt
 und verzinslich angesammelt.

b) Summendividende

Versicherungen, die 1964 und früher
 abgeschlossen wurden, erhalten im Jahr
 2005 bei Tod, Heirat (sofern mitver-
 sichert), Ablauf oder Rückkauf für jedes
 Jahr bis 1966 4 ‰ der Versicherungs-
 summe und zwar

- mit Beginn 1954 und früher ab dem
 6. Versicherungsjahr (frühestens ab
 1949)
- mit Beginn 1955 bis 1964 ab dem
 2. Versicherungsjahr.

Ab 1967 erhöhten sich die Versicherun-
 gen, unabhängig vom Beginnjahr
 – sofern sie 2 Jahre bestanden hatten –,
 jährlich zum Jahrestag, indem 4 ‰ der
 Versicherungssumme als Einmalbeitrag
 für eine gleichartige, nicht gewinnberech-
 tigte Versicherung mit restlicher Laufzeit
 verwendet wurden. Eine entsprechende
 Erhöhung erfolgt auch im Jahr 2005.

c) Schlussüberschussanteile

Für beitragspflichtige Versicherungen
 wird am Schluss des in 2005 endenden
 Versicherungsjahres eine nicht garantierte
 Anwartschaft auf Schlussüberschuss-
 anteile gebildet bzw. eine bereits beste-
 hende nicht garantierte Anwartschaft
 erhöht.

Die Schlussüberschussanteile werden fällig bei Ablauf der Versicherungsdauer. Die Schlussüberschussanteile werden ferner bei Tod, Heirat (sofern mitversichert) oder Rückkauf innerhalb der letzten fünf Jahre der Versicherungsdauer gezahlt, wenn der Versicherte das 60. Lebensjahr vollendet hat.

Ansonsten werden die Schlussüberschussanteile bei Rückkauf nach einem Drittel der Laufzeit, spätestens nach 10 Jahren und bei Tod oder Heirat (sofern mitversichert) in verminderter Höhe fällig.

Der Schlussüberschussanteil wird in Promille der vereinbarten Erlebensfallsumme gewährt. Er beträgt im Jahr 2005 für Tarifgruppe 42: 2,0‰.

d) Tarif AHV

Die Überschussverwendung und die Gewinnanteilsätze für Versicherungen nach Tarif AHV, Tarifgruppe 42, entsprechen denen der Tarifgruppe 68.

2. Versicherungen gegen Einmalbeitrag und beitragsfreie Versicherungen

Bei Fälligkeit der Versicherungen durch Tod oder Ablauf im Jahr 2005 werden für alle bis 1973 vollendeten beitragsfreien Versicherungsjahre je 30‰ der Versicherungssumme als Summenzuwachs gewährt. Beitragsfreie Versicherungsjahre vor 1949 bleiben unberücksichtigt.

Für die ab 1974 vollendeten beitragsfreien Versicherungsjahre wird zusätzlich ein Summenzuwachs gemäß nachstehender Tabelle gezahlt.

Beitragsfreies Versicherungsjahr	Summenzuwachs
1.– 5.	15 ‰
6.– 10.	20 ‰
11.– 15.	30 ‰
16.– 20.	35 ‰
21.– 25.	40 ‰
26.– 30.	45 ‰
31.– 35.	50 ‰
36.– 40.	55 ‰
ab 41.	60 ‰

Im Falle des Rückkaufs wird der Barwert des vorhandenen Summenzuwachses gezahlt. Bei Dividendenbarbezug wird der modifizierte versicherungstechnische Barwert des Dividendenanspruchs gezahlt.

III. Risikoversicherungen

1. Versicherungen mit laufender Beitragszahlung

1.1 Versicherungen mit Beginn bis 1981

Für diese Versicherungen wird am Schluss des in 2005 endenden Versicherungsjahres die Anwartschaft auf Schlusszahlung erhöht. Die Schlusszahlung wird fällig bei Tod, Ablauf, Kündigung oder Umwandlung in eine beitragspflichtige kapitalbildende Versicherung.

Der Überschussanteil wird in Prozent des gewinnberechtigten Jahresbeitrags gewährt und beträgt im Jahr 2005 für Tarifgruppe 68: 65 %.

1.2 Versicherungen mit Beginn ab 1982

Diese Versicherungen erhalten eine Überschussbeteiligung, die ab Versicherungsbeginn auf den Beitrag angerechnet wird. Der Überschussanteil wird in Prozent des gewinnberechtigten Beitrags gewährt und beträgt im Jahr 2005 für Tarifgruppe 68: 65 %, Tarifgruppe 87:

Normaltarif	55 %
Bausparrisiko	40 %
Tarifgruppen 94, 2000, 2002 und 2004:	
Männertarif	40 %
Frauentarif	25 %
Tarif auf verbundene Leben	35 %
Bausparrisiko	40 %

Alternativ kann bei Versicherungsbeginn anstelle der Beitragsreduzierung ein sofortiger Todesfallbonus gewählt werden. Der Überschussanteil wird bei Tod im Jahr 2005 in Prozent der vereinbarten Todesfallsumme gewährt und beträgt für

Tarifgruppe 68:	220 %,
Tarifgruppe 87:	160 %,
Tarifgruppen 94, 2000, 2002 und 2004:	
Männertarif	100 %,
Frauentarif	70 %,
Tarif auf verbundene Leben	90 %.

2. Beitragsfreie Versicherungen

Bei Tod im Jahr 2005 wird ein Überschussanteil in Prozent der vereinbarten Todesfallsumme gewährt. Er beträgt für

Tarifgruppe 68:	
Normaltarif	220 %,

Tarifgruppe 87:	
Normaltarif	160 %,
Restkreditversicherungen	85 %,

Tarifgruppen 94, 2000, 2002 und 2004, Normaltarif:	
Männertarife	100 %,
Frauentarife	70 %,
Tarife auf verbundene Leben	90 %,

Tarifgruppen 94, 2000 und 2002, Restkreditversicherungen:	
Männertarife	70 %,
Frauentarife	60 %.

B. Gruppenkapitalversicherungen nach Sondertarifen

Zu dieser Gruppe zählen die Firmen-, Verbands- und Vereinsgruppen-(Sterbegeld-)versicherungen. Es gelten die gleichen Regelungen wie für Einzelkapitalversicherungen (siehe A.), allerdings gilt für

Kosten- und sonstiger Gewinn:

Er wird in Promille der Todesfallsumme für beitragspflichtige Versicherungsjahre gewährt und beträgt im Jahr 2005 für

Tarifgruppe 68:	0,75 ‰,
Tarifgruppe 87:	0,50 ‰,
Tarifgruppen 94, 2000, 2002 und 2004:	
Männertarife	0,50 ‰,
Frauentarife	0,40 ‰,
Tarife auf verb. Leben	0,50 ‰.

C. Renten- und Pensionsversicherungen

I. Tarifgruppe 42

1. Aufgeschobene Renten

a) Versicherungen mit laufender Beitragszahlung

Am Schluss des in 2005 endenden Versicherungsjahres wird eine Grund- und Zusatzdividende in Prozent des gewinnberechtigten Jahresbeitrags ausgeschüttet. Sie beträgt in Abhängigkeit vom Versicherungsjahr

Versicherungsjahr	Grund- und Zusatzdividende
2.–4.	5 %
5.–9.	15 %
10.–14.	20 %
15.–19.	30 %
20.–24.	40 %
25.–29.	45 %
ab 30.	55 %.

Die Überschussanteile werden verzinslich angesammelt und dienen am Ende der Aufschubzeit der Erhöhung der versicherten Rente bzw. der Kapitalabfindung. Bei Tod oder Rückkauf vor Rentenbeginn werden die bis dahin verzinslich angesammelten Überschussanteile ausgezahlt.

b) Versicherungen gegen Einmalbeitrag und beitragsfreie Versicherungen

Am Schluss des in 2005 endenden Versicherungsjahres wird ein Überschussanteil in Höhe von 1,0 % des gewinnberechtigten Deckungskapitals gewährt, verzinslich angesammelt und bei Beendigung der Aufschubzeit fällig. Die angesammelten Überschussanteile dienen der Erhöhung der versicherten Rente bzw. der Kapitalabfindung. Bei Tod oder Rückkauf vor Rentenbeginn werden sie ausgezahlt.

2. Laufende Renten

An die Bezieher von Renten werden Überschüsse in Form einer Zinsrente ausgeschüttet. Diese errechnet sich als Differenz zwischen der mit Rechnungsgrundlagen zweiter Ordnung gerechneten Rente aus dem bei Rentenbeginn vorhandenen Deckungskapital und der versicherten Rente. Für die Rechnungsgrundlagen zweiter Ordnung wird im Jahr 2005 ein Zinsfuß in Höhe des Rechnungszinses zuzüglich 1,0 % zugrunde gelegt.

II. Tarifgruppen 87, 94, 95, 2000, 2002, 2004 und 2005 (ohne Ver- sicherungen nach dem AVmG)

1. Laufende Überschussbeteiligung

Am Schluss des in 2005 endenden Versicherungsjahres wird ein Überschussanteil ausgeschüttet, der sich entsprechend seiner Entstehung wie folgt zusammensetzt:

Zinsgewinn:

Er wird in Prozent des gewinnberechtigten Deckungskapitals gewährt und beträgt im Jahr 2005 für

Tarifgruppen 87 und 94:	0,50 %
Tarifgruppe 95:	0,00 %
Tarifgruppen 2000 und 2002:	0,75 %
Tarifgruppen 2004 und 2005:	1,25 %

Die laufenden Überschussanteile werden während der Aufschubzeit entsprechend der gewählten Überschussverwendung entweder zur Erhöhung der versicherten Leistung (Bonusrente) verwendet, in bar ausgezahlt bzw. mit dem Beitrag des folgenden Versicherungsjahres verrechnet oder verzinslich angesammelt. Für die Barauszahlung bzw. Beitragsverrechnung muss die versicherte Jahresrente mindestens 1.500 EUR betragen. Während der Rentenbezugszeit werden die laufenden Überschussanteile entsprechend der gewählten Überschussverwendung entweder zur Finanzierung einer ab Rentenbeginn fälligen Gewinnrente bzw. zur jährlichen Erhöhung der versicherten Leistung (Bonusrente) verwendet oder in bar ausgezahlt.

2. Schlussüberschussanteile

Für beitragspflichtige Versicherungen wird am Schluss des in 2005 endenden Versicherungsjahres eine nicht garantierte Anwartschaft auf Schlussüberschussanteile gebildet bzw. eine bereits bestehende nicht garantierte Anwartschaft erhöht.

Tarifgruppe 87:

Die Schlussüberschussanteile werden bei Auszahlung der Kapitalabfindung am Ende der Aufschubzeit und bei Tod fällig. Bei Kündigung des Vertrages werden ebenfalls die erreichten Schlussüberschussanteile gezahlt, wenn

- der Versicherte das 65. Lebensjahr vollendet hat oder
- der Versicherungsvertrag innerhalb der letzten drei Versicherungsjahre aufgelöst wird und der Versicherte zu diesem Zeitpunkt das 62. Lebensjahr (für Frauen das 60. Lebensjahr) vollendet hat.

Ansonsten werden die Schlussüberschussanteile bei Rückkauf nach einem Drittel der Laufzeit, spätestens nach 10 Jahren in verminderter Höhe fällig.

Tarifgruppen 94, 95, 2000, 2002, 2004 und 2005:

Die Schlussüberschussanteile werden bei Auszahlung der Kapitalabfindung am Ende der Aufschubzeit fällig. Bei Kündigung werden die erreichten Schlussüberschussanteile in voller Höhe gezahlt, wenn die versicherte Person das 60. Lebensjahr vollendet hat und die verbleibende Aufschubzeit des Vertrages 5 Jahre nicht überschreitet.

Ansonsten werden die Schlussüberschussanteile bei Rückkauf nach einem Drittel der Laufzeit, spätestens nach 10 Jahren in verminderter Höhe fällig.

Der Schlussüberschussanteil wird in Prozent der vereinbarten Jahresrente bzw. ab Tarifgruppe 2004 in Promille der garantierten Kapitalabfindung gewährt. Er beträgt im Jahr 2005 für

Tarifgruppen 87, 94, 95, 2000 und 2002:	0,0 %,
Tarifgruppe 2004:	0,0 ‰,
Tarifgruppe 2005:	4,0 ‰.

Die Zuteilung erfolgt solange, bis insgesamt für

Tarifgruppen 87 und 94:	150 %,
Tarifgruppe 95:	300 %,
Tarifgruppen 2000 und 2002:	360 %,
Tarifgruppen 2004 und 2005:	210 %

der vereinbarten Jahresrente bzw. der garantierten Kapitalabfindung (ab Tarifgruppe 2004) erreicht sind.

III. Versicherungen nach dem AVmG

1. Laufende Überschussbeteiligung in der Aufschubzeit

Am Ende des Kalenderjahres 2005 wird für Versicherungen in der Aufschubzeit ein Überschussanteil ausgeschüttet, der sich entsprechend seiner Entstehung wie folgt zusammensetzt:

Zinsgewinn:

Er wird in Prozent des gewinnberechtigten Deckungskapitals gewährt und beträgt im Jahr 2005 für

Tarifgruppe 2002:	0,75 %,
Tarifgruppen 2004 und 2005:	1,25 %.

Grundüberschuss:

Er wird in Promille der gewinnberechtigten Summe der bisher gezahlten Beiträge gewährt und beträgt im Jahr 2005 für Tarifgruppen 2002 und 2004: 0,0 ‰, Tarifgruppe 2005:

PrämienRente, Normaltarif	0,9 ‰,
PrämienRente, Kollektiv-Versicherungen nach Einzeltarif	0,7 ‰,
PrämienRente, Kollektiv-Versicherungen nach Sondertarif	0,6 ‰,
PrämienRenteFonds	0,0 ‰.

Die laufenden Überschussanteile können während der Aufschubzeit entweder verzinslich angesammelt (nur PrämienRente) oder in Fondsanteile umgewandelt und einem Sondervermögen zugeführt werden.

2. Laufende Überschussbeteiligung in der Rentenbezugszeit

Am Anfang des in 2005 beginnenden Versicherungsjahres wird für Versicherungen in der Rentenbezugszeit ein Überschussanteil ausgeschüttet. Er wird in Prozent des gewinnberechtigten Deckungskapitals gewährt und beträgt im Jahr 2005 für

Tarifgruppe 2002:	0,75 %,
Tarifgruppen 2004 und 2005:	1,25 %.

Die laufenden Überschussanteile werden zur jährlichen Erhöhung der versicherten Leistung (Bonusrente) verwendet.

3. Schlussüberschussanteile

Bei Ablauf der Aufschubzeit oder bei Rentenbeginn bzw. Vertragsbeendigung innerhalb der Abrufphase können für den Tarif PrämienRente Schlussüberschussanteile gewährt werden. Sie werden in Prozent des Ansammlungsguthabens bzw. (bei Umwandlung der laufenden Überschussanteile in Fondsanteile) in Prozent der Summe der ausgeschütteten Überschussanteile festgelegt. In beiden Fällen beträgt der Prozentsatz im Jahr 2005 für

Tarifgruppen 2002, 2004 und 2005:	16 %.
-----------------------------------	-------

D. Selbstständige Berufs- unfähigkeitsversicherungen und Berufsunfähigkeits- Zusatzversicherungen

I. Versicherungen mit laufender Beitragszahlung

1. Tarifgruppe 68

Im Jahr 2005 wird für das abgelaufene Versicherungsjahr (für SBV ab dem 3. Versicherungsjahr) ein Überschussanteil in Prozent des gewinnberechtigten Jahreszusatzbeitrags bzw. gewinnberechtigten Jahresbeitrags (SBV) gewährt, fällig als Schlusszahlung bei Tod, Berufsunfähigkeit, Kündigung, Umwandlung in eine beitragsfreie Versicherung oder Ablauf. Die Höhe des Überschussanteils ist abhängig vom Geschlecht und Eintrittsalter der versicherten Person und beträgt im Jahr 2005 für

Frauen, Eintrittsalter bis zu 39 Jahre:	45 %
Frauen, Eintrittsalter über 39 Jahre:	30 %
Männer, Eintrittsalter bis zu 39 Jahre:	30 %
Männer, Eintrittsalter über 39 Jahre:	15 %

Alternativ kann bei Tarif BRL mit einer Versicherungsdauer bis zu 20 Jahren eine Überschussbeteiligung in Prozent des gewinnberechtigten Jahreszusatzbeitrags gewählt werden, die ab Versicherungsbeginn auf den Beitrag angerechnet wird. Die Höhe der Überschussbeteiligung ist abhängig vom Geschlecht und Eintrittsalter der versicherten Person und beträgt im Jahr 2005 für

Frauen, Eintrittsalter bis zu 39 Jahre:	30 %
Frauen, Eintrittsalter über 39 Jahre:	20 %
Männer, Eintrittsalter bis zu 39 Jahre:	20 %
Männer, Eintrittsalter über 39 Jahre:	10 %

Zusätzlich erhalten die Versicherungen bei Ablauf, Rückkauf oder Tod im Jahr 2005, sofern keine Leistung aus der Berufsunfähigkeitsversicherung fällig wurde, für jedes vom 3. Versicherungs-

jahr an zurückgelegte volle beitragspflichtige Jahr einen Überschussanteil in Höhe von 10 % des gewinnberechtigten Jahresbeitrags bzw. Jahreszusatzbeitrags.

2. Tarifgruppen 87 und 94

Diese Versicherungen erhalten eine Überschussbeteiligung, die ab Versicherungsbeginn auf den Beitrag angerechnet wird. Der Überschussanteil wird in Prozent des gewinnberechtigten Jahresbeitrags bzw. Jahreszusatzbeitrags gewährt und beträgt im Jahr 2005 für Tarifgruppen 87 und 94:

20 %.

Alternativ wird ein Überschussanteil gewährt, der als Schlusszahlung bei Tod, Berufsunfähigkeit, Kündigung, Umwandlung in eine beitragsfreie Versicherung oder Ablauf fällig wird. Der Überschussanteil wird in Prozent des gewinnberechtigten Jahresbeitrags bzw. Jahreszusatzbeitrags gewährt und beträgt im Jahr 2005 für

Tarifgruppen 87 und 94: 30 %.

3. Tarifgruppen 2000, 2002 und 2004

Diese Versicherungen erhalten eine Überschussbeteiligung, die ab Versicherungsbeginn auf den Beitrag angerechnet oder am Ende eines Versicherungsjahres zugeteilt und verzinslich angesammelt wird.

a) Selbstständige Berufsunfähigkeitsversicherungen

Der Überschussanteil wird in Prozent des gewinnberechtigten Jahresbeitrags gewährt und beträgt im Jahr 2005 für Berufsklasse A

Männertarife	55 %
Frauentarife	45 %
Berufsklasse B	
Männertarife	45 %
Frauentarife	35 %
Berufsklasse C	
Männertarife	20 %
Frauentarife	10 %
Berufsklasse D	
Männertarife	15 %
Frauentarife	5 %

b) Berufsunfähigkeits-zusatzversicherungen

Der Überschussanteil wird in Prozent des gewinnberechtigten Jahreszusatzbeitrags gewährt und beträgt im Jahr 2005 für

Berufsklasse A	
Männertarife	45 %,
Frauentarife	40 %,
Berufsklasse B	
Männertarife	30 %,
Frauentarife	25 %,
Berufsklasse C	
Männertarife	15 %,
Frauentarife	10 %,
Berufsklasse D	
Männertarife	10 %,
Frauentarife	5 %.

II. Versicherungen gegen Einmalbeitrag und durch Umwandlung beitragsfreie Versicherungen

Im Jahr 2005 wird für das abgelaufene Versicherungsjahr ein Überschussanteil in Prozent des gewinnberechtigten Deckungskapitals gewährt, der als Schlusszahlung bei Tod, Berufsunfähigkeit, Kündigung oder Ablauf fällig wird. Die Höhe des Überschussanteils beträgt für

Tarifgruppe 68:	1,00 %,
Tarifgruppe 87:	0,50 %,
Tarifgruppe 94:	0,00 %,
Tarifgruppen 2000 und 2002:	0,75 %,
Tarifgruppe 2004:	1,25 %.

III. Laufende Berufsunfähigkeitsbarrenten

Laufende Barrenten erhalten zum Jahrestag der Versicherung, erstmals am Ende des auf den Eintritt der Berufsunfähigkeit folgenden Versicherungsjahres eine beitragsfreie Zusatzrente in Prozent der jeweils gewährten Rente. Der Prozentsatz beträgt im Jahr 2005 für

Tarifgruppe 68:	1,00 %,
Tarifgruppe 87:	0,50 %,
Tarifgruppe 94:	0,00 %,
Tarifgruppen 2000 und 2002:	0,75 %,
Tarifgruppe 2004:	1,25 %.

IV. Laufende Beitragsbefreiung bei Berufsunfähigkeit

Verträge mit laufender Beitragsbefreiung erhalten einen Überschussanteil in Prozent des gewinnberechtigten Deckungskapitals für die Beitragsbefreiung, fällig als Schlusszahlung bei Ablauf der Beitragsbefreiung. Die Höhe des Überschussanteils beträgt im Jahr 2005 für

Tarifgruppe 68:	1,00 %,
Tarifgruppe 87:	0,50 %,
Tarifgruppe 94:	0,00 %,
Tarifgruppen 2000 und 2002:	0,75 %,
Tarifgruppe 2004:	1,25 %.

E. Unfall-Zusatzversicherungen

Unfall-Zusatzversicherungen mit abgekürzter Beitragszahlungsdauer, gegen Einmalbeitrag und Unfall-Zusatzversicherungen, die durch Umwandlung beitragsfrei wurden, erhalten am Ende des Versicherungsjahres einen Überschussanteil in Prozent des Deckungskapitals der Unfall-Zusatzversicherung. Der Überschussanteil wird verzinslich angesammelt. Er beträgt im Jahr 2005 für

Tarifgruppe 68:	1,00 %,
Tarifgruppe 87:	0,50 %,
Tarifgruppe 94:	0,00 %,
Tarifgruppen 2000 und 2002:	0,75 %,
Tarifgruppe 2004:	1,25 %.

F. Fondsgebundene Versicherungen

Fondsgebundene Versicherungen erhalten einen laufenden Überschussanteil, der monatlich dem Fondsguthaben zugeführt wird. Der laufende Überschussanteil setzt sich zusammen aus:

Risikogewinn:

Er wird in Prozent des rechnungsmäßigen monatlichen Beitrags für das Todesfallrisiko gewährt und beträgt 2005 für

Männertarife	30 %,
Frauentarife	20 %.

Kostengewinn:

Er wird in Prozent eines Zwölftel des Jahresbeitrags gewährt.

Er beträgt 2005 1,0 %.

G. Frauenbonus

Zu Kapitalbildenden und Risikoversicherungen der Tarifgruppen 42 und 68, bei denen mindestens eine versicherte Person eine Frau ist, wird bei Tod der Frau eine zusätzliche Todesfalleistung in Prozent der jeweiligen Todesfallsumme gewährt. Sie beträgt im Jahr 2005 für Versicherungen

nach „Frauentarif“	10 %
sonstige	20 %

H. Verzinsung des Ansammlungsguthabens

Dividendenguthaben aufgrund der Dividendenbezugsform „Verzinsliche Ansammlung“ werden ab dem 1. 1. 2005 mit einem Rechnungszins und einem Ansammlungsüberschussanteil von zusammen 4,00 % verzinst.

I. Weitere Erläuterungen

Die Grundlagen der Überschussbeteiligung für die Tarifgruppen 42, 68 und 87 – insbesondere die Ermittlung der Bemessungsgrundlagen – sind in dem vom Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen genehmigten Gesamtgeschäftsplan für die Überschussbeteiligung festgelegt.

zu A.

Zur Tarifgruppe 42 gehören der Tarif FV und alle mit römischen Ziffern bezeichneten Tarife der Kapitalversicherungen. Sie wurde 1968 für den Neuzugang geschlossen. Der Rechnungszins beträgt bis auf wenige Ausnahmen 3,0 %. Die Tarifgruppe 68 wurde zwischen 1968 und 1987 geführt. Der Rechnungszins beträgt 3,0 %. Die Tarifgruppe 87 wurde zwischen 1987 und 1994 geführt. Der Rechnungszins beträgt 3,5 %. Die Tarifgruppe 94 war zwischen 1995 und Juni 2000 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt mit wenigen Ausnahmen 4,0 % (Ausnahmen u. a. Tarif AHV, Bausparversicherungen: 3,5 %). Die Tarifgruppe 2000 war zwischen Juli 2000 und September 2001 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 3,25 %.

Die Tarifgruppe 2002 war zwischen Oktober 2001 und Dezember 2003 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 3,25 %.

Die Tarifgruppe 2004 ist ab 1. 1. 2004 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 2,75 %.

zu A. I.

Das gewinnberechtigte Deckungskapital der Tarifgruppen 94, 2000, 2002 und 2004 setzt sich zusammen aus dem positiven geillmerten Deckungskapital der Hauptversicherung und dem Deckungskapital des Summenzuwachses bzw. Erlebensfallbonus jeweils zu Beginn des Versicherungsjahres. Für beitragspflichtige Versicherungen (außer bei Tarifgruppe 2004) erhöht sich dieser Betrag um einen Nettojahresbeitrag.

zu A. III.

Der gewinnberechtigte Beitrag der Tarifgruppen 94, 2000, 2002 und 2004 entspricht dem tariflichen Brutto-Beitrag ohne Berücksichtigung von Zuschlägen für erhöhte Risiken.

zu C.

Die Tarifgruppe 42 wurde 1992 für den Neuzugang geschlossen. Der Rechnungszins beträgt 3,0 %.

Die Tarifgruppe 87 wurde zwischen 1992 und 1994 geführt. Der Rechnungszins beträgt 3,5 %.

Die Tarifgruppe 94 war in den ersten acht Monaten des Jahres 1995 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 3,5 %.

Die Tarifgruppe 95 war zwischen September 1995 und Juni 2000 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 4,0 %.

Die Tarifgruppe 2000 war zwischen Juli 2000 und September 2001 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 3,25 %.

Die Tarifgruppe 2002 war zwischen Oktober 2001 und Dezember 2003 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 3,25 %.

Die Tarifgruppe 2004 war zwischen Januar und November 2004 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 2,75 %.

Die Tarifgruppe 2005 ist ab November 2004 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 2,75 %.

zu C. II.

Das gewinnberechtigte Deckungskapital der Tarifgruppen 94, 95, 2000, 2002 und 2004 für Rentenversicherungen in der Aufschubzeit (während der Rentenbezugszeit) setzt sich zusammen aus dem positiven geillmerten Deckungskapital der Hauptversicherung und dem Deckungskapital einer vorhandenen Bonusrente jeweils zu Beginn (am Ende) des Versicherungsjahres. Für beitragspflichtige Versicherungen (außer bei den Tarifgruppen 2004 und 2005) erhöht sich dieser Betrag um einen Nettojahresbeitrag.

zu C. III.

Das gewinnberechtigte Deckungskapital für Versicherungen in der Aufschubzeit wird aus den anteiligen Deckungskapitalen zum Monatsende abgeleitet. Die gewinnberechtigte Summe der bisher gezahlten Beiträge für Versicherungen in der Aufschubzeit wird aus den jeweils zum Monatsende erreichten Summen anteilig abgeleitet. Das gewinnberechtigte Deckungskapital für Versicherungen während der Rentenbezugszeit setzt sich zusammen aus dem positiven Deckungskapital der Hauptversicherung und dem Deckungskapital einer vorhandenen Bonusrente jeweils zu Beginn des Versicherungsjahres.

zu D.

Die Tarifgruppe 68 wurde 1993 für den Neuzugang geschlossen. Der Rechnungszins beträgt 3,0 %.

Die Tarifgruppe 87 wurde zwischen 1993 und 1994 geführt. Der Rechnungszins beträgt 3,5 %.

Die Tarifgruppe 94 war zwischen 1995 und Juni 2000 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 4,0 %.

Die Tarifgruppe 2000 war zwischen Juli 2000 und September 2001 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 3,25 %.

Die Tarifgruppe 2002 war zwischen Oktober 2001 und Dezember 2003 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 3,25 %.

Die Tarifgruppe 2004 ist ab 1. 1. 2004 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 2,75 %.

zu D. I.

Der gewinnberechtigte Beitrag der Tarifgruppen 94, 2000, 2002 und 2004 entspricht dem tariflichen Brutto-Beitrag ohne Berücksichtigung von medizinischen Zuschlägen.

zu D. II. und D. IV.

Das gewinnberechtigte Deckungskapital der Tarifgruppen 94, 2000, 2002 und 2004 entspricht dem Deckungskapital zu Beginn des Versicherungsjahres.

zu E.

Das gewinnberechtigte Deckungskapital der Tarifgruppen 94, 2000, 2002 und 2004 entspricht dem Deckungskapital zu Beginn des Versicherungsjahres.

Hannover, den 21. Februar 2005

Der Vorstand

Dr. Pohlhausen

Schnabel

Kasten

Tewes

Vorholt

Bestätigungs- vermerk

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Provinzial Lebensversicherung Hannover, Hannover, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2004 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften (insbesondere der §§ 341 ff. HGB und der RechVersV) sowie den ergänzenden Regelungen in der Satzung der Gesellschaft liegen in der Verantwortung des Vorstandes der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 341k in Verbindung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung sowie ergänzender Verlautbarungen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstandes sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Überzeugung vermittelt der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht gibt insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage der Gesellschaft und stellt die Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hamburg, den 7. März 2005

PwC Deutsche Revision
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Hölzl
Wirtschaftsprüfer

ppa. Warnecke
Wirtschaftsprüfer

Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung des Vorstands während des Berichtsjahres entsprechend der ihm nach Gesetz und Satzung zugewiesenen Aufgaben auf Grund regelmäßiger Berichterstattung überwacht. Er war in alle Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen eingebunden. In seinen drei Sitzungen ist er umfassend über die Geschäftslage und die Geschäftsentwicklung der Provinzial Lebensversicherung Hannover unterrichtet worden. Der Aufsichtsrat befasste sich eingehend mit der Unternehmensplanung für das Geschäftsjahr 2005, insbesondere mit dem Wirtschaftsplan 2005 und der mittelfristigen Ergebnisplanung. Ferner wurde er über den Geschäftsverlauf und die Jahresabschlüsse der Verbundunternehmen informiert. Über den Gang der Geschäfte und die Lage des Unternehmens wurde quartalsweise schriftlich vom Vorstand berichtet.

Der Aufsichtsrat hat einen Hauptausschuss, einen Ausschuss für Vertriebsfragen, einen Ausschuss für Prüfungs- und Rechnungsangelegenheiten sowie einen Ausschuss für Personalangelegenheiten gebildet.

Der Hauptausschuss tagte im Geschäftsjahr fünfmal. Einen besonderen Schwerpunkt der Beratungen bildeten die strukturellen Veränderungen im öffentlich-rechtlichen Versicherungsumfeld. Darüber hinaus wurden die internen Reorganisationsprozesse intensiv diskutiert. Über die Umsetzung der Kapitalanlagestrategie wurde der Ausschuss laufend unterrichtet.

Der Ausschuss für Vertriebsfragen befasste sich in seiner Sitzung insbesondere mit der Neustrukturierung der vertrieblichen Ausrichtung der Regionaldirektionen zur Geschäftsprozessoptimierung bei der VGH. Des Weiteren wurden die Folgen der veränderten Besteuerungsregelung von Lebensversicherungsprodukten mit ihren Auswirkungen auf die Vertriebswege erörtert.

Der Ausschuss für Prüfungs- und Rechnungslegungsangelegenheiten trat im Berichtsjahr zweimal zusammen und

befasste sich im Wesentlichen mit der Überprüfung des Jahresabschlusses, der Erteilung des Prüfungsauftrags an den Abschlussprüfer. Insbesondere erörterte der Ausschuss zusammen mit dem Jahresabschlussprüfer die wirtschaftliche Lage des Unternehmens sowie das Risikomanagement.

Der Ausschuss für Personalangelegenheiten trat dreimal zusammen, um über die ihm zugewiesenen Aufgaben zu befinden.

Der Aufsichtsrat, vertreten durch den Aufsichtsratsvorsitzenden, erteilte den Prüfungsauftrag nach § 111 Abs. 2 AktG an die PwC Deutsche Revision Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hamburg. Nach Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts der Provinzial Lebensversicherung Hannover hat der Abschlussprüfer den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

Alle Mitglieder des Aufsichtsrats haben rechtzeitig vor der Bilanzsitzung den Jahresabschluss nebst Lagebericht und den Bericht des Wirtschaftsprüfers erhalten. Der Abschlussprüfer nahm an der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats teil, berichtete über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung und beantwortete die Fragen der Mitglieder. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung billigte der Aufsichtsrat den Jahresabschluss und stellte ihn in der vorgelegten Form fest. Der Aufsichtsrat legt der Trägerversammlung den festgestellten Jahresabschluss zur Bestätigung vor.

Mit Wirkung vom 1. April 2004 wurde Herr Hermann Kasten zum ordentlichen Vorstandsmitglied bestellt.

Der Aufsichtsrat dankt den Vorstandsmitgliedern sowie allen Mitarbeitern der VGH für ihren Einsatz und für die geleistete Arbeit.

Hannover, 18. März 2005

v. Lenthe
Vorsitzender

Erklärung des Vorstands und des Aufsichtsrats

Erklärung des Vorstands und des Aufsichtsrats der Provinzial Lebensversicherung Hannover zum Corporate Governance Kodex

Der Deutsche Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 21. Mai 2003 stellt wesentliche gesetzliche Vorschriften zur Leitung und Überwachung deutscher börsennotierter Aktiengesellschaften dar und enthält sowohl international als auch national anerkannte Standards guter und verantwortungsvoller Unternehmensführung. Er soll das deutsche Corporate Governance System transparent und nachvollziehbar machen und das Vertrauen der Anleger, der Kunden, der Mitarbeiter und der Öffentlichkeit in die Leitung und Überwachung deutscher börsennotierter Aktiengesellschaften fördern.

Mit der Ausrichtung auf börsennotierte Aktiengesellschaften ist der Corporate Governance Kodex in seiner Gesamtheit nicht für öffentlich-rechtliche Versicherungsunternehmen anwendbar. Aufsichtsrat und Vorstand der Provinzial Lebensversicherung Hannover bekennen sich zu den Grundsätzen guter und verantwortungsvoller Unternehmensführung

und haben mit Ausnahme der nachstehenden Einschränkungen alle Regelungen des Corporate Governance Kodex auf freiwilliger Basis übernommen, die unter Berücksichtigung ihrer besonderen Rahmenbedingungen für öffentliche Versicherungsunternehmen Anwendung finden können.

Abgesehen wurde lediglich von einer Veröffentlichung der individualisierten Bezüge der Mitglieder des Vorstands bzw. des Aufsichtsrats, Ziffer 4.2.4 bzw. 5.4.5, sowie der Mitteilung der Abwesenheiten von Mitgliedern des Aufsichtsrats nach Ziffer 5.4.6 des Kodexes.

Vorstand und Aufsichtsrat haben im zurückliegenden Geschäftsjahr die Ausrichtung ihrer Zusammenarbeit an den Empfehlungen des Kodexes und den unternehmensspezifischen Grundsätzen einer verantwortungsvollen Unternehmensführung überprüft und die Übereinstimmung festgestellt.

Hannover, 18. März 2005

Für den Vorstand:

Dr. Pohlhausen

Schnabel

Für den Aufsichtsrat:

v. Lenthe

Provinzial Lebensversicherung Hannover,
gegründet im Jahre 1918 durch Beschluss des
Hannoverschen Provinzial-Landtages.

Jahr	Bruttobeitrag	Nettobeitrag	Versicherungs- technische Nettorück- stellungen	Trägerkapital und offene Rücklagen	Lebensver- sicherungs- bestand
------	---------------	--------------	--	--	--------------------------------------

	TRM	TRM	TRM	TRM	TRM
1925	1 513	363	104	–	28 701
1938	11 670	9 730	44 264	–	207 574
1945	12 863	12 836	104 232	–	294 275
1947	12 443	9 340	121 016	–	279 310

	TDM	TDM	TDM	TDM	TDM
1949	11 160	7 583	34 290	1 856	152 275
1950	11 246	7 949	40 127	1 298	152 275
1955	23 992	21 331	89 206	1 338	216 991
1960	45 172	40 369	166 528	4 800	378 524
1965	79 429	73 986	262 458*	12 500	753 963
1970	141 871	131 583	423 957	24 700	1 340 381
1975	282 112	263 607	823 268	49 000	2 687 508
1980	527 346	482 772	1 568 911	95 000	5 741 932
1985**	356 803	315 131	2 413 961	17 400	9 914 373
1990	644 460	581 952	4 378 988	51 450	18 552 433
1995	1 027 910	952 105	6 777 143	141 450	30 226 087
1996	1 099 681	1 010 148	7 392 052	141 450	32 179 602
1997	1 149 576	1 065 043	8 079 542	141 450	33 991 965
1998	1 216 996	1 141 426	8 788 861*	141 450	35 703 496
1999	1 365 362	1 281 585	9 566 515	141 450	40 044 886
2000	1 427 541	1 390 395	10 731 639	141 450	40 909 627

	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
2001	762 197	723 563	5 666 250	171 000	23 141 197
2002	723 092	684 952	5 722 179	171 000	23 774 910
2003***	640 656	611 942	5 832 779	171 000	24 289 775
2004	621 806	596 876	5 946 472	171 000	25 256 340

* Übergang von Brutto- auf Nettoausweis in der Schaden- und Unfallversicherung.

** bis 1984 einschließlich HUK-Versicherungen.

*** ab 2003 erfolgt die laufende Gewinnbeteiligung als Direktgutschrift.

Die Gruppe öffentlicher Versicherer

Niedersachsen, Bremen

Landschaftliche Brandkasse Hannover,
Hannover

Provinzial Lebensversicherung
Hannover, Hannover

Provinzial Krankenversicherung
Hannover AG, Hannover

Provinzial Pensionskasse
Hannover AG, Hannover

Öffentliche Versicherung Bremen,
Bremen

Oldenburgische Landesbrandkasse,
Oldenburg

Öffentliche Lebensversicherungsanstalt
Oldenburg, Oldenburg

Ostfriesische Landschaftliche
Brandkasse, Aurich

Öffentliche Sachversicherung
Braunschweig, Braunschweig

Öffentliche Lebensversicherung
Braunschweig, Braunschweig

Sachsen-Anhalt

Öffentliche Feuerversicherung
Sachsen-Anhalt – ÖSA, Magdeburg

Öffentliche Lebensversicherung
Sachsen-Anhalt – ÖSA, Magdeburg

Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg

Provinzial Nord Holding AG, Kiel

Provinzial Nord Brandkasse AG, Kiel

Provinzial Nord Lebensversicherung AG,
Kiel

Hamburger Feuerkasse
Versicherungs-AG, Hamburg

Berlin, Brandenburg

Feuersozietät Berlin Brandenburg
Versicherung AG, Berlin

Öffentliche Lebensversicherung
Berlin Brandenburg,
Berlin/Potsdam

Nordrhein-Westfalen

Provinzial Rheinland Holding, Düsseldorf

Provinzial Rheinland Versicherung AG,
Düsseldorf

Provinzial Rheinland Lebensversicherung
AG, Düsseldorf

 direkt Versicherung AG, Düsseldorf

Lippische Landes-Brandversicherungs-
anstalt, Detmold

Provinzial Holding Westfalen, Münster

Westfälische Provinzial Versicherung
AG, Münster

Westfälische Provinzial Lebensversiche-
rung AG, Münster

Rheinland-Pfalz

Provinzial Rheinland Holding, Düsseldorf

Provinzial Rheinland Versicherung AG,
Düsseldorf

Provinzial Rheinland Lebensversicherung
AG, Düsseldorf

 direkt Versicherung AG, Düsseldorf

SV SparkassenVersicherung
Gebäudeversicherung AG, Stuttgart

SV SparkassenVersicherung
Lebensversicherung AG, Mannheim

Versicherungskammer Bayern
Versicherungsanstalt des öffentlichen
Rechts, München

Bayerische Landesbrandversicherung
Aktiengesellschaft, München

Bayerischer Versicherungsverband
Versicherungsaktiengesellschaft,
München

Bayern-Versicherung
Lebensversicherung Aktiengesellschaft,
München

Saarland

SAARLAND Feuerversicherung AG,
Saarbrücken

SAARLAND Lebensversicherung AG,
Saarbrücken

Baden-Württemberg, Hessen, Thüringen

SV SparkassenVersicherung
Holding AG, Stuttgart

SV SparkassenVersicherung
Gebäudeversicherung AG, Stuttgart

SV SparkassenVersicherung
Lebensversicherung AG, Mannheim

Badische Allgemeine Versicherung AG,
Karlsruhe

Badischer Gemeinde-Versicherungs-
Verband, Karlsruhe

Badische Rechtsschutzversicherung AG,
Karlsruhe

Sachsen

Sparkassen-Versicherung Sachsen
Allgemeine Versicherung AG, Dresden

Sparkassen-Versicherung Sachsen
Lebensversicherung AG, Dresden

Bayern

Versicherungskammer Bayern
Versicherungsanstalt des öffentlichen
Rechts, München

Bayerische Landesbrandversicherung
Aktiengesellschaft, München

Bayerischer Versicherungsverband
Versicherungsaktiengesellschaft,
München

Versicherungskammer Bayern
Konzern-Rückversicherung AG,
München

Bayern-Versicherung
Lebensversicherung Aktiengesellschaft,
München

(Stand: 1.3.2005)

Impressum

Herausgeber:

VGH Versicherungen
Schiffgraben 4
30159 Hannover

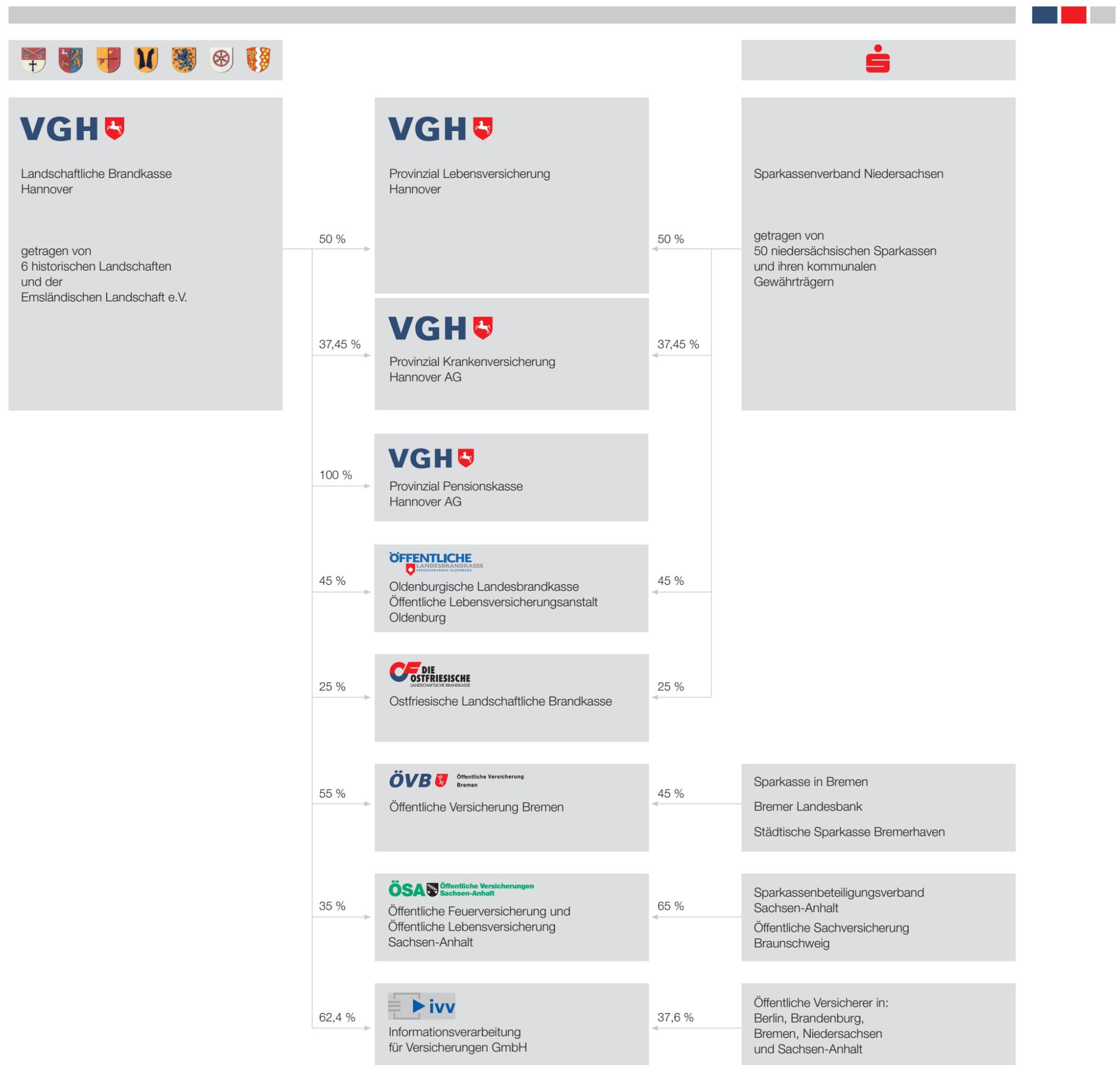
Tel.: 05 11/36 20
Fax: 05 11/362-29 60
E-Mail: service@vgh.de
Internet: <http://www.vgh.de>

Magazin:

Fotos: Frank Oppermann,
Merlin Nadj-Toma, Jenny Raeder
Redaktion und Layout:
team P Media Production GmbH,
Hannover

Druck:

Hahn-Druckerei, Hannover





Versicherungen

 Finanzgruppe